Nr. 13. – 33. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk. monatl. 1,10 Mk. wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz. Nr. 151 90—151 97.

Freitag, den 14. Januar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz. Nr. 151 90—151 97.

Kriegs- und Friedensaufgaben des Preußischen Landtages.

Thronrede und Wahlreform.

Wenn man der Thronrede mit einiger Spannung entgegensah, so aus dem einzigen Grunde, weil inzwischen durchgesickert war, daß die Thronrede eine Stelle über die berühmte Neuorientierung unserer inneren Politik, über die preußische Wahlreform enthalten werde. Wenn wir sagten, die Nachricht war durchgesickert, so ist dieser Ausdruck eigentlich nicht ganz zutreffend. Denn daß die Nachricht in die Oeffentlichkeit gelangte, war nicht auf irgendeine Indiskretion zurückzuführen, sondern im Gegenteil, der Oeffentlichkeit war durch allerhand offiziöse Verlautbarungen das zu erwartende große Ereignis als etwas hoch Bedeutsames in Aussicht gestellt worden. Um so größer ist nach diesen wichtigtuerischen Ankündigungen jetzt die Enttäuschung. Denn in der Thronrede selbst wird von der preußischen Wahlreform nur in folgendem Satz gesprochen:

„Der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens wird auch im Frieden fortwirken in der gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes am Staate. Er wird unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und lebendigen Ausdruck finden in unserer Verwaltung, unserer Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volks in den gesetzgebenden Körperschaften."

Um auf dieses vieldeutige Sätzlein die Oeffentlichkeit vorzubereiten, hat man so große Vorbereitungen getroffen, hat man alle möglichen Berichte in die Presse lanciert, hat man alle möglichen Vorbesprechungen veranstaltet! Wenn je, so beansprucht hier das Wort Geltung, daß der kreißende Berg wirklich ein kümmerliches Mäuslein geboren hat.

Selbst liberale Blätetr, wie das „Berliner Tageblatt" sind höchst unzufrieden mit der Ankündigung der Thronrede. Nachdem das „Berliner Tageblatt" den von uns zitierten Satz angeführt, fügt es erstaunt hinzu: „Das ist der einzige Hinweis auf die versprochene Wahlrechtsreform, ist die mit solcher Spannung erwartete Aeußerung über diese Reform, die schon in der Thronrede von 1908, etwas klarer und genauer als „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart" bezeichnet wurde.

Bescheidener ist die „Vossische Zeitung", die meint, „der König selbst habe sein Versprechen erneuert und man habe kein Recht, daran zu zweifeln, daß dieses Versprechen eingelöst werde". Dabei gibt die „Vossische Zeitung" zu verstehen, daß gerade die lange Dauer des Krieges und die ungeheure Last der Opfer, die das Volk zu tragen hat, zur Erneuerung des Wahlrechtsversprechens geführt hätten.

Demgegenüber verdient denn doch festgestellt zu werden, daß das Versprechen der Wahlreform tatsächlich schon im Jahre 1908 gleichfalls in einer Thronrede abgegeben worden ist. Und zwar war das geschehen zwei Jahre später, nachdem der preußische Finanzminister v. Rheinbaben erklärt hatte, daß die Regierung „fest auf dem Boden des Dreiklassenwahlrechts stehe und sich durch keine sozialdemokratische Agitation von diesem Standpunkt abdrängen oder sich Konzessionen abtrotzen lassen" werde. Gerade seit dem Jahre 1906 hatten allerdings die gewaltigen sozialdemokratischen Wahlrechtskundgebungen eingesetzt.

Der Thronrede vom Jahre 1908 folgte allerdings eine beträchtliche Pause. Erst im Jahre 1910 kam die Wahlrechtsvorlage der Regierung heraus, die im Grunde alles beim alten lassen und nur derartige Flickreformen einführen wollte, daß selbst die Nationalliberalen von ihr nichts wissen mochten. Man weiß auch, welche Kämpfe und welche Schachergeschäfte sich während der Verhandlung der Wahlrechtsvorlage abgespielt haben, und wie das ganze Spiel schließlich darauf hinauslief, daß nicht das geringste zustande kam. Wenn man sich an die Thronrede von 1908 erinnert, die in der Tat immerhin einen wesentlich bestimmteren Wortlaut hatte als die völlig nebelhaften Erklärungen der Thronrede vom Jahre 1916, und wenn man hinzunimmt, daß seitdem in dem furchtbaren Weltkrieg Hunderttausende von Volksgenossen ihr Blut verspritzt haben, so muß in der Tat selbst jedes ehrliche liberale Gemüt zugestehen, daß die Ankündigung der Bekundung der großen Neuorientierung unserer inneren Politik und ihre heutige „Erfüllung" eine ungeheure Enttäuschung bereitet hat.

Wir allerdings sind nicht enttäuscht gewesen. Wir wollen keineswegs behaupten, daß wir nicht denn doch eine wesentlich bestimmtere Fassung und bindendere Zusagen erwartet hätten; aber wir täuschten uns von Anfang an nicht darüber, daß es bei allen schönen Worten doch bei der bloßen Ankündigung und dem bloßen Versprechen bleiben würde. Was es damit auf sich hat, das ist selbst denen, die in der Geschichte der früheren preußischen Politik nicht allzu bewandert sind, mindestens seit dem Jahre 1908 kein Geheimnis mehr. Wenn man aber gar die Thronrede von 1908 und die Thronrede von 1916 vergleicht, dann kann die Zuversicht auf eine auch nur einigermaßen befriedigende Lösung der Zusage nicht allzu groß sein.

Das „Berliner Tageblatt" läßt in seiner Glossierung durchblicken, daß bei der Redigierung des Wortlauts der Thronrede allerlei Rücksichten auf die rechtsstehenden bürgerlichen Parteien obgewaltet hätten. Das ist sehr möglich. Und um so wahrscheinlicher ist es, daß zu der Zeit, wo die äußerst vagen Versprechungen der Thronrede wirklich einmal eingelöst werden sollen, die Widerstände der rechtsstehenden Parteien und auch der keineswegs wahlrechtsfreundlichen Mittelparteien so sehr gewachsen sein werden, daß das Schicksal einer neuen Wahlreform kaum anders sein wird als das der Wahlrechtsvorlage von 1910. Gerade wenn es zutrifft, was wir jetzt in allen bürgerlichen Blättern lesen: daß unser nach dem Kriege kolossale neue Steuerlasten harren und daß das deutsche Volk sich großhungern muß, sinken die Aussichten, daß die Parteien, die die besitzenden Klassen vertreten, eine wirkliche Wahlreform durchsetzen werden, auf ein geringes Maß herab. Das arbeitende Volk und seine parlamentarische Vertretung müssen nach wie vor damit rechnen, daß ihnen ein freies Wahlrecht nicht wie eine reife Frucht durch die Gnade höherer Mächte in den Schoß fällt.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 13. Januar 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nordöstlich von Armentières wurde der Vorstoß einer stärkeren englischen Abteilung zurückgeschlagen.

In den frühen Morgenstunden wiederholten heute die Franzosen in der Champagne den Angriff nordöstlich von Le Mesnil. Sie wurden glatt abgewiesen. Ebenso scheiterte ein Angriffsversuch gegen einen Teil der von uns am 9. Januar bei dem Gehöft Maison de Champagne genommenen Gräben.

Die Leutnants Bölcke und Immelmann schossen nordöstlich von Tourcoing und bei Bapaume je ein englisches Flugzeug ab. Den unerschrockenen Offizieren wurde in Anerkennung ihrer außerordentlichen Leistungen durch Seine Majestät den Kaiser der Orden Pour le Mérite verliehen.

Ein drittes englisches Flugzeug wurde im Luftkampf bei Roubaix, ein viertes durch unser Abwehrfeuer bei Ligny (südwestlich von Lille) heruntergeholt. Von den acht englischen Fliegeroffizieren sind sechs tot, zwei verwundet.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Erfolgreiche Gefechte deutscher Patrouillen und Streifkommandos an verschiedenen Stellen der Front.

Bei Nowosjolki (zwischen der Olschanka und der Beresina) wurden die Russen aus einem vorgeschobenen Graben vertrieben.

Balkankriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

• • •

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 13. Januar. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart: Wien, 13. Januar 1916.

Russischer Kriegsschauplatz.

In Ostgalizien und an der bessarabischen Front stellenweise Geschützkampf, sonst keine besonderen Ereignisse. Die amtliche russische Berichterstattung hat es sich in der letzten Zeit zur Gewohnheit gemacht, der freien Erfindung kriegerischer Begebenheiten den weitesten Platz einzuräumen. Entgegen allen russischen Angaben sei ausdrücklich hervorgehoben, daß unsere Stellungen östlich der Strypa und an der bessarabischen Grenze — von einem einzigen Bataillonsabschnitt abgesehen, den wir um zweihundert Schritte zurücknahmen — genau dort verlaufen, wo sie verliefen, ehe die mit großer militärischer und journalistischer Aufmachung eingeleitete und bisher mit schweren Verlusten für unsere Gegner restlos abgeschlagene russische Weihnachtsoffensive begann. Sind sonach alle gegnerischen Nachrichten aus Petersburg falsch, so beweisen außerdem die Ereignisse im Südosten, daß die vergeblichen russischen Anstürme am Dnjestr und am Pruth auch nicht zur Entlastung Montenegros beizutragen vermochten.

Italienischer Kriegsschauplatz.

In den Judikarien beschoß die italienische Artillerie die Ortschaften Creto und Por; auf Roncone warfen feindliche Flieger Bomben ab, ohne Schaden anzurichten. Nago (östlich Riva) stand gleichfalls unter feindlichem Feuer. Unsere Artillerie schoß das italienische Barackenlager südlich Pontafel in Brand. An der küstenländischen Front hielten die beiderseitigen Geschützkämpfe im Tolmein- und Doberdo-Abschnitte an.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die an der Adria vorgehende österreichisch-ungarische Kolonne hat die Montenegriner aus Budua vertrieben und den nördlich der Stadt aufragenden Maini Beh in Besitz genommen. Die im Lovcengebiet operierenden Kräfte standen gestern abend sechs Kilometer westlich Cetinje im Kampf. Auch die Gefechte bei Grahovo verlaufen günstig. Unsere Truppen sind ins Talbecken vorgedrungen. Im Grenzraum südlich von Avtovac überfielen wir den Feind in seinen Höhenstellungen. Er wurde geworfen. Im Nordosten Montenegros ist die Lage unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Die Thronrede.

Bei der Eröffnung des Landtags der preußischen Monarchie im Weißen Saale des königlichen Schlosses verlas im Auftrag Seiner Majestät des Kaisers und Königs der Ministerpräsident Dr. v. Bethmann Hollweg die Thronrede; sie lautet:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags!

Seine Majestät der Kaiser und König haben mich zu beauftragen geruht, den Landtag der Monarchie zu eröffnen und in Seinem Namen willkommen zu heißen.

Während Sie sich hier zur Arbeit versammeln, geht draußen auf den weiten Schlachtfeldern das blutige Ringen fort. Wie unsere Feinde uns den Krieg aufgezwungen haben, so tragen sie die Schuld und Verantwortung, daß sich die Völker Europas weiter zerfleischen.

Vor eine eiserne Probe stellt die Vorsehung unser Volk. Großes wird gefordert, Großes aber auch geleistet. Die Pläne unserer Feinde, uns durch Abschnürung von der überseeischen Welt mürbe zu machen, sind gescheitert. Aus eigener Kraft sichert die Landwirtschaft die Ernährung der Bevölkerung, aus eigener Kraft schafft Industrie und Handwerk, wessen wir zu unserer Verteidigung bedürfen, halten die arbeitenden Hände der Millionen, die daheim geblieben, unser wirtschaftliches Leben aufrecht, trotz Krieg und Kriegsnot. Und über dem allen stehen die Taten unseres Volkes in Waffen, unaussprechlich in Größe und Heldentum.

In hartem Kampf hat Deutschland unterstützt von treuen Verbündeten einer Welt von Feinden standgehalten und seine Fahnen weit in Feindesland hineingetragen. Der alte preußische Soldatengeist, auf den wir stolz sind und stolz bleiben, hat in edlem Wetteifer mit den deutschen Bruderstämmen seine unvergängliche Lebenskraft erwiesen und neuen unsterblichen Ruhm dem Heldentum der Väter und Ahnen hinzugefügt. Mit unserm König und Kaiser gehen wir voll Gottvertrauen und Siegeszuversicht auch der Zukunft entgegen. Ein einziger und heiliger Gedanke erfüllt uns, bis in die letzten Tiefen der Volkskraft alles herzugeben für das Leben und die Sicherheit der Nation.

Als Gruß an den Landtag hat Seine Majestät der Kaiser und König nur Worte heißen Dankes an die Kämpfer draußen und daheim.

Ihre bevorstehenden Arbeiten, meine Herren, werden vor allem den Notwendigkeiten des Krieges gehören.

Der allgemeine wirtschaftliche Druck des Krieges hat zwar die gesunde Kraft der preußischen Finanzen nicht erschüttern können, doch erfordert die Erhaltung eine Steigerung der Einnahmen. Es wird Ihnen daher eine Vorlage zugehen, die eine Erhöhung der Zuschläge zur Einkommen- und Ergänzungssteuer vorsieht.

Für die Wiederaufrichtung Ostpreußens werden weitere staatliche Geldmittel verwendet werden. Die nach den verwüstenden Einfällen des Feindes durch die wuchtigen Schläge des Ostheeres befreite Provinz erwacht unter der tatkräftigen Arbeit aller dazu berufenen Männer zu neuem Leben. Weit über die Grenzen der Monarchie, ja über die Grenzen Deutschlands hinaus sind Helfer und Spender erstanden. Ihnen allen sagt der König Dank in der frohen Erwartung, daß es in nicht

ferner Zeit gelingen werde, die schöne Ostprovinz der Monarchie in alter Blüte wiederherzustellen.

Die besondere Fürsorge für unsere im Kriege so glänzend bewährte Staatseisenbahnverwaltung wird auch jetzt nicht ruhen dürfen. Zum weiteren Ausbau des Eisenbahnnetzes sowie zur Beschaffung von Fahrzeugen werden deshalb wiederum erhebliche Mittel angefordert.

Meine Herren, Seine Majestät der Kaiser und König weiß, daß Ihr Wirken und Schaffen wie bisher so auch in dem neuen Abschnitt der parlamentarischen Arbeiten von dem Geist der Opferwilligkeit und Entschlossenheit getragen sein wird, von dem tapferen Geist, der allein unserem Volke die Kraft gibt, diesen gewaltigen Krieg siegreich zu bestehen. In dem ungeheueren Erleben dieses Krieges wird ein neues Geschlecht groß. Die ganze waffenfähige Mannschaft, geeint durch kameradschaftliche Treue bis in den Tod, schirmt Staat und Volk. Der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens wird auch im Frieden fortwirken in der gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes am Staate. Er wird unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und lebendigen Ausdruck finden in unserer Verwaltung, unserer Gesetzgebung **und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften.** Die geschlagenen Wunden heilen und neues Leben hervorwachsen lassen aus den gewaltigen Taten und Opfern unseres Volkes wird unser Aller größte Aufgabe sein, sobald der Frieden siegreich erstritten ist.

In Stürmen ist der preußische Staat groß geworden, im Sturme steht er auch heute unerschütterlich da. Was Feindschaft als Zwang ausgibt, ist Freiheit auf Ordnung gebaut. Das Band, das die Preußen an ihren König bindet, haben diese Zeiten des Kampfes und Sieges, wenn es möglich war, nur noch fester geschmiedet.

Gott schütze Preußen auch in Zukunft und bewahre es als starken Träger des Reichs. Darauf bauen wir und führen unseren guten Kampf zum guten Ende.

Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

•

Ueber die Eröffnung berichtet W. T. B.: Heute mittag wurde im Weißen Saale des königlichen Schlosses der Landtag eröffnet, nachdem Gottesdienste im Dome und in der Hedwigskirche vorangegangen waren. Vertreter beider Häuser fanden sich sehr zahlreich ein, u. a. bemerkte man Generalgouverneur von Beseler, Generalgouverneur v. Bissing, Fürst Bülow, Hausminister Graf Eulenburg. In der Diplomatenloge sah man u. a. den türkischen Botschafter. Der Ministerpräsident und alle hier anwesenden Minister erschienen in feierlichem Zuge, worauf der Ministerpräsident die Thronrede verlas.

Beifall wurde insbesondere laut an den Stellen, an welchen die Thronrede von dem Heldentum unserer Truppen und von dem alten preußischen Soldatengeist spricht, wo sie dem heiligen Entschluß Ausdruck gibt, bis in die letzten Tiefen der Volkskraft alles herzugeben für die Sicherheit der Nation, wo sie das stolze Vertrauen auf die Unerschütterlichkeit des preußischen Staates bekundet, und als dessen Wesen „die Freiheit auf Ordnung gebaut" bezeichnet; endlich bei den Schlußworten, wo es heißt, daß wir auf Gottes Schutz bauen, den guten Kampf zum guten Ende führen.

Das Hoch auf den Kaiser und König brachte der Präsident des Abgeordnetenhauses Graf Schwerin-Löwitz aus.

Keine Geheimverhandlungen Bulgariens mit England.

Sofia, 13. Januar. (W. T. B.) Die bulgarische Telegraphen-Agentur ist ermächtigt, die durch Sendlinge des Vierverbandes verbreiteten Gerüchte, als ob Bulgarien sich in geheime Verhandlungen mit England eingelassen hätte, formell als unrichtig zu bezeichnen.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 13. Januar. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Aus der Nacht ist kein wichtiges Ereignis zu melden außer aus der Gegend zwischen den Argonnen und der Maas, wo unsere Batterien Gruppen feindlicher Arbeiter in der Gegend von Malancourt zerstreuten.

Paris, 13. Januar. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Zwei feindliche Wasserflugzeuge warfen acht Bomben auf Dünkirchen. Sie verursachten nur unbedeutenden Sachschaden. Nördlich von der Aisne zertrümmerten unsere Schützengrabenkanonen feindliche Befestigungswerke westlich von Soupir. In der Champagne beschoß unsere Artillerie erfolgreich die deutschen Schützengräben nördlich von Maisons de Champagne und östlich vom Hügel von Souain. In den Argonnen ließen die Deutschen an der Cote 285 (Haute Chevauchée) eine Mine springen, wodurch ein breiter Trichter entstand, um den während des ganzen Tages ziemlich heftig mit Handgranaten gekämpft wurde. Wir haben den Südrand des Trichters stark befestigt. Zwischen den Argonnen und der Maas versuchte der Feind einen Angriff mit erstickenden Gasen in der Gegend von Forges. Es wurden die vorgesehenen Vorsichtsmaßregeln zur rechten Zeit getroffen, und unser Sperrfeuer hinderte den Feind, aus seinen Schützengräben vorzubrechen. Auf den Maashöhen in der Gegend von Calonne verursachte unser Artilleriefeuer eine Explosion und einen Brand in den feindlichen Schützengräben und zerstörte Stellungen für Maschinengewehre. In den Vogesen vernichtete unsere Artillerie zwei deutsche Schanzwerke im Fechtabschnitt.

Belgischer Bericht. Von der ganzen Front der belgischen Armee wird beiderseitige Artillerietätigkeit gemeldet, besonders im Abschnitt nördlich von Steenstraete.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 13. Januar. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von Mittwoch. Im oberen Teil des Camonicatales in der Gegend zwischen der Ercavallospitze und dem Tonalepaß zerstörte unsere Artillerie am 10. Januar eine Schutzhütte und Horchposten des Feindes. Im Lagarinatal versuchte der Feind am Abend desselben Tages, nach Artillerievorbereitung unsere Stellungen auf dem Dantelastell anzugreifen; er wurde mit Verlusten zurückgeschlagen. Auf der übrigen Front bis zum Meere dauerte gestern das Artilleriefeuer auf beiden Seiten an. In zwei feindlichen Lagern lebhafte Tätigkeit der Flieger. Eines unserer Geschwader führte bei ungünstigen Witterungsverhältnissen und unter heftigem Sturme einen Streifzug nach Gardolo nördlich von Trient aus und beschoß einen feindlichen Flugplatz. Bei der Rückkehr ließ es einige Bomben auf die Bahnhöfe von Trient und Rovereto und auf Hütten bei Volano fallen; es kehrte sodann unversehrt in unsere Linien zurück. Feindliche Flieger warfen Bomben auf eine Stelle in der Isonzoebene, ohne aber irgendwelchen Schaden anzurichten.

Cadorna.

Die Mißerfolge des Vierverbandes.

Von Richard Gädke.

Berlin, 11. Januar 1916.

Das Ende des vergangenen Jahres und der Beginn des neuen haben den Herren des Vierverbandes eine Reihe von Mißerfolgen gebracht, die den regierenden Männern den Gedanken wohl nahelegen könnten, ob es nicht Zeit sei, dem aussichtslos gewordenen Kriege ein Ende zu machen. Ihre Länder sind in weiter Ausdehnung von unseren Streitkräften besetzt und verwaltet, die Verbindung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns mit seinen Bundesgenossen im Südosten ist hergestellt, der Versuch unserer Aushungerung ist mißglückt, die Hoffnung auf Erschöpfung an Kriegsvorräten und Menschen ist trügerisch. Gewiß, die Heere der Gegner sind noch nicht niedergerungen, ihre Widerstandskraft noch nicht endgültig gebrochen, aber alle kriegerischen Ereignisse des letzten Jahres und insbesondere die der letzten drei Wochen müßten ihnen die Ueberzeugung eingeprägt haben, daß sie nicht mehr imstande sind, die gegenwärtige für uns günstige Lage noch entscheidend ändern zu können.

Nehmen wir zunächst die Angriffe der russischen Heere in Ostgalizien und an der Grenze der Bukowina vor. Entsprungen waren sie augenscheinlich dem Wunsche, einen mittelbaren Einfluß auf den Gang der Dinge auf dem Balkan zu gewinnen, nachdem sich der unmittelbare Angriff auf Bulgarien als untunlich herausgestellt hatte. Insofern verfolgten sie einen vorwiegend politischen und demonstrativen Zweck; sie wollten feindliche Kräfte fesseln. Aber natürlich versuchten sie, wie jeder Angriff, an Ort und Stelle eine Entscheidung zu erfechten. Da stellte sich nun alsbald heraus, daß das weite Reich nach einer mehrmonatigen Vorbereitung noch immer nicht die nötigen Waffen hatte bereitstellen können, um solche Angriffe aussichtsvoll zu machen, und sodann, daß die Heeresleitung aus ihren bisherigen Mißerfolgen nichts gelernt hatte; endlich, daß die Truppen nicht besser, sondern schlechter geworden waren. Wieder mußten die auf die Schlachtbank geführten Scharen mit Peitschenhieben durch Tscherkessen vorgetrieben werden. Diese Tscherkessenregimenter versagten nachher aber ebenso, wie die vorwärts gejagten Rekrutenregimenter, und turkestanische Regimenter sollen sogar gemeutert haben. Auch die Wirkung der russischen Artillerie hatte nicht zugenommen, die Verluste der österreichisch-ungarischen Verteidiger waren trotz des Trommelfeuers verhältnismäßig gering. Die höhere russische Führung zersplitterte sich im tastenden unsicheren Versuchen, bald hier, bald dort, zu einem großen einheitlichen Angriff fehlten ihr augenscheinlich die Kräfte. Der Hauptnachdruck wurde — aus politischen Gründen jedenfalls — auf den äußersten rechten Flügel der Armee Pflanzer-Baltin geworfen, der aber wegen der Nähe der rumänischen Grenze nicht zu umfassen war, und auch hier beschränkte sich der Sturm auf den nur 26 Kilometer breiten Raum Naranizе—Totoroutz—Okna, oft aber auf viel geringeren Strecken. Dazwischen wurden dann wieder Vorstöße bald gegen die Dnjestrfront, bald gegen die untere Strypa oder gegen deren mittleren Lauf unternommen, die in ihrer Vereinzelung sämtlich scheiterten. Die am 23. Dezember eingeleitete Offensive erreichte ihren Höhepunkt in den Tagen des 27. bis 29. Dezember; sie wandte sich am 30. und 31. gegen den linken Flügel der Armee Pflanzer, während sie an der bessarabischen Grenze abflaute, kehrte vom 1. bis 4. Januar wieder zu der letzteren zurück mit Nebenangriffen an anderen Punkten, ließ am 5. und 6. Januar erneut nach, machte am 7. Januar einen Verzweiflungsversuch an der Strypa nördlich Buczacz und ist am 8. und 9. fast völlig eingeschlafen. Das Ergebnis der 17tägigen Kämpfe sind sehr starke Verluste des russischen Heeres, während die Front unserer Verbündeten unverrückt feststeht und insbesondere Czernowitz, die nur 11 Kilometer hinter der Front gelegene Hauptstadt der Bukowina, nicht genommen werden konnte. Zum zweiten Male seit dem Spätsommer 1915 ist also der Ansturm der Russen gegen die Südostfront unserer Verbündeten völlig mißglückt. Schon machen sich die Stimmen im russischen Lager bemerkbar, die erst für den Frühsommer des Jahres einen neuen Angriff erwarten, nachdem die solange schon angekündigten neuen Streitkräfte des weiten Reiches organisiert und ausgebildet wären. Aber es ist sehr zweifelhaft, ob Rußland aus seiner Bevölkerung noch große angriffsfähige Massen herausholen kann. Der Raubbau, der dort mit den Menschenvorräten getrieben wurde, müßte ein anderes Volk erschöpfen; der russischen Despotismus aber ist an sich nicht imstande, die Bevölkerung auch nur annähernd in gleichem Maße für den Krieg nutzbar zu machen, wie es in Deutschland — aber bei schwächerer Gesamtkraft auch in Frankreich — möglich ist. Die 170 Millionen Rußlands wiegen nicht so schwer wie die 68 Millionen Deutschlands.

Moralisch noch ungünstiger als jene verfehlte Offensive wirkt der Abzug der Franko-Engländer von der Südspitze der Gallipoli-Halbinsel in der Nacht vom 8./9. Januar. Die Aufgabe des Dardanellenabenteuers mit all seinen für den Vierverband trüben moralischen und politischen Folgen war dem Wesen nach bereits in der Nacht vom 18./19. Dezember entschieden, als die englischen Hauptmassen die Stellungen von Anafarta und Anzac fluchtähnlich verließen. Aber man suchte noch den Schein zu retten und auf gläubige Gemüter Eindruck zu machen. Am 22. Dezember noch versicherte Mr. Asquith im Unterhause: „Der Rückzug von der Soublabai- und der Anzaizone bedeutet nicht ähnliche Operationen bei Kap Helles, wo wir den Eingang der Meerengen beherrschen." Und nun ist das Ende da! Aber diesmal nicht freiwillig! Seit dem Ende des vorigen Jahres wurde das türkische Geschützfeuer immer heftiger und verlustreicher, es bestrich von der asiatischen Seite aus den Rücken der englisch-französischen Stellung und zerstörte stellenweise die Landungsstege; Minen, Fliegerbomben legten die Verteidigung des engen Raumes mehr und mehr lahm; die Lage wurde unhaltbar; der in immer drohendere Nähe rückende Sturm der Türken mußte zur Katastrophe führen, der Abzug im Schutze der Nacht war die letzte Rettung der Truppen. Er wurde dann auch diesmal wieder geschickt ausgeführt, wenn er wohl auch mehr als einen Mann Verlust gekostet haben wird. Daß man reiche Vorräte zurücklassen mußte, wie schon am 18. Dezember, ist selbstverständlich. Ihre Zurückschaffung hätte die ganze Operation in Frage gestellt.

Nun ist die Meerenge frei! und das ist ein großer Vorteil für die Türken. Nun ist die Bedrohung Konstantinopels endgültig beseitigt und wird auch in diesem Kriege nicht wieder versucht werden; nun ist die Verbindung von Hamburg bis Bagdad ungehindert, starke Teile des türkischen Heeres sind frei für andere Aufgaben.

Hamburg—Bagdad! Auch am östlichen Ende dieser Bahnlinie wird der Mißerfolg der Engländer immer ausgesprochener. Am 24. und 25 November brach ihr Versuch, Mesopotamien und seine Hauptstadt Bagdad in aller Stille zu erobern, in der verlustreichen Schlacht bei Ktesiphon zusammen. In einem Zuge mußten sie 160 Kilometer bis zu den am nördlichen Tigrisknie gelegenen Kut-el-Amara zurückgehen. Hier ließen sie unter dem Schutze von Festungswerken eine Nachhut von 10 000—12 000 Mann zurück, während der Rest noch 70 Kilometer weiter bis zu dem am zweiten Tigrisknie (rechtes Flußufer) liegenden Alli-Gharbi wich, wo offenbar eine neue Macht versammelt werden sollte. Die Türken folgten rasch und erreichten schon am 4. Dezember Kut-el-Amara, wo sie in täglichen Gefechten die Engländer mehr und mehr zusammendrängten und auf ihre letzten Verteidigungswerke zurückwarfen. Sie überschritten etwa am 23. Dezember trotz der englischen Flußmonitoren den Tigris und schlossen den Gegner auch von Süden her ein, während gleichzeitig eine Deckungsarmee auf Scheik-Said, 35 Kilometer südlich, vorgeschoben wurde. Gegen diese griff die neu verstärkte englische Streitmacht am 6. und 7. Januar an und holte sich eine blutige Niederlage; sie mußte mit außergewöhnlich großen Verlusten wieder zurückweichen. Das Schicksal von Kut-el-Amara scheint hiernach letzten Endes durch Aushungerung besiegelt zu sein.

Die hier auf beiden Seiten verwandten Streitkräfte sind offenbar nicht mehr ganz unbedeutend, dem moralischen Mißerfolg gesellt sich also der materielle. Der schon jetzt entfachte Volkskrieg im westlichen Persien wird wahrscheinlich einen neuen Aufschwung nehmen.

Es ist kaum nötig, darauf hinzuweisen, welche Werte am unteren Zweistromland und an den Nordufern des Persischen Golfes für England auf dem Spiele stehen.

Und dazu kommt nun die nie ruhende Sorge um Aegypten und um den Suezkanal.

Werfen wir schließlich noch einen Blick auf den Balkan, so bemerken wir, daß die umfassende Angriffsbewegung der Oesterreicher gegen Montenegro, nach kurzer Unterbrechung, trotz Eis und Schnee und himmelstarrender Berge, in den letzten Tagen wieder Fortschritte gemacht hat, die von den Montenegrinern nicht geleugnet werden. Beide Teile melden jetzt auch österreichische Angriffe vom Südwesten, das heißt von der Küste her. Auch hier scheint das Ende in bereits absehbarer Entfernung zu liegen. Man kann die Nachricht von der Friedenssehnsucht König Nikitas für glaubhaft halten.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 13. Januar. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom 12. Januar 1916: Westfront: Zwischen Olai und Weiß (6 Kilometer östlich Olai) versuchte eine kleine deutsche Abteilung auf das rechte Ufer der Misse überzugehen, wurde aber durch das Feuer unserer Wachtposten zerstreut. — Bei gewaltsamen Erkundungen am Kangersee vor Tschauka und östlich Plakanen hatten unsere Aufklärer Zusammenstöße mit überlegenen feindlichen Kräften; es kam zu Bajonettkämpfen, welche zu unserem Vorteil ausliefen. — In der Gegend der Eisenbahn von Poniewiez zerstörten unsere Aufklärer zwei Reihen Drahthindernisse und trieben durch Gebrauch von Handgranaten die Deutschen aus ihren Gräben.

Auf der übrigen Front und im Kaukasus keine Veränderung.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 12. Januar. (W. T. B.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Irakfront keine Aenderung. An der Kaukasusfront griff der Feind am 10. Januar zweimal kräftig unsere Stellungen bei Narman an, wurde aber zurückgeschlagen und ließ hundert Tote auf dem Schlachtfelde. Am 10. Januar beschossen mehrere feindliche Kreuzer und Torpedoboote zeitweilig Sedd ul Bahr, die Umgegend von Tekke Burun und die anatolischen Batterien, ohne Schaden anzurichten. Ein Kreuzer, der aus der Richtung von Cavalla kam, wollte gegen unseren Abschnitt nördlich von der Bucht von Saros das Feuer eröffnen, wurde aber durch das Gegenfeuer unserer in der Umgebung aufgestellten Batterien verjagt. Unsere von den Leutnants Bödicke und Chonos gelenkten Flugzeuge schossen am 9. Januar den vierten feindlichen Flieger herunter. Er stürzte auf offener See bei Sedd ul Bahr ab.

Die Schlacht am 8. Januar und in der Nacht vom 8. zum 9. Januar, die mit der Niederlage des Feindes bei Sedd ul Bahr endete, spielte sich folgendermaßen ab: Die verminderte Tätigkeit der feindlichen Landartillerie, an deren Stelle die Schiffsartillerie getreten war, die Anwesenheit zahlreicher Transportschiffe bei der Landungsstelle, sowie der Umstand, daß der Feind neuerdings Hospitalschiffe zur Wegschaffung von Truppen während des Tages mißbrauchte, ließ uns auf eine bevorstehende Flucht des von unserem heftigen Artilleriefeuer beunruhigten Feindes schließen. Es wurden alle Maßregeln getroffen, um diese Flucht diesmal für den Feind verlustreicher zu gestalten. Diese Maßregeln wurden auch mit vollem Erfolg durchgeführt. Seit dem 4. Januar hatten die Vorbereitungen zum Angriff begonnen. Die für den Angriff gewählten Abschnitte wurden von unserer Artillerie und von Bombenwerfern heftig beschossen. Am 8. Januar verstärkten wir unser Feuer, ließen Minen springen und schickten schließlich an der ganzen Front starke Aufklärungsabteilungen vor. Im Hinblick auf dieses Vorspiel zu unserem Angriff versammelte der Feind in der Gegend seines linken Flügels zahlreiche Kriegsschiffe, die unsere Abteilungen und vorgeschobenen Stellungen heftig beschossen. Unsere Abteilungen kamen stellenweise an die feindlichen Schützengräben heran, wurden dort vom Feinde mit Infanteriefeuer und Handgranaten empfangen, hielten aber diese Stellungen bis zum Mittag. In der Nacht vom 8. zum 9. Januar warfen wir neuerdings unsere Erkundungsabteilungen gegen die feindlichen Schützengräben vor. Um 3 Uhr morgens war der Beginn der feindlichen Rückzugsbewegung im Zentrum fühlbar geworden. Wir ließen deshalb unsere ganze Front vorgehen. Ein Teil der zurückgehenden feindlichen Truppen floh unter dem Schutze der heftig feuernden feindlichen Schiffe zu den Landungsstellen, ein anderer Teil ließ zahlreiche selbsttätige Minen springen und versuchte so unseren Vormarsch Schritt für Schritt aufzuhalten. In diesem Augenblick eröffneten unsere weittragenden Geschütze ein heftiges Feuer gegen die Landungsstege, während unsere Landbatterien die Nachhuten des Feindes stark beschossen und ihm zahlreiche Verluste beibrachten. Unsere Gebirgsgeschütze gingen mit der Infanterie vor und beunruhigten den Feind aus der Nähe. Unsere Truppen trotzten tapfer dem Feuer der feindlichen Schiffe und der selbsttätigen Minen. Mit freudigem Mute, die Hölle voll von Gefahren ringsum nicht achtend, machten sie die feindlichen Soldaten nieder, die nicht dem wirksamen Feuer unserer Artillerie entfliehen konnten und verzweifelten Widerstand leisteten. Bei Tagesanbruch fanden sich unsere Truppen auf dem Schlachtfelde unter zahlreichen Leichen. Wir haben schon kürzlich festgestellt, daß unsere Artillerie sehr wirksame Treffer erzielt hat und daß der Feind, den wir auf der ganzen Front mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bedrängten, bei den Angriffen unserer starken Abteilungen nicht mehr imstande war, selbst unter dem Schutze seiner vielen Schiffsgeschütze den Widerstand in diesem Abschnitt fortzusetzen. So endete der letzte Akt der Kämpfe, die sich seit acht Monaten auf der Halbinsel abgespielt hatten, mit der Niederlage und dem Rückzug des Feindes. Die Zählung der großen Beute ist noch nicht beendet. Sie besteht in Kanonen, Waffen, Munition, Pferden, Mauleseln, Wagen und einer großen Zahl anderer Gegenstände.

Ungarische Beschwerden.

Budapest, 13. Januar. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Gezi Polonyi (Wilder) interpellierte wegen der in einem militärischen Fachblatt erschienenen Aeußerung des Generalstabschefs Freiherrn von Conrad, daß die Tradition des Heeres mehr gelte als die Aufpeitschung des nationalen Gefühls. Sodann brachte Polonyi eine Klage vor über die Zurücksetzung der Ungarn in der Armee und die vorzugsweise Verwendung von ungarischen Truppen in besonders gefährlichen Stellungen. Der Ministerpräsident Graf Tisza antwortete: Ich möchte vor allem an das Abgeordnetenhaus die Frage richten, ob diese Interpellation und die vorgebrachten Beanstandungen würdig sind der großen geschichtlichen Zeit, in der wir leben? Ob diese Rede überhaupt der ungarischen Nation würdig, und dem nationalen ungarischen Interesse förderlich ist? Ich frage, sagte Graf

Tisza, ist dieser Augenblick, in dem wir allesamt und jeder einzelne in der Monarchie den letzten Nerv gegen den dräuenden Feind anspannen, wohl dazu geeignet, daß wir hier, wie der Abgeordnete Polonyi getan hat, von einer österreichischen Soldateska als einem Feinde Ungarns sprechen? (Allgemeine lebhafte Zustimmung.) Daß man von den Deutschen Oesterreichs, mit denen wir Schulter an Schulter als treue Kameraden für unsere Lebensinteressen kämpfen, wie es der Abgeordnete Polonyi getan hat, gehässig als von unseren Gegnern spricht? (Allgemeine lebhafte Zustimmung.) Es ist unmöglich, sich in dem Wirrsal von allerlei Behauptungen zurecht zu finden. Ich will mich daher bloß mit den tatsächlichen Behauptungen befassen. Der Ministerpräsident widerlegte nun durch bestimmte Angaben die vorgebrachten Behauptungen von einer Zurücksetzung der Ungarn und einer überwiegenden Verwendung ungarischer Truppen in gefährlichen Stellungen. Er wies insbesondere nach, daß die Behauptung Polonyis, die Tiroler Mannschaften würden besonders bevorzugt, indem man sie zumeist für Brückenbewachung im ungarischen Tiefland benütze, völlig falsch ist. Das III. und das XIV. Armeekorps, sagte Graf Tisza mit erhobener Stimme, denen die Tiroler angehören, haben in der Verteidigung der Karpathen mit so heldenmütiger Bravour gefochten, daß ich gegen derartige Unterstellungen entschieden protestieren und die öffentliche Meinung davor warnen muß, solchen giftigen Ausstreuungen irgendwelchen Glauben zu schenken. Der Ministerpräsident befaßte sich dann eingehend mit der Aeußerung des Generalstabschefs und sagte: Dieser steht als Soldat jeder Politik durchaus fern. Man kann anderer Meinung sein, und das Nationalgefühl höher stellen als die militärische Tradition. Aber es ist unmöglich, diese Aeußerung des Generalstabschefs so aufzufassen, als hätte sie eine Spitze gegen das ungarische Nationalgefühl. Auf einen ironischen Zwischenruf: Somit ist alles in schönster Ordnung! sagte Graf Tisza: Gott sei Dank ist alles in schönster Ordnung. Alles geht gut und der Löwenanteil daran, daß alles gut geht, gebührt jedenfalls den auf dem Schlachtfelde kämpfenden Soldaten; und eine sehr große Rolle spielen hierbei jene hervorragenden militärischen Eigenschaften, die in diesem Kriege der Generalstabschef Freiherr von Conrad bewährt hat. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.) Die Antwort des Ministerpräsidenten wurde vom Abgeordnetenhause zur Kenntnis genommen.

Annahme der Wehrpflichtsbill.

London, 13. Januar. (W. T. B.) Das Unterhaus hat die Wehrpflichtsbill in zweiter Lesung mit 431 gegen 39 Stimmen angenommen.

Die drei Arbeitervertreter im Ministerium haben ihr Rücktrittsgesuch zurückgezogen.

London, 12. Januar. (W. T. B.) In der Debatte über die Wehrpflichtbill im Unterhause sagte Dillon (Nationalist), er sei gegen die Vorlage. Irland tue sein Bestes, um England zu helfen. Der Streit um die Wehrpflicht habe auf die Rekrutierung in Irland abkühlend gewirkt. Simon erklärte, er glaube nicht, daß das Land durch die Wehrpflicht stärker und einiger würde, er hoffe aber, daß wenn die Vorlage Gesetz werde, sowohl die Gegner wie die Anhänger für eine zweckmäßige Durchführung Sorge tragen würden.

Premierminister Asquith sagte, daß es den Blick für die Wirklichkeit und den Sinn für das richtige Maß verlieren hieße, wenn man behaupte, daß England sittlich und intellektuell seine leitende Stellung unter den Kriegführenden aufgäbe, wenn es für einen bestimmten und umgrenzten Zweck einen Grundsatz annehme, den das republikanische Frankreich für die Erhaltung der demokratischen Einrichtungen als unentbehrlich ansehe. Asquith schloß, das Freiwilligensystem wäre jetzt auch tot, wenn er sein Versprechen, das notwendig gewesen, um den dringendsten Bedarf an Mannschaften zu decken, nicht gegeben hätte. England könnte seine Aufgabe nicht erfüllen, wenn nicht durch das Gesetz diese Soldaten aufgebracht würden. Der Widerstand dagegen wurzele in der Furcht, daß das Gesetz zu einer industriellen Dienstpflicht führen würde. Nichts Derartiges sei geplant. Die Regierung beabsichtige, Bürgschaften zu geben, durch welche die Möglichkeit eines solchen Mißbrauchs abgewendet werden solle. Er habe mit den Vertretern der Arbeiterpartei gesprochen und glaube, daß, wenn erst der Argwohn zerstreut sei, man sich über den Zustand Rechenschaft ablegen werde, wie es täglich deutlicher geschehe, und daß das Gesetz, das er für höchst wichtig halte, die allgemeine Zustimmung finden werde.

Henderson unterstützte die Vorlage mit warmen Worten und erklärte, daß die Mitglieder der Arbeiterpartei Anderson und Snowden, die dagegen gesprochen hätten, Gegner des Krieges seien. Ferner erklärte Henderson, daß Asquith ihm selbst im Namen des ganzen Kabinetts bündige Versicherungen gegeben habe, und er infolgedessen vorläufig Mitglied der Regierung bleibe, die sowohl im eigenen Lande wie im Auslande als ein Symbol der Einigkeit der Nation betrachtet werde.

Nach der Abstimmung vertagt sich das Haus.

Die Bergarbeiter gegen die Wehrpflicht.

London, 12. Januar. (W. T. B.) Die Bergmannverbände von Schottland, Yorkshire und Lancashire haben die Vertreter für die Bergmannskonferenz in London beauftragt, gegen die Wehrpflichtbill zu stimmen.

London, 12. Januar. (W. T. B.) Der Bergarbeiterverband von Südwales hielt heute in Cardiff eine Versammlung ab. Es wurde mit großer Mehrheit eine Entschließung gegen die Wehrpflicht angenommen. Ferner wurde eine Entschließung, in einen allgemeinen Ausstand einzutreten, um diesem Beschlusse Nachdruck zu verleihen, angenommen. Man beschloß aber, darüber zuerst eine Abstimmung unter den Bergarbeitern des ganzen Landes zu veranstalten.

Das Reutersche Bureau bemerkt hierzu, der Beschluß, einen allgemeinen Ausstand zu veranstalten, sei praktisch von geringerer Bedeutung, da die Beschlüsse der Extremen von Südwales selten von den übrigen Bergarbeitern befolgt würden.

Die Interpellation Snowden.

Man schreibt uns aus London:

Nach den folgenschweren Beschlüssen, die die englische Regierung mit der Einführung des obligatorischen Militärdienstes für Unverheiratete gefaßt hat, wendet sich die Aufmerksamkeit aller Sozialisten und Demokraten der Stellung, die die einzige geschlossene oppositionelle Partei des heutigen Englands, die Independent Labour Party einnehmen wird, zu. Was die Friedensverhandlungen betrifft, so hat der „Labour Leader", Organ der obengenannten Partei, bereits die Abgeordneten ersucht, im Parlament die Erklärung der kriegsgegnerischen deutschen sozialistischen Abgeordneten zu beantworten. „Dadurch," sagt der „Labour Leader", „würde der trennende Abgrund zwischen uns und unseren Genossen in den mit uns sich im Kriege befindenden Ländern am ehesten überbrückt werden."

Noch bevor die deutschen Genossen durch Geyer ihre Erklärung im Reichstag abgegeben, hielt der englische sozialistische Abgeordnete Snowden eine Rede im englischen Parlament, welche der „Labour Leader" mit Recht für die mutigste Rede hält, die im englischen Parlament seit dem Kriegsausbruch gehalten worden ist. Der Genosse Snowden hat nachträglich den Hauptinhalt seiner Rede in einem Artikel wiedergegeben.

„Nie sind die Friedensaussichten seit dem Kriegsausbruch so ermutigend gewesen. Eine neue Orientierung der öffentlichen Meinung macht sich entschieden bemerkbar, und zwar in einflußreichen politischen Kreisen und in einem Teil der Presse. Leute, die nie irgendein Bedenken gehegt haben, haben jetzt ihrem Zweifel Ausdruck gegeben, ob die britische Regierung überhaupt imstande sei, den Krieg zu einem militärischen Siege zu führen."

Zu der Interpellation übergehend, die Snowden an die Regierung gerichtet, um zu wissen, ob sie bereit sei, in Friedensverhandlungen einzutreten oder wenigstens die Bedingungen festzustellen, unter denen sie dazu bereit sein könnte, bemerkt unser Genosse:

„Schon die Art und Weise, wie die Regierung, die früher unduldsam gegen eine jede Andeutung an den Frieden war, die Interpellation aufgenommen, und die Antwort selbst bekundet eine wesentliche Veränderung. Aber auch die Parlamentsmitglieder, die bis zur letzten Zeit für alle Friedensbestrebungen nur Hohn und Verurteilung hatten, haben diesmal der Friedensinterpellation und der Antwort der Regierung zugestimmt.

Aber nach Deutschland müssen wir hinüberschauen, um die ermutigendsten Zeichen der Rückkehr zur Vernunft und des Friedenswillens zu finden.

Im Gegensatz zu allem dem, was seit Kriegsausbruch von allen englischen Kanzlern gesagt worden ist, ist durch das kriegsfeindliche Auftreten der deutschen Sozialisten bewiesen worden, daß die deutsche Demokratie nie die Vergewaltigung ihrer Nachbarn gewünscht hat."

Gegen die Kriegshetzer im eigenen Lande polemisierend, behauptet Snowden, daß, wenn das deutsche Volk den Krieg für einen Eroberungskrieg gehalten hätte, es nicht jetzt, wo die deutsche Armee die größten Erfolge erzielt auf den Frieden bzw. auf der Befreiung der besetzten Territorien bestehen würde, sondern im Gegenteil gerade jetzt auf der Erweiterung des Kriegsgebietes bestehen würde.

Die Lage der englischen Labour Party (nicht zu verwechseln mit der Independent Labour Party) faßt Snowden als tragisch auf, weil sie sich vom Internationalismus fernhält, und England somit keine geschlossene Arbeitervertretung im Parlament besitzt, die sich an die Seite der deutschen oder italienischen Fraktionen in den Friedensforderungen stellen und somit die Regierung zwingen könnte, in Unterhandlung zu treten.

„Der Internationalismus ist nicht tot. Das haben die deutschen, österreichischen und italienischen Genossen in den letzten ermutigenden Zeiten bewiesen," fährt Snowden fort und weist ferner darauf hin, daß gerade die letzte Rede des deutschen Reichskanzlers gezeigt, wie wahnsinnig es sei, den blutigen Kampf fortzuführen, ohne zu wissen, wofür man eigentlich kämpfe. „Würde man in der Rede Bethmann Hollwegs das Wort Deutschland durch England ersetzen, so hätte die Rede ebenso gut von Asquith gehalten worden sein können." Snowden ist sicher, daß durch die Verständigung der kriegführenden Völker der Frieden herbeigeführt werden kann, er beweist seinen Landsleuten, daß man Deutschland ebenso wenig durch das Aushungern wie durch die militärische Macht zur Kapitulation zwingen kann. „Und wäre es den Alliierten auch möglich, den Feind zu bezwingen durch die Zerstörung von ganzen Ländern, wem würde das Ergebnis frommen?" fragt Snowden zum Schlusse seines Artikels, und fordert seine Landes- und Parteigenossen auf, die Hand, die die deutschen Sozialdemokraten ausstrecken, zu ergreifen.

Das sind die Hauptpunkte der Ausführungen des Genossen Snowden. Kann ihnen ausgiebiger Optimismus und einige Naivität in der Beurteilung der kontinentalen Verhältnisse nicht abgesprochen werden, so verdienen sie nicht um so weniger große Anerkennung für den Mut, mit dem sie sich gegen die Kriegshetzer und die vorherrschende öffentliche Meinung wenden.

Sollen Engländer und Deutsche sich hassen?

„New Statesman" vom 25. Dezember 1915 macht in einem längeren Aufsatz einige grundsätzliche Bemerkungen zu dieser Frage:

„Spricht man mit jemand, der von der Front heimkommt, so kann man immer wieder die Beobachtung machen, daß der Soldat eine weit klarere und richtigere Vorstellung von der wirklichen Bedeutung des Krieges hat, als der Zivilist. Ein verzehrender Haß gegen den einzelnen Feind ist das Kennzeichen des Zivilisten. Natürlich gibt es Ausnahmen. . . . Allgemein gesprochen ist es jedoch nicht der Soldat, der sich seinen Feind als Unhold ausmalt und von Vergeltung, Ausrottung und ewiger Feindschaft träumt. Derlei Illusionen und Wallungen hat man wohl im Lehnstuhl, aber nicht im Schützengraben! Gewiß gibt es für den Zivilisten eine Entschuldigung: Da er für seine Gefühle keinen anderen Auslaß als den der Worte hat, so mag man ihm einen gewissen Ueberschwang verzeihen — und trotz alledem hat selbst sein ärgster Ueberschwang nichts Bleibendes. Nichts ist in diesem Kriege bemerkenswerter gewesen als der Beweis dafür, daß der Volkshaß etwas Wandelbares ist und sich nicht als zuverlässiges Leitmotiv in einem Kampfe verwerten läßt, in dem die feste Entschlossenheit die Hauptsache ist. Selbst in Deutschland, so erzählt man uns, hat der „Haßgesang" schon lange seine Macht verloren, und das Gefühl, das er schaffen half, ist selbst dort, wo es noch besteht, nicht mehr stark. . . .

Eine Ahnung hiervon verrät sich in dem Eifer, mit dem für den Feldzug zur Verfolgung der deutschen Rasse nach dem Kriege geworben wird. Man drängt uns, sofort die Politik und das Programm eines dauernden Boykotts anzunehmen. Weshalb tut man das? Vielleicht deshalb, weil diese Propagandisten instinktiv fühlen, daß die dunkelste Stunde vor Tagesanbruch ihre Stunde ist, und daß ihnen, wenn sie diese versäumen, eine solche Gelegenheit nie wiederkehren wird? Trifft dies zu, so müssen wir gestehen, daß sie — von ihrem Standpunkt aus — recht haben. Haß, der nicht zu genügender Glut gegen einen siegreichen Feind angefacht werden kann, wird niemals gegen einen überwundenen Feind aufflammen. Gelingt es ihnen also nicht sehr bald, uns für ihre Pläne eines sozialen und kommerziellen Krieges nach Friedensschluß zu gewinnen, so wird es ihnen später sicher nicht glücken, namentlich wenn die Frage noch offen ist zur Zeit, wo die Soldaten aus dem Felde zurückkehren. Denn der Soldat weiß, daß Krieg Krieg und Frieden Frieden ist. In der Anschauung der Dinge, die er gewonnen hat, ist kein Platz für ewige Feindschaften. Er fürchtet und schämt sich nicht, mit einem Hunnen Höflichkeit auszutauschen. Wenn der Krieg aus ist, so wird er wünschen, daß dies das Ende — und nicht der Beginn eines neuen Krieges sei!"

Die französischen Genossen gegen die Teuerung.

Der Kongreß der französischen Sozialdemokratie hat außer dem von allen Blättern besprochenen Manifest auch eine lange Resolution zur Lebensmittelteuerung angenommen, die von dem Genossen Henri Sellier ausgearbeitet und zunächst der Föderation der Seine unterbreitet worden war. Die Resolution verlangt nach eingehender Untersuchung der Teuerungsursachen in erster Linie: Sicherung genügender Transportmöglichkeiten, ausreichende Versorgung mit Kohle und Zucker, Suspendierung der Tarife für frisches und gefrorenes Fleisch, Schaffung von Gefriereinrichtungen, Organisierung des Lebensmittelmarktes zur möglichsten Verhinderung des Wuchers, Preisfestsetzung für den Fleischverkauf, Bestrafung der Versuche, künstliche Preissteigerungen zu verursachen, Ausschaltung des Zwischenhandels usw.

Die Resolution ist keineswegs auf einen aggressiven, ja nicht einmal auf einen scharfen und entschiedenen Ton gestimmt, und man wird abwarten müssen, wieviel von den Wünschen unserer Genossen in Erfüllung geht. Die Produzenten und Händler verstehen in Frankreich wie anderswo die Preise heraufzuschrauben und auf der Höhe festzuhalten.

Die Stadt Paris hat sich erst nach langem Drängen entschließen können, den Verkauf von Margarine zu erleichtern; sie hat die Hallen und sechs gedeckte Märkte freigegeben. Der Munizipalrat und der allgemeine Rat von Paris haben zusammen 150 000 Frank für die Organisation des Verkaufs von Gefrierfleisch durch die Cooperativgenossenschaften bewilligt. Der Verkauf wurde den Genossenschaften übertragen, weil die Schlächter sich weigern, Gefrierfleisch zu verkaufen. Die Genossenschaften verpflichten sich, die nötigen Vorkehrungen zu treffen. — Paris braucht jährlich etwa 195 000 000 Kilogramm Fleisch. Man hofft nun, durch ein starkes Angebot von Gefrierfleisch die Nachfrage nach frischem Fleisch zu vermindern und auf diese Weise eine Verbilligung zu erzielen.

Natürlich kann nur staatliches Eingreifen wirkliche Hilfe bringen, aber es scheint, daß die Regierungen überall sich nur äußerst schwer zu durchgreifenden Maßnahmen entschließen können.

Die Vereinigten Staaten gegen Mexiko.

New York, 13. Januar. (W. T. B.) (Reutermeldung.) Aus Nachrichten aus El Paso geht hervor, daß der einzige Amerikaner, der dem Ueberfall der mexikanischen Räuber zu entrinnen vermochte, ein gewisser Holmes ist, der die telegraphischen Berichte bestätigt. Eine aus ungefähr 200 Mann bestehende Räuberbande befahl den Amerikanern aus dem Zuge zu steigen, sich längs des Bahndammes aufzustellen und sich zu entkleiden. Holmes, der ahnte, was folgen würde, ergriff mit anderen Gefangenen schleunigst die Flucht. Seine Begleiter wurden niedergeschossen, er selbst verwundet.

Nach weiteren Meldungen aus Chihuahua sind dort 19 Leichname der ermordeten Amerikaner angekommen.

In Washington hat die Ermordung der Amerikaner große Entrüstung hervorgerufen. Im Senat beantragte der Republikaner Sherman eine sofortige Intervention, außer wenn Carranza die Beschützung des Lebens und Eigentums der Ausländer auf sich nehme. Auch im Repräsentantenhause ist beantragt worden, daß die Vereinigten Staaten die Politik des wachsamen Abwartens aufgeben sollen. Staatssekretär Lansing erklärte, das Staatsdepartement habe im Oktober die amerikanischen Untertanen in Chihuahua und den anderen Nordstaaten von Mexika aufgefordert, das Land zu verlassen; es seien alle nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Er versprach ferner alles zu tun, um die Missetäter der Bestrafung zuzuführen. In einer Erklärung wurde angedeutet, daß wahrscheinlich auch ein gewisser Keane, der britischer Untertan sein soll, ermordet worden ist.

In einer Note an die mexikanische Regierung bezeichnet Staatssekretär Lansing die Ermordung der Amerikaner als eine feige Missetat und erwähnt ferner, daß die Amerikaner unter freiem Geleite reisten und wahrscheinlich nur umgebracht worden seien, weil sie Amerikaner waren.

Letzte Nachrichten.

Aus dem Münchener Stadtparlament.

München, 13. Januar. (W. T. B.) Das Münchener Gemeindekollegium wählte heute wiederum den Sozialdemokraten Witti zum ersten Vorsitzenden.

Griechischer Protest gegen die Besetzung von Korfu.

Mailand, 13. Januar. (W. T. B.) Der Berichterstatter des „Corriere della Sera" drahtet aus Athen: Die griechische Regierung erkläre, daß die Ausschiffung französischer Truppen auf Korfu ohne ihr Wissen geschehen sei. Die griechische Regierung habe protestiert unter Berufung auf den Vertrag von 1873, durch den die Jonischen Inseln an Griechenland abgetreten seien und die Neutralität der Insel Korfu sanktioniert wurde. In ministeriellen Kreisen glaube man, daß die Regierung trotz des Protestes den Gewaltakt über sich ergehen lassen müsse, ohne jedoch ihre Politik zu ändern oder aus der Neutralität herauszugehen. Man glaube, daß die Ausschiffung serbischer Truppen bereits begonnen habe.

Sprengung einer Brücke über die Struma.

Bern, 13. Januar. (W. T. B.) Der Berichterstatter des „Corriere della Sera" drahtet aus Saloniki: Die Alliierten sprengten gestern die Eisenbahnbrücke über die Struma 6 Kilometer von Demirhissar an der Linie Saloniki-Seres. Die Zerstörung dieser Brücke schneidet die Eisenbahnverbindungen mit Bulgarien und der Türkei ab. Sie wurde angeblich durch die Notwendigkeit erzwungen, eine Kontrolle feindlicher Sendlinge über die Vorbereitungen zur Verteidigung des befestigten Lagers von Saloniki zu verhindern. Hervorzuheben ist die Tatsache, daß die Zerstörung der Strumabrücke die griechischen Truppen in Seres, Drama und Kavalla vom übrigen Griechenland abschneidet. Die Bewegungen des Feindes lassen im allgemeinen die Ansicht zu, daß eine Offensive näher bevorstehe, als bisher anzunehmen war. Eine Abteilung von zehn französischen Aeroplanen überflog die Eisenbahnlinie nach Gjewgjeli und warf zahlreiche Bomben ab.

Unterwerfung chinesischer Rebellen.

Hongkong, 13. Januar. (W. T. B.) Reutermeldung. Die Regierung von Kanton berichtet über eine Niederlage der Rebellen, die vollständig geschlagen wurden, schwere Verluste erlitten haben und verfolgt werden.

Ein politisches Attentat in Japan.

Tokio, 12. Januar. (W. T. B.) Reutermeldung. Ein Individuum hat zwei Bomben auf das Automobil des Ministerpräsidenten Okuma geworfen. Dieser blieb unverletzt.

Tat eines Geisteskranken.

Hannover, 13. Januar. (W. T. B.) Ein in der Knochenhauer Straße wohnender Arbeiter versuchte heute abend in einem Anfall von Geisteskrankheit seine Frau und seine drei Kinder mit der Axt zu erschlagen, worauf er sich am Fenster erhängen wollte. Der Haken brach aber ab, und er stürzte aus dem Fenster auf das Dach eines Vorbaues, wo er nahezu unverletzt aufgehoben wurde. Der Täter wurde der Irrenanstalt Langenhagen zugeführt. Die teilweise sehr schwer verletzten Familienmitglieder brachte man in das städtische Krankenhaus. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

Gewerkschaftliches.

Vom rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau.

Die Belegschaftsziffer der rheinisch-westfälischen Kohlenzechen ist durch Einziehungen zum Heeresdienste bedeutend vermindert worden. Die der Reserve und Landwehr angehörenden Mannschaften wurden fast durchweg beim Kriegsausbruch zur Fahne gerufen. Außerdem sind aber auch Landsturmpflichtige in großer Zahl einberufen worden. Die Zechen haben sich bemüht, die entstandenen Lücken tunlichst auszufüllen, was ihnen auch zum Teil gelang. Regierung und Heeresverwaltung sind hierbei den Werken behilflich gewesen. Militärpflichtige Bergarbeiter wurden auf Reklamation der Zechen hinzurückgestellt, auch wurden schon eingezogene Bergleute zur Grubenarbeit in die Heimat beurlaubt. Ferner wurden den Zechen Kriegsgefangene zur Verfügung gestellt und ihnen die Erlaubnis erteilt, Arbeiter in den okkupierten Teilen des Auslandes anzuwerben. Nach Auskunft der Behörde waren Anfang November 1915 rund 28 000 Kriegsgefangene und 10 500 angeworbene Ausländer im Ruhrbergbau beschäftigt. Trotz dieser Vergünstigungen ist aber die Belegschaftsziffer immer noch um Zehntausende niedriger als vor dem Kriege.

Zu den Klagen der Werksbesitzer über die unzureichende Zahl der Arbeiter kommen seit Monaten auch noch die Beschwerden über Wagenmangel. Hierdurch werde die Kohlenförderung noch weiter vermindert.

Ganz verkehrt wäre es aber, aus den angeführten ungünstigen Tatsachen auf eine fallende Rentabilität der Zechen schließen zu wollen. Schon aus den Jahresabschlüssen jener Werke, deren Geschäftsjahr mit Ende September 1915 abschloß, war zu erkennen, daß der Krieg die klingenden Erträgnisse wenig oder gar nicht vermindert hat. Im Gegenteil — viele Werke haben trotz verminderter Belegschaft und weit geringerer Förderung größere Gewinne herausgewirtschaftet als zur Friedenszeit. Diese Gewinne sind natürlich nicht vom Himmel gefallen, sondern haben ihren realen Grund in den erhöhten Kohlenpreisen. Die Steigerung der Werksgewinne kam also auch wieder nur aus den Taschen der Verbraucher.

Die Werksbesitzer versuchen, der angeführten Tatsache das üble Ansehen zu nehmen, indem sie gewissermaßen zur Entschuldigung anführen, der Krieg lege ihnen erhöhte soziale Verpflichtungen auf. Das darf man aber nicht so allgemein gelten lassen. Gewiß, eine Anzahl Zechen, vielleicht auch die meisten, unterstützen die Familien ihrer eingezogenen Belegschaftsmitglieder. Diese Unterstützung belastet wohl den Rohgewinn, hat aber gleichwohl die Steigerung des Reingewinns der Dividende und Ausbeute nicht aufgehalten. Ein Beweis dafür, daß das Kriegsjahr 1915 für die Zechen so übel nicht gewesen ist, bietet nachstehende Tabelle über die Ausbeutezahlung von 18 tausendteiligen Gewerkschaften des Ruhrbezirks.

Es zahlten 1915 in den einzelnen Vierteljahren Ausbeute für einen Kux (in Mark):

	I.	II.	III.	IV.
Alte Haase	25	25	25	40
Karoline (Holzwickede)	30	30	40	40
Ver. Trappe	40	40	50	100
Gottessegen	40	40	40	40
Fröhliche Morgensonne	—	75	75	100
Johann Deimelsberg	50	50	50	50
Adler	75	75	100	100
Friedrich der Große	100	150	200	300
Graf Schwerin	100	100	100	200
Heinrich (Ueberruhr)	125	150	200	300
König Ludwig	200	250	250	400
Helene und Amalie	200	200	200	350
Graf Bismarck	250	500	500	750
Lothringen	250	250	250	400
Unser Fritz	—	150	200	350
Königin Elisabeth	350	400	400	400
Konstantin der Große	500	500	500	800
Blankenburg	—	—	—	50
Im Durchschnitt für 1 Kux	130	166	177	265

Die Ausbeute ist also von einem Vierteljahrsabschluß zum anderen gestiegen. Die letztgenannte Zeche Blankenburg hat in den Jahren 1911, 1913 und 1914 überhaupt keine Ausbeute zahlen können und in dem guten Geschäftsjahr 1912 konnte sie auch nur 30 M. pro Kux ausschütten. Daß sie im letzten Viertel des Kriegsjahres 1915 mit der Ausbeutezahlung wieder beginnen konnte, ist ein sprechender Beweis für die fortschreitend gute Geschäftslage des Ruhrbergbaues.

Deutsches Reich.

Zigarren als Lohn.

Das Generalkommando in Münster hat ein Rauchverbot für Jugendliche unter 16 Jahren erlassen. Die Absichten des Verbotes sind ja verständlich und es wird sich ernsthaft gegen diese Absichten wenig sagen lassen. Das Rauchverbot schließt in sich aber auch ein Abgabeverbot von Zigarren und Zigaretten an die vom Rauchverbot betroffenen Jugendlichen. Dadurch ergibt sich für die jugendlichen Tabakarbeiter eine eigenartige Komplikation. In der Zigarrenindustrie ist es vielfach üblich, daß von den Arbeitern pro 100 Zigarren oder Wickel zwei Zigarren oder Wickel übergeliefert werden müssen, und dafür werden dann die sogenannten Rauchzigarren gegeben. Letztere bilden also tatsächlich einen Bestandteil des Arbeitslohnes. In diesem Sinne werden sie auch als einen Teil des Einkommens angesehen und daher zur Steuerveranlagung mit herangezogen. Der dafür angestellte Satz beträgt jährlich zwischen 40 bis 60 M. Die Verfügung bedeutet deshalb für die davon betroffenen jugendlichen Arbeiter eine Schmälerung ihres Einkommens, was das Generalkommando sicherlich mit Erlaß der Verfügung nicht beabsichtigt hat. Die Gauleitungen des freien und des christlichen Tabakarbeiterverbandes in Münster haben sich deswegen mit einer Eingabe an das Generalkommando gewandt, in dem sie dasselbe um eine Anordnung ersuchen, daß den betreffenden Arbeitern entweder für die Nichtverabreichung von Rauchzigarren eine Geldentschädigung seitens der Firmen gewährt, oder sie für die Dauer der Nichtgewährung von Rauchzigarren auch keine Ueberzigarren oder Ueberwickel zu liefern brauchen.

Teuerungszulagen im Dresdener Brauereigewerbe.

Die im Dresdener Brauereigewerbe schon vor längerer Zeit gewährten Teuerungszulagen waren den Arbeitern vorläufig bis zum 31. Januar 1916 zugestanden worden. Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und der der Böttcher richteten daher an den Verband der Brauereien von Dresden und Umgegend durch eine Eingabe das Ersuchen auf Weiterzahlung und Erhöhung der bisher gewährten Teuerungszulagen. Diesem Antrage hat der Unternehmerverband entsprochen. Er teilte den beiden Arbeiterverbänden mit, daß er „mit Rücksicht auf die schwierigen Verhältnisse, in denen sich die Arbeiter zurzeit befinden", beschlossen habe, die Teuerungszulage bis zum 30. April 1916, also um drei Monate, zu verlängern und die Sätze für Verheiratete auf 7,50 M., Unverheiratete auf 6 M., Frauen auf 4,50 M. und Kinder auf 1,25 M. monatlich zu erhöhen, jedoch in der Voraussetzung, daß die Brauereien in der Lage sind, bis dahin ihre Betriebe im bisherigen Umfange aufrecht zu erhalten.

Ausland.

Gegen die Abwanderung schweizerischer Arbeiter.

Die Zentralstelle schweizerischer Arbeitsämter berief in den letzten Tagen eine Konferenz nach Zürich ein. Hauptpunkt der Beratung war die Abwanderung schweizerischer Arbeiter ins Ausland. Der Vertreter des St. Gallener Arbeitsamtes beantragte, den Bundesrat aufzufordern, daß er geeignete Vorschriften zur Verhinderung der Abwanderung schweizerischer Arbeiter ins Ausland ausarbeiten möge.

Arbeitszeitverkürzung im schweizerischen Buchdruckgewerbe.

Mit dem 1. Januar 1916 ist nach dem Tarifvertrag von 1912 im Buchdruckgewerbe der deutschen Schweiz eine Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde am Sonnabend eingetreten. Statt um 5 Uhr muß nun bereits um 4 Uhr Feierabend gemacht werden, wodurch die Arbeitszeit an diesem Tage von 9 auf 8 und die wöchentliche Arbeitszeit von 53 auf 52 Stunden reduziert wird. In den Betrieben mit durchgehender Arbeitszeit soll der Arbeitsschluß mittags 1 Uhr erfolgen, die Arbeitszeit am Sonnabend eine sechsstündige und für die ganze Woche eine 51stündige sein.

Die Militarisierung der italienischen Industrie.

Die Militarisierung der Arbeiterschaft ist nunmehr auch auf die Arbeiter in den italienischen Häfen und die Angestellten der Handelsschiffahrt ausgedehnt worden. Das heißt, daß alle im Schiffahrts-, Transport- und Hafengewerbe tätigen Arbeiter den Militärgesetzen unterworfen sind. Aus Livorno wird dem „Avanti" vom 3. Januar gemeldet, daß die Bergwerksgesellschaft „Elba" plötzlich ohne weitere Verständigung mit der Arbeiterschaft, eine Verlängerung des Arbeitstages um eine halbe Stunde einführte und daß sie sich dabei auf die Akte für die Mobilisierung der Industrie stützen konnte.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne und Kriegsgewinnsteuer in Rußland.

Prof. Tugan-Baranowsky, einer der bekanntesten russischen Nationalökonomen, erörtert in der Petersburger „Retsch" die Frage der Kriegsgewinne und ihrer zweckmäßigen Besteuerung. „Den einen", schreibt er, „bringt der Krieg Elend und Leiden, den anderen gewaltige Profite. Nach dem Kriege werden wir erstaunliche Dinge darüber zu hören bekommen. Vorläufig jedoch ist dies alles mit dem Mantel . . . des Geheimnisses bedeckt, und nur aus indirekten Anzeichen kann man ersehen, welch ein Bacchanal der Raffsucht sich um den Krieg abspielt."

In seinen weiteren Darlegungen führt Tugan-Baranowsky eine Anzahl Daten an, die durch die russische Presse bekannt geworden sind. So ist der Profit von 19 Großbetrieben der mechanischen und Maschinenbauindustrie im Jahre 1914 gegenüber dem Vorjahre um 60 Prozent — von 31,9 Millionen auf 52,8 Millionen Rubel — gestiegen. Allerdings kommt diese ungeheure Profitsteigerung nicht in den ausgeschütteten Dividenden zum Ausdruck, die im Berichtsjahr von 17,1 auf 23,8 Millionen oder von 9 auf 12 Prozent gestiegen sind. Der überwiegende Teil des Mehrverdienstes wurde für Kapitalabschreibungen usw. verwendet.

Wenn dieses Bild schon im Jahre 1914, mit seinen 5 Kriegsmonaten, zutage trat, so mußte das Jahr 1915 eine noch weit stärkere Zunahme der Profite ergeben. Prof. Tugan-Baranowsky stellt denn auch fest, daß die Profite der mechanischen Industrie, ungeachtet der Verteuerung der Kohle, des Mangels und der Verteuerung der Arbeitskräfte und der Desorganisation des industriellen Lebens fortgesetzt zugenommen haben.

Aehnlich verhält es sich auch mit anderen Industriezweigen. So stieg der Profit der Firma „Treugolnik", der größten Fabrik der russischen Gummiindustrie, von 9,8 Millionen im Jahre 1913 auf 12,8 Millionen im Jahre 1914, während die Dividende von 21,75 auf 25 Prozent erhöht wurde. In der Zuckerindustrie scheint die „Kriegskonjunktur" glänzende Resultate — für die Aktionäre — gezeitigt zu haben. So zeigen die Rechenschaftsberichte selbst der kleineren Betriebe — die größeren haben ihre Berichte noch nicht ausgegeben — eine Erhöhung der Profite um das Dreifache und Vierfache. In der Leinenindustrie ist beispielsweise in der großen Fabrik von Demidow der Profit von 0,8 Millionen auf 1,2 Millionen Rubel gestiegen. In der Baumwollmanufaktur von Rjabuschinsky hat sich der Profit fast verdreifacht, bei Prochorow ist er von 1,1 auf 2,2 Millionen, bei Chludow von 0,4 auf 0,9 Millionen gestiegen usw. Auch diese Daten beziehen sich nur auf das Jahr 1914 und sind von den entsprechenden Zahlen des verflossenen Jahres wohl noch weit in den Schatten gestellt worden.

Man sollte meinen, daß die russischen Großindustriellen, denen der Krieg einen wahren Goldregen ins Haus gebracht hat, unter diesen Umständen gegen eine Kriegsgewinnsteuer — die übrigens in den zirkulierenden Prospekten sehr mäßig veranschlagt ist — nichts einzuwenden haben würden. Weit gefehlt! Ihre Haltung zeigt auch in Rußland, daß zwischen patriotischen Phrasen und patriotischen Taten ein gewaltiger Abstand ist, und daß bei manchem, die es am meisten haben, der Patriotismus nur — bis zur Tasche reicht. So wettert denn auch das Hauptorgan der russischen Industriellen „Promyschlennostj i Torgówlja" (Industrie und Handel) gegen den Entwurf einer Kriegsgewinnsteuer. „Eines von beiden," schreibt es, „entweder ist die Regierung in der Lage, den Forderungen der Industriellen und der Kaufleute Einhalt zu gebieten und die Festsetzung gerechter, den Produktionsbedingungen entsprechender Warenpreise zu verlangen. Das wäre konsequenter, als mit der einen Hand hohe Preise zu bewilligen und mit der anderen den Mehrverdienst der Industriellen fortzunehmen. Oder die Regierung vermag die ansteigende Tendenz des Marktes nicht zu bewältigen und muß die Preise akzeptieren, die ihr die Industriellen und die Kaufleute willkürlich diktieren. Aber auch in diesem Falle würde die Besteuerung der Kriegsgewinne zu keinen Resultaten führen, da sie nur einen neuen Antrieb zur Erhöhung der Preise bei den Kriegslieferungen bilden wird."

Man sieht, die russischen Industriellen machen aus ihren Absichten kein Hehl und drohen schon jetzt, eine etwaige Kriegsgewinnsteuer auf den Hauptkonsumenten, den Staat, abzuwälzen. Freilich ist die ironische Frage Prof. Tugan-Baranowskys, weshalb die Industriellen bei der Existenz einer solchen „Abwälzungstheorie" gegen die Kriegsgewinnsteuer Lärm schlagen, durchaus berechtigt. Aber andererseits wird bei der Opposition der Industriellen wohl ausschlaggebend sein, daß ihre „Abwälzungstheorie" sich nicht automatisch verwirklichen läßt, sondern mit so vielen „Spesen" verknüpft ist, daß eine glatte Ablehnung der gesamten Steuer schon vorteilhafter erscheint.

Die Goldproduktion der Vereinigten Staaten. „Times" vom 3. Januar gibt den Wert der Goldproduktion der Vereinigten Staaten im Jahre 1915 mit 19 778 220 Pfd. Sterl. an, d. i. im Vergleich zu 1914 ein Mehr von 8 871 860 Pfund. (N. d. A.)

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter V. a. G.) zu Hamburg. Filiale Baumschulenweg. Den in Treptow wohnenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 15. Januar, abends von 8½–10 Uhr, im Lokal von Wollram, Eisenstr. 101 (Ecke Kiefholzstraße) kassiert wird.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Frauentagung.

Mitten im Kriege hat eine Frauentagung großen Stils stattgefunden mit all dem Drum und Dran von Repräsentation, das die Größe und den Wert der Organisation veranschaulichen soll. Der Katholische Frauenbund hielt in den Tagen vom 6. bis 8. Januar seine sechste Generalversammlung in Berlin ab. Sie war in mehr als einer Beziehung interessant. Weniger wegen der Referate, die unter dem Gesamttitel „Die Frau als Mitgestalterin am neuen Deutschland" gingen, als wegen der ganzen Aufmachung des Kongresses. Die Beratungen fanden im großen Sitzungssaal des Reichstags statt. Fräulein Dransfeld, die Vorsitzende der jetzt bereits 90 000 Mitglieder zählenden Organisation, leitete die Versammlung von dem Sitze aus, den sonst Herr Kaempf einnimmt. Die Bundesratstribüne war bei der Eröffnung voll von Vertretern hoher und höchster Herrschaften und der Behörden. Als Stellvertreterin der Kaiserin nahm die Kronprinzessin an den Verhandlungen des ersten Tages teil.

Wann wäre je einer Frauenorganisation eine solche Würdigung zuteil geworden! Nicht einmal der Bund Deutscher Frauenvereine, der sich selbst die Vertretung der bürgerlichen Frauen Deutschlands nennt, mit seiner halben Million Mitglieder hat das fertiggebracht. Fräulein Dransfeld konnte stolz sein auf die Beachtung, die man ihrer Organisation schenkte. Nach allen Seiten mußte sie begrüßen und danken. Jedem der zahlreichen Würdenträger mußte sie in ihrer großen Ansprache ein paar Worte zu sagen, die ihn besonders erfreuen und ihm schmeicheln mußten. Diese Frau mit der glühenden Beredsamkeit ist klug, und sie weiß ihre Klugheit zu nutzen.

Außer der Kronprinzessin konnte sie begrüßen den Grafen Lerchenfeld als Vertreter der Königin von Bayern, den Fürstbischof Bertram von Breslau, den Vertreter des Reichskanzlers, des Staatssekretärs des Innern, des preußischen Staatsministeriums, insbesondere des Kultusministers und des Landwirtschaftsministers, die Präsidenten des Reichsversicherungsamts, des Reichsgesundheitsamtes und der Königl. Seehandlung. Nicht zu vergessen den Herrn Präsidenten des Reichstages, der sonderbare Gefühle gehabt haben mag, als er sah, daß eine Frau, man denke eine Frau, von seinem Platz mit soviel Schwung und Begeisterung die Versammelten anredete. Fürstinnen, geistliche und weltliche Würdenträger und gewöhnliche Sterbliche, alle erhielten sie ein stimulierendes Wort, Huldigungstelegramme wurden versandt und Danktelegramme verlesen. Alles klappte, kein Mißton, nichts Störendes kam herein.

Die Vertreter des Reichskanzlers und des Kultusministers anerkannten die Mitarbeit der Frauen im allgemeinen und der katholischen Frauen im besonderen und dankten ihnen vor allem für ihre Leistungen auf dem Gebiete der Jugenderziehung. Ob sie mit allen Forderungen des Katholischen Frauenbundes ebenso einverstanden waren, konnte leider nicht festgestellt werden. Denn wenn diese Frauen auch stets ihre enge Anlehnung an die Kirche und ihre Diener betonen, was Regierungsbehörden zweifellos sehr sympathisch berührt, so forderte Fräulein Dransfeld doch auch die Mitarbeit der Frau am kulturellen Ausbau Deutschlands, der sich auf dem politischen und wirtschaftlichen gründen müsse. Und zwar nicht nur als Handlangerin, sondern auch als Mitgestalterin.

„Der Einfluß der Frau auf das kulturelle Leben bestand schon immer, aber er vollzog sich in uns unsichtbaren Kanälen. Heute ist die Frau an die Oeffentlichkeit getreten, und darum muß sie nicht nur in der Familie, sondern auch in der Oeffentlichkeit an allen Aufgaben der Zukunft mitwirken."

Und später hieß es:

„Das alte Frauenideal soll beibehalten bleiben, doch sein Wert muß erhöht werden. Ehrfurcht soll sich mit gerechtem Selbstbewußtsein paaren. Die Frau muß weiter neue Pflichten erfüllen gegenüber ihrer Familie, in der Betätigung für das Volks- und Staatsganze und nicht zuletzt auch gegen Gott."

Noch klarer kam der Wunsch nach der Gleichberechtigung in der Gemeindeverwaltung in einem Referat von Frl. Dr. Lauer-Frankfurt a. M. zum Ausdruck. Vielfach sei die Mitarbeit der Frau in der Gemeinde noch durch gesetzliche Bestimmungen gehemmt. Der Krieg machte jedoch die kommunale Mitarbeit ohne Rücksicht auf die rechtliche Möglichkeit notwendig. „Wenn nach dem Kriege aus dem Volke aber wieder das „Volk der Denker" wird, muß da für die gesetzliche Korrektur gesorgt werden."

Ueber die Stellung der katholischen Frauen zu den übrigen Problemen braucht nicht viel gesagt zu werden. Ihre Haltung zur Bevölkerungsfrage, zur sittlich sozialen Mission der unverheirateten Frau, im Kampf gegen die sittlichen Mißstände im öffentlichen Leben ergibt sich aus ihrem engen Anschluß an die katholische Kirche, deren Auffassung allgemein bekannt ist. Die Bedeutung dieses Kongresses liegt auch viel weniger in der Arbeit, die er leistete, als in der Aufnahme, die er bei den Behörden und den Vertretungen des Reiches gefunden hat. Hier hat der Katholische Frauenbund eine Vormachtstellung in der bürgerlichen Frauenbewegung gewonnen, die er sich so leicht nicht streitig machen lassen wird.

Es ist eben etwas ganz anderes, ob man, wie der Bund Deutscher Frauenvereine, bei allen bürgerlichen Parteien um Gehör bitten muß, oder ob man eine so mächtige und geschickte Partei wie das Zentrum hinter sich hat.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit" ist soeben das 16. Heft vom 1. Band des 34. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Bureaukratie und Politik. Von Gustav Eckstein. — Nochmals die landwirtschaftlichen Produktionskosten und die Teuerung. Von A. Hofer. — Mitteleuropa. Von K. Kautsky. (Fortsetzung.) — Vom Wirtschaftsmarkt. Kohlenproduktion und Kohlensyndikatspolitik. Von Heinrich Cunow. — Literarische Rundschau: Richard Kilian, Der deutsch-englische Wirtschaftsgegensatz. Von Sp. Salomon Dembitzer, Aus engen Gassen. Von L. Lessen.

Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten. Von Dr. H. Herkner. In zwei Teilen 23 M. Duncker u. Humblot, München und Leipzig.

Einarm-Fibel. Ein Lehr-, Lese- und Bilderbuch. Herausgegeben von Dr. Eberhard, Frieth. v. Künßberg u. a. 1 M. G. Braunsche Hofbuchdruckerei, Karlsruhe.

Aus dem deutschen Osten. Von Dr. P. Michaelis. 2 M., geb. 2,50 M. E. Reimer, Berlin W 10.

Kunstverwaltung in Frankreich und Deutschland. Herausgegeben von Dr. O. Grautoff. 3 M. M. Drechsel, Bern.

Die kriegführenden Mächte. Dargestellt von H. Schilling. 1 M. A. Stein Verlag, Potsdam.

Bulgarien was es ist und was es wird. Herausgegeben vom Königl. Bulgarischen Konsulat zu Berlin. 20 Pf. G. Stilke, Berlin NW 7.

Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Monatsschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. 21. Jahrg. Nr. 4. Jährlich 4 M. G. Reimer, Berlin W 10.

Der Deutsche Krieg. Heft 69: **Kriegsfinanzen.** 2. Teil. Reichstagsreden. Von K. Helfferich. 50 Pf. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Deutsche Zukunft — Belgien. Aus den nachgelassenen Schriften K. Lamprechts. 1 M. F. A. Perthes, Gotha.

„Erfahrung". Die Weihnachtserfahrung eines Buben. Von H. Kutter 40 Pf. — **Weltverbesserer und Weltverderber.** Eine Sammlung von Kriegsaufsätzen von G. Umfrid. 1,80 M. Verlag: Art. Institut Orell Füßli, Zürich.

Der unsichtbare Tempel. Monatsschrift. Herausgegeben von Dr. E. und Dr. A. Horneffer. 75 Pf. E. Reinhardt, München.

Lebenskunde für die weibliche Jugend. Von A. Winter. 1,50 M. A. Herrosés Verlag, Wittenberg.

Ueber die Notwendigkeit der Schaffung von Moorschutzgebieten. Denkschrift. 18 S. Gebr. Borntträger, Berlin W 35.

Die Arbeiterfrage. Eine Einführung von Dr. H. Herkner. 6. erweiterte Auflage. 2 Bände, geb. 11,50 M. J. Guttentag, Berlin W 10.

Das Bild als Verleumder. Bemerkungen zur Technik der Völkerverhetzung. Von F. Avenarius. 1,20 M. G. D. W. Callwey, München.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Abgeordnetenhaus.

Erste Sitzung vom Donnerstag, den 13. Januar, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministertisch: Lentze, v. Loebell.

Präsident Graf Schwerin eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Als wir uns am Schlusse der letzten Tagung, am 24. Juli, hier trennten, habe ich der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß, wenn wir uns nach einigen Monaten wieder zusammenfinden würden, unseren gemeinsamen Ziel, einem vollen Siege und der Erreichung eines ehrenvollen Friedens, abermals um ein gutes Stück nähergekommen sein würden. Ich glaube, Sie werden mir zustimmen, wenn ich heute sage, daß sich diese unsere Hoffnung in reichem Maße erfüllt hat, auch wenn wir vielleicht noch lange nicht am Ziel angelangt sind. Rein zeitlich betrachtet, mag es auch heute noch dahingestellt bleiben, wie lange der Krieg noch dauern mag und wie lange wir seine Last und seine Opfer noch werden tragen müssen. Aber, was unsere Zuversicht, unsere Gewißheit dafür angeht, daß wir als Sieger aus diesem uns so frevelhaft aufgezwungenen Kampf hervorgehen werden, so hat diese doch inzwischen durch die herrlichen Erfolge unserer Waffen und der Waffen unserer treuen Verbündeten einen ganz gewaltigen Zuwachs erfahren. (Lebhafter Beifall.) (Graf Schwerin schildert darauf die Kriegslage.) Mit Stolz und Bewunderung blicken wir heute auf unsere treuen sieggekrönten Verbündeten und beglückwünschen sie zu den glänzenden Erfolgen ihrer und unserer Waffen. (Lebhafter Beifall.) Oesterreich-Ungarn zu der Befreiung Galiziens und zu der Niederwerfung Serbiens, dieser alten Stätte von Königsmorden und Bedrohungen des Völkerfriedens, Bulgarien zu der Wiederbefreiung seiner mazedonischen Stammesgenossen aus der serbischen Knechtschaft und die Türkei zu der glänzenden Verteidigung ihrer Meerengen und ihrer bedrohten Hauptstadt. Das Band aber, welches im verflossenen Jahre Blut und Eisen um das Deutsche Reich und seine Verbündeten geschmiedet haben, wird sobald keine Macht der Erde wieder zerreißen. Dieser starke

unerschütterlich feste Vierbundsblock

bedeutet schon heute eine so vollkommene Veränderung der gesamten Weltlage, daß er vielleicht einmal als das weltgeschichtlich bedeutsamste Ereignis dieses ganzen gewaltigen Völkerringens gelten wird. Mit nicht minderem Stolz als auf unsere Verbündeten und mit unbegrenzter Dankbarkeit aber gedenken wir heute auch unserer eigenen unvergleichlichen Truppen und ihrer glänzenden Führer. (Lebhafter Beifall.) Sie haben an Heldenmut und unerschütterlicher Standhaftigkeit fast Uebermenschliches geleistet. Wir alle aber wollen weiter mithelfen zum Siege, jeder an seiner Stelle — ob Volksvertreter, Beamter, Gewerbetreibender oder Arbeiter, ob daheim oder an der Front, — ja ob Mann oder Frau, wir wollen alle mithelfen bis zu einem vollen, von unseren Feinden nicht mehr wegzutäuschenden Sieg. (Zustimmung.) Und so hoffe ich, daß auch unsere heute beginnenden Beratungen nur von dem einen Gedanken getragen sein werden, nichts zu unterlassen, was der möglichst baldigen Erreichung eines vollen Sieges und eines dauernd gesicherten Friedens dient. Aber ebenso auch alles zu unterlassen, was die baldige Erreichung unseres höchsten Zieles verzögern könnte.

Der Präsident bringt zum Schluß ein Hoch auf den Kaiser aus.

Alsdann bringt Finanzminister

Dr. Lentze

den Etat ein.

Das Ende des Krieges ist noch nicht abzusehen. Wir zu Hause sind es unseren braven Truppen schuldig, ebenso eisern durchzuhalten wie sie. Der Krieg hat begreiflicherweise einen gewaltigen Einfluß auf das ganze Wirtschaftsleben ausgeübt. Uns ist ja aber die Gabe verliehen, überall der Schwierigkeiten Herr zu werden. Vielfach sind Frauen und Töchter unserer Streiter an deren Stelle getreten. Unsere deutschen Frauen haben bewiesen, daß sie in den Zeiten der Not uns mithelfen durchzuhalten. Die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse zwangen aber auch Handel und Industrie dazu, sich vollständig neu zu orientieren. Wir mußten nunmehr fast alle vom Ausland bezogenen Verbrauchsgüter entweder selbst herstellen oder andere an ihre Stelle setzen. In geradezu mustergültiger Weise hat sich diese Neuorientierung vollzogen. Auch unser gesamter Kriegsbedarf, Kleidung und Munition, Dünge- und Futtermittel mußten wir selbst herstellen. Was wäre aus uns geworden, wenn wir dazu nicht imstande gewesen wären. Wir konnten ja nicht, wie unsere Feinde, die Hilfe anderer in Anspruch nahmen. Dadurch haben wir aber auch viele Hunderte von Millionen unserem Lande erhalten. Die starken Zeichnungen auf unsere Kriegsanleihen sind hierfür der beste Beweis. Was man vor dem Kriege für unmöglich gehalten hatte, daß das freie Spiel der Kräfte im Handel und Wandel einmal ausgeschaltet oder eingeschränkt werden könnte, ist nun zur Wirklichkeit geworden. Infolge der Preisfestsetzungen und Beschlagnahmen sind wir nun aber auch mit ausreichenden Lebensmitteln versehen, wenn wir auch haushälterisch damit umgehen müssen. Die Versorgung Deutschlands mit Brotgetreide ist dauernd sichergestellt. Bei den Kartoffeln und Futtermitteln, die nicht demselben Maßstabe unterworfen werden konnten, mußten andere Maßnahmen versucht werden. Alle diese Zwangsmaßregeln bedeuten eine schwere Last für das ganze Land. Durch die Zwangsmaßregeln mit den Futtermitteln trat naturgemäß eine Verringerung der Viehhaltung ein. Die preußische Staatsregierung hat es deshalb unternommen, zur Vermehrung der Schweineproduktion die vom Balkan bezogenen Streufuttermittel an einzelne Unternehmer abzugeben und die Preisdifferenz auf die Staatskasse zu übernehmen. Auf diese Weise sollen in den nächsten Monaten 400 000 fette Schweine auf den Markt gebracht werden.

Im Jahre 1914 schloß die Staatsrechnung infolge der Tatsachen, daß nur noch die ersten vier Monate das Bild eines Friedensjahres boten, mit einem

erheblichen Defizit

ab. Der Eisenbahnverkehr ging erheblich zurück und die Ausgaben stiegen. Diese Mehrausgaben haben auch verhindert, daß die Erträgnisse wieder in die Höhe gingen, als sich der Güterverkehr wieder zu beleben begann. Die Mindererträgnisse des Eisenbahnverkehrs sind dort nicht dem Staatshaushalt zur Last gefallen, sondern wurden vom Ausgleichsfonds übernommen. Noch eine zweite Einrichtung der preußischen Finanzverwaltung ist oft genug wegen ihrer Thesaurierungspolitik angegriffen worden, weil sie bei neuen Anlagen immer darauf drang, daß ein Teil der Kosten nicht auf Anleihen übernommen, sondern aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden müssen. Wäre das nicht geschehen, so müßten wir jetzt Schulden mit neuen Schulden bezahlen. Wir werden daher auch in Zukunft bei dieser bewährten Finanzpolitik verbleiben müssen. Der Haushaltsplan für 1915 ist zwar schon während des Krieges aufgestellt worden, aber es mußte dabei davon ausgegangen werden, daß der Frieden bald eintreten werde. Deshalb gibt er im wesentlichen nur die Zahlen des Etats für 1914 wieder. Abgesehen von den Eisenbahnen ist das Extraordinarium überall gekürzt worden. Wie im Jahre 1914 sind auch 1915 die Staatseinnahmen fast überall zurückgegangen, während die Ausgaben in die Höhe gingen. Die Teuerung bedingte, daß noch weitere Zulagen gewährt werden mußten. Der Etat balancierte diesmal zwar mit einer um 5 Millionen kleineren Summe als im Vorjahr, trotzdem ist nicht damit zu rechnen, daß wir mit den vorhandenen Einnahmen auskommen. Mit dem Defizit von 1914 könnte man sich zur Not abfinden. Wenn aber wieder ein neues Defizit hinzutritt, und die Reihe weiterer Defizite nicht abzusehen ist, dann entsteht die Gefahr, daß eine Kapitalschuld anwächst, die selbst mit den größten Ueberschüssen nicht wieder abgetragen werden könnte. Diese Erkenntnis nötigt das Staatsministerium, Maßnahmen vorzuschlagen, durch die das Defizit sobald als möglich abgetragen werden kann. Wir haben uns entschlossen, eine Erhöhung der Staatseinnahmen um 100 Millionen Mark durch Erhöhung der Staatszuschläge herbeizuführen. Die Erhöhung der Staatseinnahme soll im Wege einer Kriegssteuer herbeigeführt werden, die also mit dem Ende des Krieges wieder erlischt, weil eine gänzliche Neuordnung der direkten Steuern während des Krieges undurchführbar ist. Erhöht werden durch das neue Gesetz nur die Steuerzuschläge. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Teuerung haben wir eine Erhöhung der Steuerzuschläge erst von einem Einkommen von mehr als 2400 M. in Vorschlag gebracht. Diese Erhöhung beträgt bei einem Einkommen von 2400 M. 8 Proz. und steigt so, daß bei 100 000 M. Einkommen die Erhöhung mehr als 100 Proz. des ursprünglichen Steuersatzes ausmacht. Eine Erhöhung der Vermögenssteuer erscheint nur durchführbar, wenn eine Neuveranlagung vorgenommen wird. Das verbietet sich aber zurzeit vollständig. Der Minister bittet den vorgelegten Gesetzentwurf wohlwollend zu prüfen und bald zu verabschieden. Wie im Vorjahre ist es wieder notwendig, durch das Etatsgesetz die Ermächtigung zur Ausgabe von Schatzanweisungen zu erteilen. Der Fonds zur Unterstützung der Gemeinden, für den im Vorjahre 110 Millionen Mark zur Verfügung gestellt wurden, ist beinahe erschöpft, er soll deshalb weitere 110 Millionen Mark erhalten. Für Ostpreußen bleibt noch viel zu tun übrig. Einstweilen müssen sämtliche Ausgaben von der preußischen Staatskasse vorschußweise erfolgen, solange das Reichsgesetz noch nicht erschienen ist. Es wurden bisher über 350 Millionen Mark verausgabt. Zurzeit sind nur noch 5000 ehemalige Bewohner Ostpreußens außerhalb ihrer engeren Heimat untergebracht. Mit dem Wiederaufbau ist überall begonnen worden, und wir hoffen, daß die vielgeprüfte Provinz einer schöneren und glücklicheren Zukunft entgegengeht. (Lebhafte Zustimmung.) Der inneren Kolonisation werden wir weiter unsere lebhafteste Aufmerksamkeit zuwenden. Der ostpreußischen Landgesellschaft sind für die Kolonisation des Landes erhebliche Staatsdarlehen gegeben worden. Die Tätigkeit zur Urbarmachung von Mooren und Oedländereien wurde wesentlich vermehrt. Durch Gewährung von Notstandsdarlehen suchen wir Angehörige des Mittelstandes, die durch Einberufungen um ihre Existenz gekommen sind, die Möglichkeit zur Gründung eines neuen Berufes zu verschaffen. (Beifall.) Das Gesamtbild läßt sich dahinzusammenfassen, daß der Krieg an unserem Staatshaushalt natürlich nicht spurlos vorübergeht, wir brauchen aber nicht ängstlich zu sein. (Beifall.) Wir wollen zu der altgerühmten preußischen Sparsamkeit zurückkehren, nach welcher jeder Pfennig dreimal umgewendet wird, bevor man ihn ausgibt. Die Hauptsache ist, daß unsere Finanzen gesund bleiben, daß wir den Krieg gewinnen und unserer Feinde Herr werden. Dahinter muß alles andere zurücktreten. Gewiß ist der Krieg heute fühlbarer als vor Jahresfrist, aber das ist unvermeidlich und wir müssen und können uns damit abfinden. Was von uns, die wir zu Hause geblieben sind, verlangt wird, sind nur unbedeutende Entbehrungen in unserem persönlichen Leben gegenüber den Entbehrungen unserer Brüder an der Front. (Beifall.) Wenn diese dort täglich und stündlich ihr Leben einsetzen, sollten wir es nicht vermögen, ohne Murren und Klagen uns einiges zu versagen, an das wir gewöhnt sind. Erst kommt unser Vaterland, dann nochmals und nochmals und dann erst das Schicksal des einzelnen. Die Hoffnung unserer Feinde, mit der sie sich Mut zu machen suchen, beruht auf eitler Täuschung. Wenn wir die Verlautbarungen der feindlichen Regierungen über unsere Bedrängnisse lesen, so fassen wir uns an den Kopf und sagen, das ist ja alles eitel Lug und Trug. Viel Blut wird noch fließen. Aber tun wir weiter unsere Pflicht und vertrauen wir auf Gott, dann wird uns auch eine Welt von Feinden nicht unterkriegen und überwinden. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Sitzung.

Nächste Sitzung Montag, den 17. Januar, vormittags 11 Uhr. (Präsidentenwahl, kleine Vorlagen, erste Lesung des Etats.)

Schluß 8½ Uhr.

Reichstag.

28. Sitzung, Donnerstag, den 13. Januar 1916, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Die Beratung über

Ernährungsfragen

wird fortgesetzt.

Abg. Simon (Soz.):

Hätte die Regierung die ihr von den Vertretern meiner Partei und den Gewerkschaften rechtzeitig gemachten Vorschläge befolgt, so wäre die Erbitterung über die Mißstände in der Nahrungsmittelversorgung im Volke nicht vorhanden. Wir können bei unserer Kritik keine Rücksicht nehmen auf den schamlosen Lebensmittelwucher, der unter der Duldung der Regierung wochen- und monatelang betrieben worden ist. In der Presse und in den Versammlungen wird die Kritik hieran unterbunden, weil die Zensurbehörde und die Regierung der falschen Meinung ist, daß die Erbitterung aus der öffentlichen Erörterung stammt. Sie könnten sich in den Läden überzeugen, welche Erbitterung bei den Kriegerfrauen durch die unverschämt hohen Preise ausgelöst wird. Auch die Landwirte sind an der Preistreiberei beteiligt, wie die Verurteilung von Landwirten wegen Ueberschreitung der Höchstpreise zeigt. Unsinnig ist die Bestimmung, daß auch der Bewucherte bestraft wird; das hält ihn von der Anzeige ab, wir haben deshalb den Antrag auf Aufhebung dieser Bestimmung gestellt. Der Berichterstatter sagte, daß wir bei sparsamer Wirtschaft mit unseren Lebensmitteln auskommen können. Es muß doch

aufreizend

wirken, wenn das Volk hört, daß genug Lebensmittel vorhanden sind, daß die Bevölkerung sie aber wegen der wucherischen Preise nicht erhalten kann. Enteignung, Preisfestsetzung und Verteilung hätten die Grundlagen bilden müssen für die Maßnahmen der Regierung. Das wollte die Regierung aber nicht, weil es den überlieferten Anschauungen und der Rechtsauffassung der bürgerlichen Kreise zuwiderlief. Deshalb zögerte sie mit Maßnahmen, und diese Zögerung hat das Volk mit Hunderten nicht nur, sondern mit Tausenden von Millionen bezahlen müssen, die in die Taschen der Spekulanten geflossen sind. Auch heute noch meint die Regierung, daß hohe Preise notwendig seien, um die Produktion anzuregen. Die Landwirte sind mit den Maßnahmen der Regierung sehr zufrieden, sie haben ihnen goldene Früchte gebracht, wie ein bäuerliches Organ in Unterfranken schrieb. Jawohl,

goldene Früchte für die Landwirtschaft, Hunger, Not und Elend für weite Bevölkerungsschichten

sind das Resultat der Maßnahmen der Regierung. Bei allen Maßnahmen ist die Regierung auf halbem Wege stehen geblieben. Die Ueberschreitung der Höchstpreise beim Schweinefleisch wird begünstigt dadurch, daß nicht auch zugleich Höchstpreise für Wurst festgesetzt wurden. Möge die Regierung nicht ruhig zusehen, daß jetzt auch die Preise für Rindfleisch bis zu unerschwinglicher Höhe steigen. Auch die Reichsgetreidestelle hat nicht für die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln gesorgt, sondern sie ungebührlich verteuert. Freilich trifft auch hier die Regierung die Schuld, die die Gebühren ungewöhnlich hoch festsetzte, immer aus dem Gedanken heraus, nur durch großen Verdienst wird die Produktion angeregt. Hat man sich doch auf das Bebelsche Wort berufen: Ohne Profit raucht kein Schornstein. Bebel wollte damit nur betonen, daß die bürgerlichen Kreise nicht durch das Interesse für die Allgemeinheit zum Produzieren veranlaßt werden, sondern nur durch den Profit. Ein nettes Zeugnis wird dem Patriotismus der kapitalistischen Kreise von der Regierung ausgestellt, wenn sie meint, daß auch in dieser Zeit nur überaus hohe Profite zur Produktion anregen. Ein Skandal ist es, daß die Reichsgetreidestelle dem Volke geradezu Wucherpreise abverlangt. Auch die Futtermittel werden durch die Politik der Reichsgetreidestelle übermäßig verteuert. Im vorigen Herbst hat der preußische Landwirtschaftsrat mit Herrn v. Schwerin-Löwitz an der Spitze die Ernte als vorzüglich geschätzt. Es wurde mit großen Ueberschüssen an Getreide gerechnet und von den Vertretern der Landwirtschaft wurde deshalb stürmisch verlangt, daß das Getreide zu Futterzwecken freigegeben werde. Wir waren alle freudig bewegt, über dieses Ergebnis der Ernte, konnten doch dadurch die Brotrationen etwas freigebiger gestaltet werden. Nun mit einem Mal hören wir, daß das Ergebnis der Ernte erheblich hinter den Schätzungen zurückgeblieben ist. Trotzdem aber hat man erstklassigen Weizen verschrotet. (Hört! hört!) und hat sogar einer Kornspirituszentrale 45 000 Tonnen Roggen zum Schnapsbrennen übergeben. Wie das zusammenhängt, dafür kann vielleicht Herr v. Brockhausen nähere Aufklärung geben. (Hört! hört! b. d. Sozialdemok.) Jedenfalls dürfen sich die Herren vom Landwirtschaftsrat nicht wundern, daß man nach dieser Probe ihrer Sachverständigkeit ihrem Urteil in Zukunft das größte Mißtrauen entgegensetzen wird. Welche

große Mengen von Getreide verfüttert

sind, geht auch daraus hervor, daß vielfach Landräte in der Presse dringend davor warnen mußten, gegen das Verfütterungsverbot nicht zu verstoßen. Die Reichsgetreidestelle hat seinerzeit in einem Rundschreiben selbst den Kommunalverbänden empfohlen, männliche Einwohner mit eigenem Arbeitseinkommen bis zu einer bestimmten Einkommengrenze und von einem bestimmten Alter ab bei der Erhöhung der Brotrationen zu berücksichtigen. Trotzdem dieser Weg etwas schematisch sei, sei er doch der einfachste und daher praktischste. Und nun kommt dieselbe Stelle und macht den Städten die schwersten Vorwürfe, daß sie unverantwortlicherweise Zusatzbrotkarten ausgegeben hätten. Der erwähnte Fall ist übrigens nicht das erste Mal, daß die Regierung durch angeblich sachverständige Auskünfte zu falschen Maßnahmen gekommen ist. Es ist soviel über das große Schweinemorden im vorigen Jahr gesprochen worden. Die Ursache lag darin, daß die Landwirte die Bestände viel zu niedrig angegeben hatten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Als sich nachher der Irrtum herausstellte, wurden dann die Schweine als „innerer Feind" mit Rücksicht auf die Kartoffelknappheit in Massen geschlachtet. Was die Kartoffelpreise anlangt, so wird jetzt wieder von einer Erhöhung gesprochen. Ich warne die Regierung dringend davor. Das müßte geradezu katastrophal wirken. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man komme nicht mit dem Einwand, daß es in Friedenszeiten ebenso hohe Kartoffelpreise gegeben hat. Heute liegen die Dinge ganz anders. Nachdem die Preise für Fleisch und Gemüse für Arbeiter und Mittelstand unerschwinglich geworden sind, sind die Kartoffeln das einzige Ersatznahrungsmittel für große Volkskreise, die heute, leider sage ich, das Drei- und Vierfache an Kartoffeln verbrauchen als früher. Verteuert man auch die Kartoffel noch, dann beschwört man Zustände herauf, für die wir jede Verantwortung ablehnen müssen. (Erneute lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eine Erhöhung der Preise wird übrigens, wie die Erfahrung lehrt, keineswegs zu einem größeren Angebot führen. Im Gegenteil wird dann damit gerechnet, daß der einen Erhöhung eine zweite folgt und die Kartoffeln werden erst recht von dem Markte zurückgehalten. Hier kann nur eine Beschlagnahme der Kartoffeln helfen. Auch bei sonstigen Kriegsmaßnahmen

hat die Regierung vollständig versagt.

Ich habe schon im Dezember 1915 die Regierung auf die ungerechtfertigt hohen Lederpreise hingewiesen. Auf dem Ledermarkt wurden Anfang des Krieges die reinsten Phantasiepreise bezahlt. Es machte sich eine wüste Spekulation geltend. Die Kriegsleder-Aktiengesellschaft machte in den ersten neun Kriegsmonaten einen Umsatz von 1300 Millionen Mark. Rechnet man nur 300 Proz. Preissteigerung, so ergibt sich, daß das deutsche Volk in dieser Zeit allein für Leder 866 Millionen zuviel bezahlte. Die Dividenden vieler Lederfabriken sind ganz enorm gestiegen, von 4 auf 80 Proz. zum Beispiel. Die schließlich festgesetzten Höchstpreise für Leder sind noch viel zu hoch, sie stehen immer noch bis 200 bis 300 Proz. über den Friedenspreisen. Sie sollen ja nun weiter abgebaut werden. Auch auf dem Gerbstoffmarkt hat eine ungeheure Spekulation in einheimischen Gerbstoffen schon im November v. J. eingesetzt, und die Regierung hat bisher nichts getan, um dieser Spekulation ein Ende zu machen. Auf der anderen Seite ist eine Notlage der Arbeiter tatsächlich vorhanden. Große Schichten der arbeitenden Bevölkerung arbeiten seit Kriegsausbruch nur drei, vier Tage in der Woche. Bei einer Aufnahme über 787 Haushaltungen, die in Bremen veranstaltet wurde, zeigte sich, daß 52 Familien nur ein

Wocheneinkommen von 5 bis 15 M.

hatten, 81 ein Einkommen von 15—20 M. pro Woche (Hört! hört! bei den Soz.), 45 Familien konnten überhaupt keine Milch bekommen, bei den übrigen wurde per Kopf und Woche nur 48 Pf. für Milch aufgewendet. Die Kindersterblichkeit hat daher außerordentlich zugenommen. Das Volksinteresse gebietet, mit fester Hand zuzugreifen und nicht haltzumachen vor den Interessen der einzelnen. Dr. Roeficke weist auf die hohen Preise der Lebensmittel in England hin. Das ist für das deutsche Volk ein schlechter Trost. Daß auch die Arbeiterlöhne gestiegen sind, ist nur bei einer verschwindenden Minderheit der Fall. In der Rüstungsindustrie wurden reklamierte Arbeiter, wenn sie in einer Kommission wegen einer Teuerungszulage vorstellig wurden, am anderen Tage eingezogen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In England dagegen bewirken auch höhere Löhne einen Ausgleich zu den hohen Lebensmittelpreisen,

dort schrecken die Arbeiter auch vor dem Streik nicht zurück

und fragen nicht danach, ob die Rüstungen darunter leiden. In Deutschland dagegen ist ein Ausgleich durch höhere Löhne nicht vorhanden. Gewerkschaftsbeamten, die in der Fabrik mit Arbeitern in Fühlung traten, die bei Militärlieferungen beschäftigt waren, wurden mit Verhaftung bedroht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach Colmer betragen die Kosten der gesteigerten Lebenshaltung bei den Arbeitern 60 Proz. Ein großes Stück Volkskraft geht jetzt durch Unterernährung verloren. Bisher haben wir von der Regierung nur gute Worte gehört, und sicherlich hat sie auch guten Willen. Das allein genügt aber nicht, es muß auch die genügende Kraft dahinterstehen. Hier hat die Regierung versagt, sie schwankt hin und her; für schwankende Gestalten ist aber in dieser ernsten Zeit nicht Platz, sie bringen nur Unheil für das Volk, und müssen daher hinter und vor der Front beseitigt werden. Das Volk erwartet, daß man sich nicht nur über die Aushungerungspläne der Engländer entrüstet, sondern daß man auch rücksichtslos den wucherischen Elementen, die das Volk ausbeuten, zuleibe geht. Wird das Volk in dieser Erwartung getäuscht, so geraten wir in eine unheilvolle Situation. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Marx (Z.):

Das zaghafte und viel zu späte Eingreifen der Regierung hat zu vielen Mißständen besonders auch in der Kartoffelfrage geführt. Von den Verhältnissen im Rheinland haben die Herren Dr. Roesicke und Gamp keine blasse Ahnung, dort hat eine wirkliche Kartoffelnot geherrscht. Dabei fehlte es nicht etwa an Kartoffeln überhaupt im Lande, sondern der Fehler lag in der Organisation. Bei den Schwierigkeiten der Butter-, Fett-, Milch- und Fleischversorgung liegt der Kardinalpunkt in den unerhörten Preistreibereien für die Futtermittel, an denen auch die Reichsfuttermittelstelle beteiligt ist. Hierin muß Wandel geschaffen werden im Interesse der gesamten Bevölkerung. Das Verfahren der Reichsgetreidestelle gegenüber den kleinen und mittleren Mühlen hat der Abg. v. Gamp mit Recht scharf getadelt, es liegt darin eine Verletzung der Interessen des Mittelstandes, die doch gerade eine besondere Berücksichtigung verdienen. Die Preisprüfungsstellen sollten besser ausgebaut werden, sie könnten dann segensreich wirken. (Beifall im Zentrum.)

Präs. Kaempf: Die Aeußerung des Abg. Simon, die Reichsgetreidestelle fordert Wucherpreise, überschreitet die parlamentarisch zulässigen Grenzen.

Unterstaatssekretär Michaelis:

Die Ueberweisung der verhältnismäßig nicht allzu erheblichen Menge von 45 000 Tonnen Roggen an Kornbrennereien ist von der Reichsgetreidestelle beschlossen worden, weil die dann als Rückstand bleibende Schlempe den Futtermittelwert des Roggens ungefähr wiedergibt. — Die Gewährung von Zusatzbrotkarten hat die Reichsgetreidestelle ausdrücklich von einem besonderen Arbeitseinkommen von 2400 M. abhängig gemacht. Mir ist nicht bekannt, daß Gymnasiasten und Dienstmädchen ein solches Einkommen haben.

General v. Hoven:

Auf die Ausführungen des Abg. Simon bezüglich der Lederpreise ist schon im Hauptausschuß geantwortet worden. Wir müssen bei unserer ganzen Kriegswirtschaft hierbei zwei Perioden unterscheiden. In der ersten war das oberste Gesetz, so rasch wie möglich unseren Heeresbedarf zu decken, an eine Preiswirtschaft konnte man da nicht denken. Das damalige Ziel, daß die Neuformationen rechtzeitig ins Feld kommen mußten, ist erreicht worden. Dann erst konnte man an eine Preisregulierung denken, während es vorher allein darauf ankam, die Industrie zur Höchstleistung zu veranlassen. In der zweiten Periode kam es dann zunächst zu Richtpreisen durch freie Vereinbarung der Industrie und schließlich zu Höchstpreisen. Diese sollen jetzt noch herabgesetzt werden und es sollen auch Höchstpreise für Gerbstoffe eingeführt werden. Damit ist wohl allen berechtigten Wünschen entsprochen.

Abg. Held (natl.):

Wir müssen durchhalten, wir wollen durchhalten, wir werden durchhalten. — Ich will Kleinmalerei treiben. Zunächst das Schwein. Schwein oder Nichtschwein, das ist hier die Frage. (Heiterkeit.) Man könnte auch vom wissenschaftlichen Schwein sprechen. Denn die Herren Professoren rechnen genau aus, was jedes Schwein an Kartoffeln frißt. Dann wurden die Schweine gemordet und Dauerwaren mußten hergestellt werden. Bei den Kommunen ist aber viel davon verdorben. Welch ein Verlust nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für unser gesamtes Volk. — Herr Gamp war erstaunt, daß für Kinder Zusatzbrotkarten gegeben werden. Unsere deutschen Jungens und besonders unsere deutschen Jungens auf dem Lande sind gute Esser, sie laufen zwei Stunden weit zur Schule und können deshalb einen ordentlichen Riemen vertragen. — Bedauerlich ist, daß man bei den Maßnahmen über die Ernährung nicht auch praktische Hausfrauen zu Rate gezogen hat. — Der sozialdemokratische Antrag auf Abstufung der Höchstpreise würde eine Erschütterung der Höchstpreise nicht bedingen können; und wenn der Antrag auch eine Beschlagnahme des Schlachtviehs fordert — nun, was dabei herauskommt, siehe Schwein! — Der Wille zum Durchhalten ist in allen Kreisen des Volkes vorhanden, bei den Konsumenten und Produzenten, und daß es geschieht, darauf wollen wir alle hinarbeiten. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Fischbeck (Fortschr. Vp.):

Die Vorwürfe des Unterstaatssekretärs gegen Berlin, hier seien zuviel Zusatzbrotkarten ausgegeben worden, sind unberechtigt; die erweiterte Ausgabe von Zusatzbrotkarten ist gerade auf Anstoß von oben her, seitens der Regierung, erfolgt. — Den Bebelschen Ausspruch „nur vom Profit raucht der Schornstein" suchte Herr Simon als in anderem Zusammenhang gesprochen hinzustellen, als er gestern von Wendorff zitiert worden ist. Es bleibt aber richtig, daß ohne Profit und Nutzen niemand, auch der Kleinhändler, Kartoffeln nicht verkaufen kann, und darunter leidet dann vor allem die konsumierende Bevölkerung. Die Kartoffelpreise im Herbst waren aber ganz ungesund und da hätte rechtzeitig eingegriffen werden müssen. Aber den sozialdemokratischen Antrag, daß die Höchstpreise für Kartoffeln überhaupt nicht mehr heraufgesetzt werden, können wir nicht annehmen; der Landwirt kann im Mai und Juni, nachdem er die Kosten der Lagerung und des Schwundes getragen hat, nicht zu denselben Preisen verkaufen wie im November. — Die Schweinepreise in Berlin sind ganz ungesund. Aber seien wir doch ehrlich. Sich hierherstellen und im Tone der Ueberlegenheit über den Schweinemord sprechen, als ob das etwas ganz Verrücktes, nur von Professoren Ausgeheckteres, ist doch ganz unberechtigt. Im Reichstag sind gerade die Herren von der Rechten und die Nationalliberalen mit uns für die Abschlachtung der Schweine eingetreten, und einstimmig ist der Antrag im Reichstage angenommen worden. Wo sind denn damals die Helden geblieben (Heiterkeit), um dagegen zu treten. Wer draußen Demagogie treiben will, mag in der Art eines Possenreißers über diese Dinge sprechen. Aber vor ernsten Männern, die dabei waren, als die Beschlüsse gefaßt wurden, soll er schweigen. (Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)

Die Weiterberatung wird auf Freitag 11 Uhr vertagt. (Vorher: Kurze Anfragen.)

Schluß 6¼ Uhr.

Zensur und Belagerungszustand

vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages.

Sitzung vom 13. Januar 1916.

Abg. Stresemann bedauert, daß die Regierung die Erörterungen über die neuen Steuern noch nicht für zensurfrei erklärt hat. Die Nationalliberalen müssen es ablehnen, in die Beratung der Steuervorlagen einzutreten, wenn die öffentliche Diskussion darüber nicht freigegeben wird. Die Zensur muß mehr darauf achten, daß nicht Auslandstelegramme verbreitet werden, die eine Stimmungsmache für Amerika bezwecken. — Viele der Zivilinternierten haben es unterlassen, sich naturalisieren zu lassen, nur um nicht Soldat werden zu müssen. — Die Eingabe der 6 Wirtschaftsverbände an den Reichskanzler ist mit der Absicht der „Berner Tagwacht" übermittelt worden, um Deutschland Schwierigkeiten zu bereiten. Die Eingabe ist nach rein wissenschaftlichen Grundsätzen aufgestellt. Bloße Eroberungsabsichten liegen den Wirtschaftsverbänden fern; nur soll Sicherheit für die Zukunft geschaffen werden. Redner erörtert dann die bekannten Forderungen im einzelnen. Die vom Abg. Heine geäußerte Vermutung, daß man mit der Aufstellung dieser Forderungen hauptsächlich auf die innere Politik im reaktionären Sinne wirken wolle, trifft nicht zu. Die Nationalliberalen begrüßen den Tag, der dem preußischen Volke ein besseres Wahlrecht bringt.

Abg. Heine: Bei Beginn der Debatten hat Abg. Stresemann die Eingabe der Wirtschaftsverbände begraben, jetzt hat er sie wieder zum Leben zu erwecken versucht. Die Abgg. Stresemann und Roesicke haben der Regierung mit ihren Ausführungen geradezu Material für die Beibehaltung der Zensur geliefert. Die Aufhebung der Zensur ist aber schon deshalb notwendig, um den Annektionspolitikern zu ermöglichen, einmal zu sagen, wie man es machen soll, damit ihre Ziele verwirklicht werden können. Aus den verschiedensten Gründen ist es nicht möglich, diese Forderungen als ernst gemeint zu nehmen. Die Wirkung der öffentlichen Erörterung der erwähnten Forderungen auf das Ausland ist nicht so schlimm, nachdem sie im Ausland ja doch schon bekannt sind. Daß die Eingabe der „Berner Tagwacht" zur Veröffentlichung in die Hand gespielt wurde, kann nicht scharf genug verurteilt werden. Daß von rechtsstehender Seite versucht wird, dem Reichskanzler, wenn nicht jetzt, so doch später, Schwierigkeiten zu machen, kann nach den gehörten Auslassungen nicht zweifelhaft sein.

Ministerialdirektor Lewald: Bis jetzt hat sich die Zensur in die Betrachtungen über die Steuerfragen noch nicht eingemengt, und sie wird das auch nicht tun, solange Gehässigkeiten vermieden werden. Gewisse Auswüchse der Kritik müssen allerdings beschnitten werden.

Abg. Graf Westarp: In konservativen Kreisen denkt kein Mensch daran, dem Reichskanzler während des Krieges Schwierigkeiten zu bereiten. Das hindert aber nicht, sachliche Bedenken gegen die Politik der Regierung zum Ausdruck zu bringen. Der Abg. Oertel habe dem Reichskanzler weder das Vertrauen noch das Mißtrauen der Konservativen ausdrücken wollen.

Abg. Giesberts findet die wirtschaftlichen Forderungen der 6 Verbände berechtigt. — Der Zentrumspresse hat die Zensur den Abdruck einer Eingabe der christlichen Arbeiter um Errichtung von Arbeitsnachweisen verboten. Die sozialdemokratische Presse hingegen hat die Eingabe veröffentlichen dürfen. Die Zensur hat der Zentrumspresse erklärt, solcher Anregungen bedürfe es nicht, die Behörde wisse selbst, was sie zu tun habe.

Abg. Gothein wendet sich gegen die Bestrebungen gewisser Annexionspolitiker. Die Gefühle der Konservativen gegenüber dem Reichskanzler stehen nunmehr fest. Die Wirtschaftsverbände haben bei Erhebung ihrer Forderungen recht wenig Sachkunde gezeigt.

Abg. Mumm (Wirtsch. Vg.) wünscht, daß die Erörterung der Kriegsziele etappenweise freigegeben werde.

Abg. Stadthagen tritt der Auffassung des Ministerialdirektors Lewald über die Zensur in Steuerfragen entgegen. In Berlin sind Erörterungen dieser Art direkt verboten. Nur rein theoretische Betrachtungen sind gestattet. Eine kritische Beleuchtung aber ist unmöglich. Gerade aber darauf kommt es an. Eine Reform der Zensur ist undenkbar, sie muß in ihrem ganzen Umfang beseitigt werden.

Abg. Roesicke: Die Eingabe der Wirtschaftlichen Verbände ist keineswegs begraben, sie wirkt im Gegenteil recht erfreulich weiter. Wie die gesteckten Ziele erreicht werden sollen, ist nicht Sache der Verbände. Die Veröffentlichung der Eingabe in der ausländischen Presse war nicht gerade schädlich. Sie bewies dem Ausland, daß wir den Mut haben, offen zu sagen, was wir wollen.

Abg Heine stellt fest, daß die Abgg. Graf Westarp und Roesicke ausdrücklich betont haben, daß die Konservativen nur während des Krieges nichts gegen den Reichskanzler unternehmen wollen. Daraus kann man auf ihre Absichten nach dem Kriege schließen.

Abg. Graf Westarp entgegnet, daß er die seiner Partei zugeschobene Absicht der Kanzlerstürzerei zurückweisen müsse.

Damit war die Diskussion erschöpft. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat:

Abgelehnt wurde der sozialdemokratische Antrag, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Presse wiederhergestellt wird.

Angenommen wurde dagegen die Resolution, den Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen:

1. daß unter dem Einfluß der jetzt geltenden Ausnahmebestimmungen keine Einrichtungen geschaffen werden, die geeignet sind, auch in Friedenszeiten die Preßfreiheit und die Freiheit der öffentlichen Meinung zu beschränken;

2. daß beim Kriegspressearmt und bei allen Generalkommandos Preßabteilungen aus Vertretern der Militärbehörde und sachverständigen Zivilpersonen gebildet werden, damit die Härten der Zensur beseitigt oder gemildert werden;

3. daß jedem Zeitungsverbot zunächst eine mit Begründung versehene Warnung an den Verlag vorausgehen muß.

Angenommen wurde auch der zu dieser Resolution gestellte Zusatz der Sozialdemokraten: „Das Verbot einer Zeitung darf nur mit Zustimmung des Reichskanzlers erfolgen."

Angenommen wurde ferner folgende Resolution der Fortschrittler, den Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß jedenfalls Fragen der inneren Politik und der Handelspolitik der Preßzensur nicht unterworfen werden.

Bei der Beratung der Petitionen forderten die Abgg. Hoch und Ledebour größte Gewissenhaftigkeit bei der Aushebung der jungen Jahrgänge. — Die Vertreter des Kriegsministeriums gaben Auskunft über die getroffenen Maßnahmen.

Die Kommission erörterte dann die „Baralong"-Affäre. Diese Verhandlungen waren streng vertraulich.

Preßstimmen zur preußischen Thronrede.

„Berliner Lokalanzeiger".

„Die Kämpfer draußen und daheim — das ist der Grundton, auf dem diese Thronrede gestimmt ist. . . . Die eiserne Probe, von der die Thronrede spricht, hat das preußische Volk bisher glänzend bestanden. Es wird auch weiterhin allen Anforderungen dieser schweren Kriegszeit gewachsen sein und ohne Murren alle Opfer tragen und bringen, die von ihm verlangt werden. Diese liegen nicht nur auf materiellem Gebiete. Daß wir für das kommende war schon längst kein Geheimnis mehr. Sie werden um so williger hingenommen werden, als die königliche Staatsregierung mit Genugtuung darauf verweisen kann, daß sie trotz und während des Krieges auch die dringenden Kulturaufgaben des Landes nicht leiden läßt. . . . Ein freierer Geist brüderlichen Vertrauens soll fernerhin alle Schichten der Nation umschlingen und in den Staatseinrichtungen zum Ausdruck kommen. So deutet die Thronrede auch auf die Wahlrechtsreform hin, die schon einmal versucht worden ist und nach dem Kriege erneut in Angriff genommen werden soll. Eine Zusage, die, in so ernster Stunde gegeben, schon an sich als ein schöner Vertrauensbeweis der Krone gelten darf, für deren Erfüllung aber gewiß auch, wenn die Zeit gekommen ist, die höchsten Anstrengungen aller berufenen Stellen werden eingesetzt werden. Hoffentlich ist der Augenblick nicht mehr fern, da diese eigentlichsten Friedensarbeiten in Angriff genommen werden können."

„Berliner Tageblatt".

„Dort, wo im letzten Teil der Thronrede von dem „Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens" gesprochen wird, heißt es auch, dieser Geist werde „lebendigen Ausdruck finden in unserer Verwaltung, unserer Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften". Das ist der einzige Hinweis auf die versprochene Wahlrechtsreform, ist die mit solcher Spannung erwartete Aeußerung über diese Reform, die schon in der Thronrede von 1908, etwas klarer und genauer, als „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart" bezeichnet wurde. Vielleicht hatte Herr v. Bethmann Hollweg beabsichtigt, etwas mehr zu sagen. Vielleicht hat die Schilderhebung der Reformgegner ihn bewogen, der Erklärung eine möglichst unauffällige und unbestimmte Form zu geben. Jedenfalls darf man wohl bemerken, daß der Wortreichtum, der vorher in der Erörterung des angekündigten Ereignisses verausgabt worden ist, in keinem Verhältnis zu den wenigen und nicht gerade ereignisschweren Worten steht, mit denen die Thronrede das Problem erledigt. . . . Im ganzen hatte man den Eindruck, daß die Versammlung von der Thronrede etwas mehr erwartet hatte. Dem Wenigen und Unbestimmten gegenüber, das sie brachte, hielt man sich zurück. Auch die Mitteilung über die gesetzgeberischen Pläne der Regierung brachten in keiner Richtung eine Ueberraschung. . . ."

„Tägliche Rundschau":

„. . . Der Wahlreformpassus der Thronrede, die auch im übrigen keinerlei Ueberraschung bringt, und nur Bekanntes bestätigt, gibt genau das, was wir von ihm erwarteten und was man einzig und allein davon erwarten durfte. Jedes Weniger oder Mehr wäre ein Zuwenig oder ein Zuviel gewesen. Mögen die Parteien bei den anschließenden Verhandlungen des Parlaments sich von dieser Einsicht bestimmen lassen. Diese Stunde hat dringlichere Forderungen und anderen Stoff zu fruchtbarer Kritik als diese Sorge von morgen."

„Vossische Zeitung":

„. . . Aus den Worten, die der König heute durch den Ministerpräsidenten verlesen ließ, klingt deutlich heraus, daß auch der gekrönte Führer des Preußenvolkes sich nicht im Zweifel darüber befindet, was allein unsere Erfolge gestützt hat und unseren Sieg vollenden kann: die deutsche Organisation oder, wie die Thronrede sich ausdrückt, die auf Ordnung gebaute Freiheit und der Geist der Gemeinsamkeit, den das ganze Volk in vorbildlicher Weise bekundet. Vielleicht hat mancher, als der Krieg begann, die Wirkung dieses Volksgeistes in seiner Wirkung unterschätzt. . . . Je länger aber der Krieg dauert, desto mehr wurden sich Regierende und Regierte darüber klar, daß ein Krieg so langwierig und so voll schwerer Opfer ohne die willige Mitwirkung aller Volksklassen nicht einen Tag länger geführt werden könnte. . . . Nun hat der König selbst sein Versprechen erneuert, und wir haben kein Recht, daran zu zweifeln, daß dies Versprechen eingelöst werden wird."

„Deutsche Tageszeitung".

„. . . Daß wir, von fast allen Seiten von Feinden umgeben, dauernd die starke Monarchie, das unsere ganze gesunde Volkskraft umfassende monarchische Heer, daß wir in unserem ganzen politischen Aufbau die in der Thronrede zutreffend formulierte „Freiheit, auf Ordnung gebaut", nötig haben, die uns jederzeit die denkbar stärkste und wirkungsvollste Zusammenfassung aller staatlichen und volklichen Kräfte zur Sicherung des Reiches ermöglicht —, diese Erkenntnis ist durch den gegenwärtigen Krieg auch in Kreise gedrungen, die sie zuvor nicht in hinreichendem Maße besaßen. Wenn deshalb in der Thronrede deutlich auf eine Aenderung des preußischen Wahlrechts nach dem Kriege hingewiesen wird, so vermögen wir uns dieser Folgerung aus den Lehren der Kriegszeit nicht ohne weiteres anzuschließen, hätten vielmehr geglaubt, daß es zunächst das Gebotene gewesen wäre, abzuwarten, ob und wieweit der Krieg eine sachlichere und vorurteilsfreiere Würdigung des gegenwärtigen Wahlrechtes in Preußen bringen werde. Auf diesen Punkt behalten wir uns vor zurückzukommen. . . ."

„Kreuzzeitung".

„. . . Die sachlichen Ankündigungen der Thronrede bringen nach den Mitteilungen, die in letzter Zeit in die Oeffentlichkeit gelangt sind, keine Ueberraschung. . . . Die angekündigte Stelle über die Wahlrechtsfrage hat mit dem Satze, daß der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens auch im Frieden fortwirken und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften Ausdruck finden werde, eine Fassung erhalten, die Festlegungen im einzelnen vermeidet. Danach bleiben die von uns hervorgehobenen Bedenken bestehen. Die Haltung der Presse der Linken kann uns in der Ueberzeugung, daß sie berechtigt sind, nur bestärken. . . .

„Germania".

„. . . Politisch von größtem Interesse ist der Abschnitt der Thronrede über die neue „Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften". Auf eine Neuordnung des preußischen Wahlrechts hat sich die Regierung damit wiederum festgelegt und bestätigt, daß es einer der wesentlichsten Punkte in der Neuorientierung unserer inneren Politik, die von anderer Stelle bereits früher für die Zeit nach dem Kriege angekündigt war, bilden muß und bilden wird. Ein auch nur allgemeiner umschriebenes Programm wird dafür in diesem Augenblick wohl niemand verlangen können. . . ."

Politische Uebersicht.

Nochmals Ernährungsfragen.

Auch die Donnerstagsitzung des Reichstags wurde noch von der Beratung der Ernährungsfragen ausgefüllt. Genosse Simon ging mit den Lebensmittelverteurern und der Regierung sehr scharf ins Gericht. Er schilderte eingehend die Notlage und die steigende Erbitterung des Volkes und präzisierte nochmals die Forderungen unserer Partei. Ihm trat zunächst der Zentrumsabgeordnete Marx entgegen und dann der Präsident der Reichsgetreidestelle Michaelis und ein Vertreter des Kriegsministeriums, die die von Simon erhobenen Vorwürfe zu entkräften versuchten. Der nationalliberale Abgeordnete Held versuchte an den ernsten Fragen der Volksernährung seinen nicht gerade sehr geistvollen Witz. Abgeordneter Fischbeck (Fortschr. Vp.) verteidigte die Maßnahmen der Kommunen, den „berechtigten Profit" des Handels und polemisierte schließlich gegen gewisse landwirtschaftliche Kreise, die jetzt über die Regierungsverordnungen grollen, während sie ihnen früher zugestimmt haben.

Die Weiterberatung der Ernährungsfragen, die nun schon drei Plenarsitzungen beschäftigt haben, werden am Freitag vormittag fortgesetzt. Wir haben gewiß nichts gegen eine gründliche Beratung der so außerordentlich wichtigen Ernährungsverhältnisse. Aber uns scheint, daß man auch bei dieser Reichstagstagung wiederum wie bei allen vorangehenden der Erörterung dieser Frage so viel Raum einräumt, um nachher die Behandlung der Zensurfragen um so rascher abwürgen zu können. Das wäre schon deshalb zu bedauern, weil die Lösung der Volksernährungsfragen wesentlich von der Möglichkeit uneingeschränkter Kritik in der Presse abhängt.

Der Seniorenkonvent des Reichstages

trat am Donnerstag abermals zu einer Sitzung zusammen. Genosse Liebknecht hat zwei abgeänderte Anfragen dem Präsidenten überreicht, die dieser zurückweisen will. Der Seniorenkonvent gab dem Präsidenten die Ermächtigung, während der Kriegszeit Anfragen, die das Interesse des Reiches schädigen könnten, nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Es wurde dabei hervorgehoben, daß dies nicht dazu führen dürfe, etwa ein Mitglied des Hauses mundtot zu machen. Von einer Aenderung der Geschäftsordnung wurde Abstand genommen.

Die Einbringung des preußischen Etats.

Im Preußischen Abgeordnetenhause brachte der Finanzminister am Donnerstag im unmittelbaren Anschluß an die vorläufige Konstituierung zugleich mit dem Staatshaushaltsetat noch zwei andere Gesetzentwürfe aus seinem Ressort ein, die mit dem Etat in mehr oder minder engem Zusammenhange stehen, die Steuervorlage und die Vorlage betreffend Bewilligung von weiteren 110 Millionen Mark für Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege. Herr Lentze gab eine Darlegung unserer Finanzverhältnisse, die nach seiner Darstellung keine erfreuliche ist, aber doch immerhin, wenn man die Kriegslage

berücksichtigt, ein erträgliches Bild ergibt. Das Defizit des Rechnungsjahres 1914 beträgt 116 Millionen Mark, eine Summe, die durch die neuen Steuerzuschläge mit Leichtigkeit aufgebracht werden kann. Die Steuerzuschläge selbst sollen bei Einkommen von weniger als 2400 Mark nicht und bei Einkommen von mehr als 2400 Mark progressiv gestaltet werden; bei den höchsten Einkommen steigt die Erhöhung bis zur Verdoppelung. Wir hätten ja gewünscht, daß die Grenze, von der ab die Erhöhung beginnt, weit höher hinaufgerückt worden wäre, aber wir wissen, wie wenig die Regierung einer so sozialen Maßnahme geneigt ist, und es wird ihr sicher große Ueberwindung gekostet haben, daß sie nicht auch von noch geringeren Einkommen eine Kriegssteuer erheben kann. Wenn sie das nicht getan hat, so weniger aus allgemein sozialen Gesichtspunkten, sondern wegen der ungeheueren Steigerung der Preise für alle Lebensmittel.

In der Kommission, der die Steuervorlage zugleich mit dem Etat überwiesen werden wird, wird über die Gestaltung dieser Kriegssteuer noch mancherlei zu reden sein. Nicht nur auf sozialdemokratischer, sondern auch auf bürgerlicher Seite sind schon jetzt in der Presse Bedenken gegen diese Art der Regelung laut geworden.

Die Generaldebatte zum Etat, die voraussichtlich eine recht eingehende sein wird, beginnt am Montag nächster Woche.

Der preußische Etat.

Dem Vorbericht zum preußischen Staatshaushaltsetat für 1916 entnehmen wir:

Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 4 810 431 641 M. ab, die Schlußsumme ermäßigt sich gegen den Etat des laufenden Jahres um 5 932 288 M. Einnahmen und Ausgaben halten ohne Anleihe das Gleichgewicht. (Infolge der Begrenzung des für allgemeine Staatszwecke verwendbaren Reinüberschusses der Eisenbahnverwaltung auf 2,10 Proz. des statistischen Anlagekapitals ist im Etat der Eisenbahnverwaltung als Rücklage in den Ausgleichsfonds die Summe von 485 307 M. in Ansatz gebracht.)

Abgesehen von der Rücklage in den Ausgleichsfonds stellen sich für das Etatsjahr 1916

die ordentlichen Einnahmen auf . . .	4 800 665 166 M.
die dauernden Ausgaben auf	4 609 289 642 M.
der Ueberschuß im Ordinarium auf . . .	191 375 524 M.
die außerordentlichen Einnahmen auf	9 766 475 M.
die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben auf	200 656 692 M.
der Zuschuß im Extraordinarium auf . .	190 890 217 M.

Der Ueberschuß im Ordinarium übersteigt mithin den Zuschuß im Extraordinarium um . . . . . 485 307 M. und diese Summe entspricht der Rücklage in den Ausgleichsfonds.

In § 3 des Etatsgesetzes ist dem hervorgetretenen Bedürfnisse entsprechend als Betrag, bis zu dem zur vorübergehenden Verstärkung des Betriebsfonds der Generalstaatskasse Schatzanweisungen ausgegeben werden dürfen, der Betrag von 3 Milliarden Mark (gegen 1915 mehr 1½ Milliarden) eingesetzt worden. (W. T. B.)

Die erste Sitzung des Herrenhauses.

Das Oberhaus des Preußischen Landtages wählte am ersten Tage der neuen Session einen neuen Präsidenten an Stelle des verstorbenen Herrn v. Wedel-Piesdorf. Die Wahl fiel auf den langjährigen Schriftführer Graf Arnim-Boitzenburg.

Der neue Präsident will den Erwartungen entsprechen, die seine Kollegen und Wähler gewiß geleitet hätten, nämlich im Herrenhause den altpreußischen Geist in Geltung zu halten, der unser Volk so groß gemacht habe.

Der Herrenhauspräsident erwähnte auch die großen und schweren Aufgaben, vor die dieses Parlament nach dem Kriege gestellt sein werde und die nicht nur nach den Rücksichten der Politik und nach dem Verstande zu lösen sein würden, sondern auch aus der Volksseele heraus. Diese Aufgabe sieht Graf Arnim darin, dem deutschen Wesen neuen Nährboden zu schaffen, damit es rein von fremdländischer Schlacke, fest und unüberwindlich kommenden Geschlechtern überliefert werden könne. Dann werde es sich zeigen, ob das Volk reif gewesen sei, das zu werten, was das Schwert erwarb. Der Präsident schloß mit der Erklärung, daß sich das Herrenhaus wie bisher von dem Grundsatz leiten lassen werde: Das allgemeine Wohl ist das höchste Gesetz.

In seinem Nachruf auf Herrn v. Wedel hatte der Vizepräsident, Oberbürgermeister a. D. v. Becker, den Reichstag, dessen Präsident Herr v. Wedel auch mal gewesen war, als die „vornehmste parlamentarische Körperschaft" bezeichnet. Der Bericht verzeichnet bei diesem Kompliment keinen Beifall.

Da auch der eine Vizepräsident, Frhr. v. Landsberg, während der Pause gestorben ist, hatte auch für ihn eine Neuwahl stattzufinden, die auf den Fürsten v. Salm-Salm fiel.

Freitag: Vereidigung und Geschäftsplan.

Kohlensyndikat und Steuerpläne.

Schatzsekretär Helfferich sagte in seiner Steuerrede am 20. Dezember im Reichstage: „Wenn es sein muß, wird auch der deutsche Kapitalismus das Geld hergeben, nicht nur für 5 Proz., sondern in Form von Steuern, die keine Zinsen bringen. Diesen Patriotismus brauchen wir und er wird hoffentlich nie fehlen, sonst könnte man an der Zukunft unseres Volkes verzweifeln."

Vielleicht erfährt dieser Optimismus des Reichsschatzsekretärs eine wesentliche Abkühlung, wenn er erfährt, daß, noch ehe seine Steuerpläne das Licht der Oeffentlichkeit erblickt haben, die deutschen Industriellen schon auf und daran sind, sie zu durchkreuzen und unschädlich zu machen.

In den maßgebenden Kreisen der Großindustrie rechnet man mit ziemlicher Bestimmtheit mit der Einführung einer Förderungssteuer auf Bergwerksprodukte. Man glaubt, daß bei der Regierung der Wunsch obwaltet, das Grubenkapital besonders zu den Kriegslasten heranzuziehen, weil es am Kriege recht gut verdient hat. Diese Absicht würde auch nicht den Versicherungen des Reichsschatzsekretärs widersprechen, daß auf die notwendigen Nahrungsmittel während des Krieges keine neue Abgabe gelegt werden soll. Die Sozialdemokratie müßte freilich eine solche Steuer bekämpfen, das Grubenkapital würde auch die Steuer nicht selbst tragen, sondern sie auf die Verbraucher abwälzen.

Diese Vermutung bestätigt in aller Form das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat; es hat in seinen neuen Verkaufsbedingungen folgende Sätze stehen:

„Die Preise verstehen sich für eine Tonne frei Eisenbahnwagen auf der liefernden Zeche, zahlbar bis zum 15. des der Lieferung folgenden Monats in bar und ohne jeden Abzug. Sie erhöhen sich um den Betrag, der als Reichs- oder Landessteuer auf Bergwerkserzeugnisse erhoben werden sollte."

Das ist in der Tat die einfachste Methode der Steuerabschüttelung!

Die Zentraleinkaufsgesellschaft errichtet in der Rheinprovinz und in Westfalen Zweigstellen, um die Ernährung dieser dichtbevölkerten Provinzen leichter sichern zu können.

Dr. Büsing gestorben. Der langjährige frühere nationalliberale Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Schwerin-Wismar, Geheimer Finanzrat Dr. Büsing ist 78 Jahre alt gestorben.

Höchstpreise für Käse.

Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung eine Verordnung über Käse beschlossen. Die Verordnung setzt Höchstpreise für die einzelnen, zur Herstellung zugelassenen Käsesorten fest und zwar Hersteller- und Ladenhöchstpreise. Die Festsetzung von Preisen für den Großhandel und den Zwischenhandel ist Sache der Landeszentralbehörden und der von ihnen bestimmten Behörden. Die Vorschriften der Verordnung gelten nicht für Käse, der im Ausland hergestellt ist.

Aus der Partei.

Aus der sozialdemokratischen Fraktion.

Das „Pressebureau" teilt uns mit:

„Die sozialdemokratische Fraktion befaßte sich am Mittwoch mit dem Verhalten des Genossen Liebknecht, der abermals, ohne die Fraktion vorher zu verständigen, dem Bureau des Reichstags eine Anzahl Anfragen überreicht hat. Die Fraktion faßte folgenden Beschluß:

Da Genosse Liebknecht fortgesetzt gegen die Beschlüsse der Fraktion handelt und somit die Pflichten der Fraktionsgemeinschaft auf das gröblichste verletzt, erklärt die Fraktion, daß Liebknecht dadurch die Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringen, verwirkt hat."

Der Sinn des im schlimmsten Kanzleikurialdeutsch abgefaßten Beschlusses ist dunkel. Welche Rechte „entspringen" aus der Fraktionszugehörigkeit? Wer gibt den Fraktionsmitgliedern das Recht, die „Verwirkung" des Rechts eines ihrer Kollegen auszusprechen? Die Fraktionszugehörigkeit beruht auf der Wahl des Abgeordneten durch seine Wähler und auf dem Parteitagsbeschluß des Einigungskongresses und der späteren sozialdemokratischen Parteitage. Danach hat der von den Sozialdemokraten gewählte Abgeordnete das Recht und die Pflicht, der sozialdemokratischen Fraktion anzugehören. Diese Rechte und diese Pflichten kann lediglich eine Erklärung des Parteitags oder der Wähler des Abgeordneten beseitigen, niemals die Fraktion. Was soll die „Erklärung" der Fraktion, Genosse Liebknecht habe „die Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringen, verwirkt", heißen? Wird die Fraktion einen offiziellen Kommentar zu der kauderwelschen „Erklärung" geben? In dem „Berliner Lokalanzeiger", der den Untertitel „Zentralorgan für die Reichshauptstadt" führt, und in der „Deutschen Kriegszeitung" wird ein Bericht der „Schwäbischen Tagwacht" über die Fraktionssitzung wiedergegeben, in dem es heißt, durch den Beschluß sei Liebknecht „aus der Fraktion ausgeschlossen". Da die Fraktion wiederholt beschlossen hat, über ihre Sitzungen dürften nur vom Vorstand der Fraktion Berichte in die Presse gehen, so beruht jener Bericht der „Schwäbischen Tagwacht", wenn er zutrifft, auf „fortgesetzter gröblichster Verletzung der Beschlüsse der Fraktion" durch ein Fraktionsmitglied. Immerhin gibt er einen Fingerzeig dafür, was die Fraktion oder Fraktionsmitglieder mit ihrer orakelhaften „Erklärung" ausgedrückt wissen wollen. Trifft die schwäbische Deutung zu, so liegt eine gegen die Gesamtpartei und die Parteitagsbeschlüsse wie gegen die Einheit der Partei gerichtetes Vorgehen vor, für das es ein Beispiel in der Geschichte der Partei überhaupt nicht gibt, während aus der Geschichte gegen die Partei sich ihm nur das „Maulkorbgesetz" aus dem Jahre 1879 an die Seite stellen ließe. Bebel schreibt über dieses Monstrum: „Ein besonderes Aufsehen rief der in dieser Session (1879) eingebrachte Gesetzentwurf betreffend die Strafgewalt über die Mitglieder des Reichstags hervor. Es genügte Bismarck nicht in seiner Verfolgungssucht, daß er das Sozialistengesetz erhalten hatte; er wollte, daß nunmehr auch jede unbequeme Opposition im Reichstag erstickt werden könne. Der Gesetzentwurf richtete sich zugestandenermaßen in erster Linie gegen die sozialdemokratischen Redner, seine Bestimmungen konnten aber jeden Augenblick auch gegen unbequeme bürgerliche Oppositionsredner Anwendung finden. Für die Ausübung der Strafgewalt über die Reichstagsmitglieder sollte eine Kommission niedergesetzt werden, bestehend aus den drei Präsidenten und zehn Mitgliedrn des Reichstags. Diese Kommission sollte je nach der Schwere der Ungebühr gegen einen Redner beschließen können: 1... 2.... 3. Ausschließung aus dem Reichstag auf eine bestimmte Zeit... Dieser Gesetzentwurf war eine Ungeheuerlichkeit, wie sie nur aus der Gewaltnatur eines Bismarck entstehen konnte. Im Reichstag bekam der Entwurf die Spottbezeichnung „Maulkorbgesetz". Der Reichstag lehnte die freundliche Einladung zum moralischen Selbstmord — denn etwas anderes war der Entwurf nicht — ohne Kommissionsberatung ab. In der Debatte wurde von den Rednern fast aller Parteien dargelegt, es sei eine Ungeheuerlichkeit, Reichstagsmitgliedern zuzumuten, einen solchen Entwurf anzunehmen, der die Beeinträchtigung des Rechtes aller Wähler verlange. Denn auf Grund der Wahl säßen alle Abgeordneten im Reichstag: wie könne man ihnen zumuten, einen Kollegen auszuschließen, der auf Grund desselben Rechtes wie alle Abgeordneten seine Rechte und seine Pflichten ausübe".

Die Maulkorbserklärung der Fraktion nimmt sich, wenn die „Schwäbische Tagwacht" ihn richtig interpretiert, heraus, die einem sozialdemokratischen Abgeordneten durch die Gesamtpartei übertragenen Rechte ihm abzusprechen, sie für „verwirkt" zu erklären. Das ist eine Auflehnung von „Führern" gegen den Gesamtwillen der Partei, der nur die eine Wirkung haben kann, daß er die Einheit der Partei untergräbt und an Stelle des Gesamtwillens der Partei und der Wähler „Erklärungen" der „Führer" zu setzen versucht. Ist der Fraktionsbeschluß in dem Sinne auszulegen, den ihm die „Schwäbische Tagwacht" gibt, oder welchen Sinn soll er haben?

Der Popanz des Sonderbundes.

In einer Polemik gegen den Genossen Haase, der bestritten hat, daß die Minorität einen Sonderbund bilde, schreibt die Dortmunder „Arbeiterzeitung":

„Wenn Haase das glaubt, was er sagt, dann kann man nur erwidern, er weiß selbst nicht, was vorgeht, und wird von der Minderheit ganz unglaublich an der Nase herumgeführt. Wahr ist, daß der Sonderbund längst besteht, Konferenzen und Sitzungen abhält und Schmähschriften verbreitet. Wahr ist, daß diese Leute während des Krieges um alles in der Welt keinen Parteitag wollen, daß sie sich aber mit dem Plane einer Reichskonferenz tragen, die in Wirklichkeit ein Parteitag des Sonderbundes der Minderheit sein soll. Für den Parteitag des Sonderbundes ist rege agitiert worden, und es sind auch schon Delegiertenwahlen vorgenommen worden. Wenn nun in den Blättern und von Personen der Minderheit immerzu betont wird, sie wollten keine Trennung, sie wollten gerade die Festigung der Partei, so wird man in Anbetracht der bekannten Tatsachen davon leider nur noch mit allem nötigen Vorbehalt Kenntnis nehmen können. Ob Haase von diesen Dingen wirklich keine Kenntnis hat?"

Wir wissen nicht, woher die Dortmunder „Arbeiterzeitung" ihre Weisheit hat. Sollte aber tatsächlich ein „Parteitag" oder wie man es sonst nennen will, der Minderheit geplant sein, so würden wir uns dagegen wenden. Im Leitartikel in unserer letzten Sonntagsnummer über die französische Parteikonferenz haben wir die Gründe dargelegt, die gegen die Abhaltung eines Parteitages unter dem Kriegszustande und angesichts der Kriegswirkungen auf unsere Organisationen sprechen. Was wir da über den Parteitag im allgemeinen gesagt haben, gilt natürlich für einen etwa beabsichtigten Parteitag der Minderheit.

Aber die Ausführungen der Dortmunder „Arbeiterzeitung" sind ein Schulbeispiel für den Pharisäismus, der sich jetzt leider in einem Teile unserer Parteipresse breit macht. Was auf der Gegenseite geschieht, wird mit allen Registern größter Entrüstung in Grund und Boden verdammt. Geschieht es im eigenen Lager, so wird es entweder mit dem Mantel verzeihender Liebe zugedeckt oder beschönigt und entschuldigt. Hat die Dortmunder „Arbeiterzeitung" den Mut, zu behaupten, daß an den verschiedenen Orten die tätigen Anhänger der Mehrheit nirgends und niemals zusammenkommen und außerhalb der gegebenen Parteiorganisationen „Konferenzen und Sitzungen abhalten"? Welchen Vorgängen verdankt zum Beispiel die Gründung des Bremer Mehrheitsblatts ihr Entstehen? Oder ist die J. K., die, wie uns versichert wird, ein reines Privatunternehmen sein soll, nicht auch ein Produkt von Sitzungen, Besprechungen, Zusammenkünften oder einer sonstigen Art von Verständigung gleichgesinnter Mitarbeiter, deren schriftstellerische Leistungen wir auch als „Schmähschriften" bezeichnen könnten, wenn wir uns die polemischen Manieren der Blätter vom Schlage der Dortmunder „Arbeiterzeitung" zu eigen machen wollten? Oder kommen die Männer, die die bekannte Leitartikel-Korrespondenz der großen Umlerner herausgeben, nicht auch zusammen, um zu beraten, wie sie ihre Anschauungen an den Mann bringen?

Wir wollen es mit diesen Beispielen genug sein lassen. Es ist schon schlimm genug, daß die große Tragik des gegenwärtigen Völkerringens die Meinungen in unserer Partei zu so tiefgehenden Gegensätzen bringt. Wozu da noch zu den Mitteln der Kinderstube greifen und die Andersdenkenden und ihr Tun zum Popanz machen, mit dem auch politische Kinder auf die Dauer nicht geschreckt werden können?

Mit der Frage eines außerordentlichen Parteitages

beschäftigt sich die „Fränkische Tagespost" in einem längeren Artikel. Unser Nürnberger Parteiblatt hält die Abhaltung eines Parteitages in der gegenwärtigen Zeit für untunlich. Zur Begründung wird u. a. gesagt:

„Man muß doch damit rechnen, daß ein Parteitag unter diesen Voraussetzungen (schwacher Besuch infolge des Krieges) kaum das moralische Gewicht und die einigende Kraft haben kann, die wir dem Parteitag freudig zubilligen möchten. Zu all dem kommt, daß die Tagesordnung des Parteitags sehr schwer festzustellen sein wird; es wird nicht möglich sein, ihn auf die Mißbilligung der 20 Genossen, die zu der Erklärung Geyers im Reichstage standen, auf die Absetzung der Redaktion des „Vorwärts", wie auf die Festlegung der Kriegspolitik der Mehrheit der Reichstagsfraktion zu beschränken. Auch die Mitglieder der Mehrheit der Reichstagsfraktion und ihre Freunde werden es kaum ablehnen können, auch noch über einige andere wichtige Fragen Beschlüsse des Parteitags herauszufordern; man wird sich ebenso lebhaft für die Politik des Genossen Kolb wie für die des Genossen Karl Liebknecht interessieren, man wird um die Frage der künftigen Steuerpolitik doch nicht wie um einen heißen Brei herumgehen können, man wird in einer Zeit, wo so vieles und auch so unklares über die Neuorientierung der deutschen Politik gesprochen und geschrieben, geheimnist und getuschelt wird, von dem Parteitag verlangen, daß er umschreibe, was die deutsche Sozialdemokratie unter der Neuorientierung der deutschen Politik an sich und für die Sozialdemokratie im besonderen zu verstehen habe. Man wird zu umschreiben haben den Begriff des Disziplinbruches und die Gefahren, die sich hieraus entwickeln können; man wird aber auch einen Ausweg zu suchen haben, der sich aus dem Pflichtenstreit des Disziplinbruchs gegen Parteitagsbeschlüsse und des Disziplinbruchs gegen Fraktionsbeschlüsse ergeben kann, und man wird dann vor die schwierige und für den Parteitag gar verhängnisvolle Frage gestellt sein, ob die höchste entscheidende Behörde der Partei der Parteitag oder die Reichstagsfraktion sei.

Neben diesen großen Fragen, um die kein nächster Parteitag herumkommen kann, wird eine nicht geringe Zahl kleiner Fragen das Interesse des Parteitags auf sich lenken, so die Methoden der Parteipolemik, der Mitarbeit an gegnerischen Zeitungen, der Mitwirkung bei nichtsozialdemokratischen Organisationen, die Wirksamkeit einzelner Parteigenossen usw. usw. In kurzer Zeit, in 6, 7 Tagen, dürfte sich eine so große Tagesordnung nicht erledigen lassen, vielleicht wird das Doppelte oder Dreifache dieser Zeit kaum genügen.

Wenn auch unbeschränkte Zeit zur Verfügung stehen sollte, so wird die Partei von diesen Verhandlungen, vielleicht auch von den Beschlüssen nichts erfahren; es wird uns wohl nicht besser gehen als den Franzosen, denen ja gestattet wurde, einen großspurigen Kriegsaufruf im Sinne der Regierung, aber auch sonst gar nichts von den Debatten, von den Beschlüssen, von den Reden, von dem Stärkeverhältnis der Gruppen auf ihrem Parteitage in der Presse und in Parteiversammlungen zu berichten. Dadurch würde aber ein Parteitag die wichtigste Kraft, nämlich die der Ueberzeugung, verlieren. Seine Beschlüsse würden, soweit sie überhaupt veröffentlicht werden können, der Gefahr der Auslegung ausgesetzt sein. Eine Erörterung über die Verhandlungen des Parteitags in den einzelnen Organisationen dürfte sehr erschwert, an vielen Orten ganz unmöglich sein.

Aus diesen Gründen ist der Parteitag während des Krieges auch nicht im entferntesten mit der Autorität auszustatten, aus der bisher seine Kraft, seine einigende Gewalt, seine politische Bedeutung, seine Richtunggebung für die zukünftige Haltung der Parteigenossen strahlte."

* * *

Gegen den Artikel der „Fränkischen Tagespost" wendet sich die Chemnitzer „Volksstimme". Sie schreibt:

„. . . Die geschilderten Schwierigkeiten der Delegiertenwahl, der freien Aussprache und der ehrlichen Veröffentlichung der gefaßten Beschlüsse kann sich jeder, der die Rechtszustände unter den Kriegsgesetzen kennt, selbst leicht vorstellen. Wenn indessen die „Fränkische Tagespost" meint, der geplante Parteitag müsse alle mit unserer Haltung im Kriege verknüpften Fragen ausgiebig erörtern, und wenn sie bereits ein ungeheures Programm aufstellt, dessen Erledigung wochenlange Aussprachen zur Voraussetzung setze, pflichten wir nicht mehr bei. Der Parteitag könnte nur dann einen vernünftigen Zweck haben, wenn er sich auf die notwendigsten disziplinaren Maßnahmen beschränkte. Diese können in nichts anderem bestehen, als in der Uebertragung aller Befugnisse, die in Friedenszeiten der Parteitag hat, auf Parteivorstand und Parteiausschuß. . . . Unter dem Sozialistengesetz konnte man auch nicht regelmäßig Parteitage abhalten; die Führung der Parteigeschäfte wurde daher der Fraktion übertragen, und als im Jahre 1884 die bekannten Streitigkeiten wegen der Dampfer-

Subventionen entstanden, wurde ausdrücklich festgelegt, daß die Fraktion, solange sie unter dem Kriegszustand des Ausnahmegesetzes die Leitung habe, unbedingt auf Unterstützung aller Genossen, vor allem auf die des Zentralorgans zählen müsse, sobald sie einmal einen bestimmten Beschluß gefaßt habe. In gewissem Sinne bestehen heute solche Ausnahmezustände wie damals. Der Krieg hat die Partei überrascht, und sie war deshalb nicht in der Lage, für ihre Zentralleitung die notwendigen Umstellungen auf den Kriegszustand vorzunehmen. Bei der langen Kriegsdauer ist das nunmehr unerläßlich geworden. . . ."

Arbeiter-Jugend.

Die soeben erschienene Nummer 2 des 8. Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Sehen lernen. Von Jürgen Brand. — Wie man in früherer Zeit mit den Verteurern und Verfälschern der Lebensmittel umging. Von Rudolf Wissell. — Der Wohltätigkeitsball. Von Fritz Müller, Zürich. (Schluß.) — Don Quixote, seine Zeit und sein Wert. Von Franz Diederich. — Ein Lied hinterm Ofen zu singen. Von Mathias Claudius. — Der richtige Weg. Von Ernst Almsloh. — Das weibliche Lernjahr. Von Hedwig Wachenheim. — Aus der Jugendbewegung.

Vom Gemeindeschulwesen Berlins.

Der Berliner Magistrat hat durch sein Nachrichtenamt den Zeitungen eine Zusammenstellung von Zahlen aus dem Gemeindeschulwesen übersandt, die dem jetzt fertigen Verwaltungsbericht über das Schuljahr 1914/15, das mit März 1915 endete, entnommen sind. Da die Verwaltungsberichte der Stadt Berlin meist erst lange nach Schluß des Berichtsjahres an die Oeffentlichkeit gelangen, so muß man die darin enthaltenen Angaben, auch wenn sie sich auf eine schon reichlich weit zurückliegende Zeit beziehen, für allerneuestes hinnehmen.

Bei dem Gemeindeschulwesen hatten wir wenigstens für die Besetzungsziffern bisher noch eine andere Quelle, nämlich die halbjährlichen Uebersichten über die Klassenbesetzung, die der Magistrat seit zwei Jahrzehnten den Stadtverordneten alle Halbjahre und meist ohne große Verzögerung vorlegte. Die Uebersicht für den Winter 1914/15, die Anfang Januar 1915 den Stadtverordneten zuging, enthielt die Besetzungsziffern aus November 1914, dieselben, die aus dem nun endlich fertiggestellten Verwaltungsbericht über das Schuljahr 1914/15 jetzt durch das Nachrichtenamt den Zeitungen mitgeteilt worden sind. Im „Vorwärts" konnte man die betreffenden Zahlenangaben bereits vor nun genau einem Jahre lesen, so daß wir eigentlich darauf verzichten möchten, sie nochmals herzusetzen. Weil aber keine neueren Angaben vorhanden sind, seien hier jene alten wiederholt: im Winter 1914/15 war die durchschnittliche Klassenbesetzung in den Oberklassen 35,65 Kinder, in den Klassen I 35,54, in den Klassen II 41,23, in den Klassen III 42,93, in den Klassen IV 45,72, in den Klassen V 47,82, in den Klassen VI 47,52, in den Klassen VII 49,25. Neue Angaben über die Klassenbesetzung sind deshalb nicht vorhanden, weil inzwischen der Magistrat für gut gehalten hat, die Zusammenstellung und Vorlegung der halbjährlichen Uebersichten zu unterlassen. Er glaubt, den in dieser Kriegszeit vielbeschäftigten Rektoren und Lehrern jetzt nicht auch noch die Lieferung der Zahlen aus ihren Schulen und Klassen zumuten zu dürfen.

Daß die Unterrichtserfolge der Gemeindeschulen Berlins sich weiter gebessert haben, läßt die auf den Verwaltungsbericht sich stützende Mitteilung des Nachrichtenamts erkennen. Wieder haben die Kinder, die bei Vollendung der Schulpflicht aus einer der drei Klassen der Oberstufe abgingen, sich etwas gemehrt. Gemeldet wird, daß in 1914/15 von den abgehenden Kindern in den die Oberstufe bildenden Klassen „Oberklasse" und „Klasse I" und „Klasse II" zusammen 91,84 Prozent saßen, gegenüber 91,61, 91,31, 91,31, 90,82, 91,21, 88,40 Prozent in den sechs Vorjahren bis 1908/09 zurück. Offenbar falsch ist aber die weitere Angabe des Nachrichtenamts, daß in 1914/15 bei Einrechnung der noch vor Erfüllung der Schulpflicht dispensierten Kinder, die sämtlich gleichfalls eine Klasse der Oberstufe besucht haben mußten, im ganzen 98,28 Proz. der abgehenden Kinder die Oberstufe erreicht hätten. Die Zahl wurde wohl so falsch dem neuesten Verwaltungsbericht entnommen. In diesem Punkt war schon der vorjährige Verwaltungsbericht infolge eines Rechenfehlers, auf den bereits damals im „Vorwärts" hingewiesen wurde, zu einem sehr unrichtigen Ergebnis — irrtümlich 98,46 Proz. statt tatsächlich nur 92,15 Proz. — gelangt. Es scheint, daß diesmal jener Rechenfehler wiederholt worden ist. Für 1914/15 wird die richtige Ziffer des Anteils aller aus der Oberstufe abgegangenen Kinder statt auf 98,28 Proz. auf etwa 92,5 Proz. anzunehmen sein. Genaue Nachrechnung ist erst möglich, wenn der Verwaltungsbericht selber vorliegt.

Auch über die Erschwerungen, die der Kriegszustand den Gemeindeschulen gebracht hat, teilt das Nachrichtenamt einiges mit. In 1914/15 seien der Militärbehörde zur Verfügung gestellt worden für die Unterbringung von Mannschaften hiesiger Truppenteile 107 Gemeindeschulen, für Sammlung und ärztliche Untersuchung von Ergänzungsmannschaften 47 Schulhöfe samt 17 Turnhallen und 34 Konferenz- und Klassenzimmern. Soweit Schulgebäude für längere Zeit in Anspruch genommen wurden, erhielten die betreffenden Schulen ihren Unterricht in den Räumen der Nachbarschulen. Zur Erläuterung wollen wir hinzufügen: ausquartierte Schulen mußten großenteils, soweit nicht für sie in den Nachbarschulen unbenutzte Räume verfügbar waren, ihren Unterricht an den Nachmittagen haben, so daß manche Räume vom Morgen bis zum Abend benutzt wurden. Ersatz mußte auch für die zur Fahne einberufenen Lehrer besorgt werden, was erreicht wurde teils dadurch, daß man die Lücken möglichst durch Vertreter ausfüllte und man das ganze Lehrpersonal zur vollen Pflichtstundenzahl heranzog, zum Teil aber auch dadurch, daß schwachbesetzte Klassen derselben Schulen zusammengelegt, gleichsemestrige Klassen der Oberstufe benachbarter Schulen vereinigt wurden und schließlich sogar die Unterrichtsstunden eingeschränkt wurden.

Soziales.

Das Prinzip des Unternehmers.

Ein Fall, wo ein Unternehmer „aus Prinzip" erklärte, er wolle lieber verurteilt werden als sich mit der klagenden Arbeiterin vergleichen, spielte sich am Donnerstag wieder vor der Kammer 2 des Gewerbegerichts ab.

Verklagt war die Firma Rheinisch-Westfälische Sackindustrie. Ihr Hauptgeschäft befindet sich in Mannheim. In Berlin hat sie kürzlich eine Zweigniederlassung errichtet. Um den hiesigen Betrieb in Gang zu bringen, schickte die Firma eine ihrer tüchtigsten Arbeiterinnen, die jetzt als Klägerin auftrat, Ende September von Mainz nach Berlin. Um die Kosten der Uebersiedelung nach Berlin bestreiten zu können, erhielt die Klägerin einen Vorschuß, der ihr nach und nach vom Lohn abgezogen werden sollte. Diese Abzüge wurden vom Prokuristen der Firma so hoch bemessen, daß der Klägerin, die zwei Kinder zu versorgen hat, nicht genug übrig blieb. Ihrem Unwillen über die hohen Abzüge machte die Klägerin Luft durch Bemerkungen über den Prokuristen. Zwei männliche Angestellte der Firma hatten nichts eiligeres zu tun, als diese Bemerkungen dem Prokuristen so zu hinterbringen, wie sie sie verstanden zu haben glaubten. Nach Ansicht dieser Zwischenträger soll die Klägerin gesagt haben, der Prokurist habe der Firma gehörendes Material für seine Privatgeschäfte verbraucht, ohne es zu bezahlen. Obgleich die Klägerin entschieden bestritt, sich derart geäußert zu haben, wurde sie Ende Dezember plötzlich entlassen und stand nun mittellos da. Die Klägerin beanspruchte Lohn für die 14tägige Kündigungsfrist, Ersatz der durch die Uebersiedelung nach Berlin verursachten besonderen Aufwendungen und 100 Mark als Gratifikation, die ihr für die Einrichtung des Betriebes versprochen worden sei.

Als Zeugen vernahm das Gericht die beiden Zwischenträger, während eine von der Klägerin geladene noch bei der Firma beschäftigte Zeugin ausgeblieben war. Nach Angabe der Klägerin soll diese Zeugin mit Entlassung bedroht worden sein, falls sie der Ladung der Klägerin Folge leiste. Durch die Zeugenaussagen sollte die angebliche Beleidigung des Prokuristen festgestellt werden. Das Gericht hielt aber die Beleidigung nicht für erwiesen, weil die Angaben der vernommenen Zeugen nicht zuverlässig erschienen. Deshalb riet das Gericht dem Vertreter der Beklagten dringend, sich mit der Klägerin zu vergleichen, um so mehr, da die plötzliche Entlassung wegen einer nicht bewiesenen Beleidigung des Prokuristen doch recht rigoros sei. Doch der Chef der Firma, Kaufmann Blumenstern, lehnte „aus Prinzip" jeden Vergleich ab. Er meinte, die Klägerin habe gar keinen Rechtsanspruch auf Bezahlung. Nicht anders als durch ein Landgerichtsurteil würde er sich zur Zahlung verpflichten lassen. Geld spiele für die Firma keine Rolle, sie wolle nur ihren Prokuristen nicht beleidigen lassen. Doch sei er, Blumenstern, bereit, der Klägerin ein Darlehen von 80 M. zu geben, damit sie die Miete für ihre Berliner Wohnung zahlen und nach Mannheim zurückreisen könne. Wenn er das Darlehen in den Schornstein schreiben werde, so sei das seine Sache. Nur eine Verpflichtung der Klägerin gegenüber wolle er nicht anerkennen.

Auf Antrag des Herrn Blumenstern, der versuchen will, sich auf dieser Basis außergerichtlich mit der Klägerin zu vergleichen, wurde der Termin vertagt.

Der zum Kriegsdienst eingezogene Vertreter eines Volksschullehrers behält seinen Anspruch auf Gehalt.

So entschied dieser Tage das Oberverwaltungsgericht in einer gegen Zwangsetatisierung gerichteten Klage der Stadt Mülheim an der Ruhr. Die Begründung ging dahin: Nach dem § 66 des Reichsmilitärgesetzes sollten die Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten durch ihre Einberufung zum Militärdienst in ihrem bürgerlichen Dienstverhältnis keinen Nachteil erleiden. — Nach Absatz 4 des § 66 blieben die näheren Bestimmungen den einzelnen Bundesregierungen überlassen. Die entsprechenden Ausführungsvorschriften seien in Preußen 1888 durch Ministerialvorschriften gegeben worden. Danach habe ein Beamter, der während des Krieges einberufen werde, sein Gehalt weiter zu beziehen, falls er angestellt oder ständig gegen Entgelt beschäftigt war. Im Gegensatz dazu sei für die nur vorübergehend beschäftigten Beamten die Fortzahlung des Gehalts nicht vorgesehen. — Es sei nicht zu prüfen, zu welcher Kategorie die „beauftragten" Lehramtsbewerber hier zu rechnen seien. Die Stadt sage nun, sie seien überhaupt keine Beamten im Sinne der Vorschriften, weil sie in das Lehramt nicht nach den Bestimmungen des Volksschulunterhaltungsgesetzes berufen worden seien. Diese Auffassung sei falsch. Als Beamte anzusehen seien auch Lehrpersonen, die einen staatlichen Auftrag zur Verwaltung einer erledigten Lehrerstelle bekommen und in ein Treu- und Unterordnungsverhältnis zu der betreffenden Behörde treten. Das treffe hier zu. Die Vorschriften für die Anstellung von Gemeindebeamten kämen nicht in Betracht, da die Volksschullehrer keine Gemeindebeamten seien. — Es wäre nur noch die Frage zu beantworten, ob die beiden Lehramtsbewerber als bloß vorübergehend gegen Entgelt beschäftigt anzusehen seien. Die Frage sei aber zu verneinen. Denn als nur vorübergehend beschäftigt seien nur solche Beamten anzusehen, deren Auftrag zeitig begrenzt sei, entweder durch den Auftrag selbst oder durch besondere Umstände. Bei einem Auftrag, bei dem der Betreffende auch nur bis auf weiteres dazu berufen sei, die beamtete Stellung einzunehmen, liege keine bloß vorübergehende Beschäftigung vor; der fragliche Beamte sei als ständig beschäftigt im Sinne der maßgebenden Vorschriften anzusehen und habe das Gehalt weiter zu bekommen. (VIII. A. 28. 15.)

Der Kampf um die Rente.

Ein Packer erlitt am 22. Mai 1911 durch Betriebsunfall eine Quetschung des Kopfes. Ihm fiel aus einer Höhe von 2½ Meter eine 20 Kilogramm schwere Kiste auf den Kopf. Er arbeitete zunächst — nachdem er sich von dem Schreck erholt hatte — weiter, klagte indessen ständig über Kopfschmerzen, auch stellten sich Schwindelanfälle ein. Diese wurden immer intensiver, so daß er sich am 7. Juni 1911 in die Behandlung eines Nervenarztes Dr. H. begeben mußte. Er stellte dann bei der Berufsgenossenschaft den Antrag auf Gewährung der Unfallrente, da er völlig erwerbsunfähig sei. Der behandelnde Arzt, Dr. H., erklärte den Verletzten durch das bei ihm bestehende schwere Nervenleiden — welches unstreitig eine Unfallfolge sei — für voll erwerbsunfähig. Die Berufsgenossenschaft hörte ihren Arzt, den Nervenarzt Dr. Placzek. Dieser erklärte, es lägen Anzeichen eines Nervenleidens vor. Der Packer sei infolge des Nervenleidens völlig erwerbsunfähig. Das Leiden stehe aber in keinem ursächlichen Zusammenhange mit dem Unfall. Darauf lehnte die Berufsgenossenschaft die Entschädigungsansprüche des Verletzten ab. Trotz dieser Ablehnung nahm sie den Packer noch einmal in „Heilbehandlung" und „Beobachtung" seines körperlichen Zustandes durch Dr. Placzek. Auch nach dem Abschluß des erneuten „Heilverfahrens" wurde der Anspruch des Verletzten, da ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Unfall und dem Nervenleiden nicht bestehe, abgelehnt. Auf die eingelegte Berufung holte das Oberversicherungsamt ein ärztliches Gutachten des Professors Dr. Weber ein. Dieser Gutachter kam zu dem Ergebnis, daß das Nervenleiden und vor allem eine psychische Hemmung beträchtlichen Grades als Folge des Unfalles anerkannt werden müsse, da sich das Krankheitsbild unmittelbar an den Unfall angeschlossen habe. Das Oberversicherungsamt schloß sich diesem Gutachter an und verurteilte die Berufsgenossenschaft, dem Verletzten vom Beginn der gesetzlichen Entschädigungspflicht die Vollrente zu gewähren.

Die Berufsgenossenschaft legte gegen diese Entscheidung Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein. Ihr Rekurs wurde zurückgewiesen.

Gerichtszeitung.

Das Reichsgericht und die lokalen Höchstpreise.

Große Aufregung verursachte eine in der letzten Zeit durch einige Blätter gehende Mitteilung aus Hannover, wonach das Reichsgericht entschieden haben sollte, daß die Gemeinden nur Höchstpreise für örtliche Produkte festsetzen dürften. Diese Nachricht ist vollständig falsch. Das Reichsgerichtsurteil, um das es sich handelt, ist am 6. Juli 1915 gefällt worden. Eine Wursthändlerin in Hannover war verurteilt worden, weil sie die vom Magistrat in Hannover festgesetzten Höchstpreise für Wurst beim Verkauf von Braunschweiger Mett- und Leberwurst überschritten hatte. Sie hatte eingewandt, sie habe geglaubt, die Höchstpreisfestsetzung gelte nicht für Spezialitäten. Das Landgericht hat hierin einen unbeachtlichen Rechtsirrtum erblickt. Das Reichsgericht dagegen war der Meinung, daß es sich um einen tatsächlichen Irrtum handele, der unter Umständen die Angeklagte straffrei machen könne. Da nicht geprüft war, ob die Angeklagte durch Fahrlässigkeit zu ihrem Glauben gekommen war, hob das Reichsgericht damals das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Dieses hat nun im Dezember v. J. die Angeklagte freigesprochen. Warum dies geschehen ist, kann aus dem jetzt durch die Presse gehenden Berichte nicht entnommen werden, soviel steht aber fest, daß die Freisprechung nicht erfolgt ist, weil das Reichsgericht den oben erwähnten grundsätzlichen Ausspruch getan haben soll. In dem Wortlaute der reichsgerichtlichen Entscheidung ist auch nicht mit einem Worte von dergleichen Dingen die Rede. Nach Lage der Sache ist also anzunehmen, daß die Angeklagte nunmehr freigesprochen worden ist, weil das Landgericht angenommen hat, daß sie sich über die Bedeutung der Höchstpreisfestsetzung im Irrtum befunden hat und ohne Fahrlässigkeit zu diesem Irrtum gelangt ist.

Briefgeheimnis.

Ein recht bedenkliches Mittel, um Beweise für die Untreue ihres Ehemannes in die Hand zu bekommen, hat die Zigarettenhändlerin Anna Menzel in Anwendung gebracht, die gestern unter der Anklage der versuchten Bestechung und der Anstiftung zu einem Amtsvergehen vor der Strafkammer des Landgerichts II stand. Mit ihr war der 17jährige ehemalige Postaushelfer Willi Schmidt wegen unbefugter Brieföffnung angeklagt.

Frau M. stand mit ihrem Manne in Scheidung; sie hatte ihn in Verdacht, mit einer Frau Richter in Steglitz in unerlaubtem Verkehr zu stehen und es war ihr daran gelegen, für den Ehescheidungsprozeß Beweisstücke zu erhalten. Da wollte es der Zufall, daß sie in der Hand des Postaushelfers Mütschke einen an die Frau Richter gerichteten Brief, den dieser zu bestellen hatte, erblickte. Da die Adresse dieses Briefes die Handschrift ihres Mannes zeigte, so bat sie den Postaushelfer um Ueberlassung des Briefes, wobei sie wiederholt sagte: „Ich gäbe Gott weiß was darum, wenn ich in den Besitz des Briefes käme." Ihre Bemühungen waren jedoch vergeblich, denn der junge Mann blieb fest und erklärte endgültig, daß er Beamter sei und solche Sachen nicht mache. Mehr Glück hatte die Angeklagte bei Schmidt, den sie schon längere Zeit kannte und als Schüler mehrfach zur Besorgung von Gängen verwendet hatte. Dieser ließ sich auf ihre Bitten dazu herbei, ihren Wünschen nachzukommen: als ihm in seiner Eigenschaft als Postbote wieder ein offenbar von dem Ehemann Menzel an Frau Richter adressierter Brief in die Hände fiel, öffnete er ihn und teilte der Angeklagten M. den Inhalt mit; Frau M. wurde durch ein paar Zeilen von Menzel zum Stelldichein bestellt. Das Gericht verurteilte Frau Menzel zu 8 Monaten und 1 Woche, den Angeklagten Schmidt zu 1 Monat Gefängnis.

Aus aller Welt.

Kriegshyänen.

In Augsburg bestrafte das Schöffengericht einen Bäckermeister mit 500 M. oder 50 Tagen Gefängnis, weil der Kriegsspekulant Kalleier an ein Militärinstitut zu Wucherpreisen verkauft hat. Er hatte sich 10 000 Stück zu billigen Preisen angekauft, um später ein gutes Geschäft damit zu machen.

In Dortmund erhielt ein betrügerischer Hausbesitzer fünf Monate Gefängnis; er hatte die Stadt dadurch betrogen, daß er Kriegerfrauen, die von der Stadt Mietsunterstützung bekommen, veranlaßte, falsche Angaben über den Mietspreis und den Umfang der von ihm abgemieteten Wohnung zu machen. Es schweben noch einige ähnliche Betrugsverfahren.

Die Elberfelder Strafkammer verurteilte einen Butterhändler Marx aus Groß-Odinghausen zu drei Monaten Gefängnis und 150 M. Geldstrafe. Der Mann hatte langjährigen Abnehmern im Wuppertale Butter zum Höchstpreise von 2,55 M. das Pfund geliefert, die 27 Proz. Wasser enthielt.

In Hagen (Westf.) stellte das städtische Nahrungsmittelamt fest, daß von dortigen Händlern zum Preise von 1,25 M. das Liter verkauftes „Salatöl"-Ersatz aus 98 Proz. Wasser bestand und 0,05 Oel- oder Fettgehalt hatte.

Wegen Preistreibereien mit Lebensmitteln wurden von sächsischen Gerichten verurteilt: Der Mitbesitzer der großen Mühlengesellschaft in Knauth-Kleeberg, Jestner, zu 1500 Mark; er hatte Futterschrot zu übermäßigen Preisen verkauft; der Rittergutspächter Töpfer in Groß-Zschocher zu 1000 M., weil er Kartoffeln zu 4,20 M. statt 2,50 M. für den Zentner verkauft hatte; endlich der Gutsbesitzer Urban in Leisnig zu 300 M. und der Gutsbesitzer Kretschmar aus demselben Orte zu 100 M., weil sie Schweine weit über den Höchstpreis verkauft hatten.

So wird die Notlage der Konsumenten von profitlüsternen Leuten trotz aller Verordnungen und Gesetze ausgebeutet.

Schwere Eisenbahnunfälle. Mehrere schwere Eisenbahnunfälle, bei denen wieder eine ganze Anzahl Menschen Leben und Gesundheit einbüßten, werden wieder gemeldet. Am Dienstag überfuhr ein von Algeringen (Elsaß) fälliger Erzzug das geschlossene Einfahrtsignal des Bahnhofs Hayingen, woselbst er auf einen Güterzug aufstieß. Bei dem Aufstoß verunglückten tödlich die im Packwagen des Erzzuges sich aufhaltenden Schlosser Thewes und Cunz aus Diedenhofen, während der Lokomotivführer Verletzungen schwerer Natur davontrug. — Mittwochabend stieß bei orkanartigem Sturmwind auf der Station Fischau (Niederösterreich) der Schneebergbahn ein Personenzug mit einer auf dem Gleise stehenden Lokomotive zusammen. 31 Personen, darunter fünf vom Zugpersonal, wurden verletzt, eine von ihnen schwer. — Nach einer Blättermeldung aus Mährisch-Ostrau entgleiste gestern auf der Strecke zwischen Oderberg und Freistadt der Waggon eines Lokalzuges und stürzte über die Böschung ab. 40 Personen wurden verletzt, davon acht schwer.

Frauenmord in Elbing. In Elbing wurde die 26 Jahre alte Materialwarenhändlerin Hedwig Kling mit einem Messerstich in der Brust tot in ihrem Bett aufgefunden. Von dem Mörder fehlt jede Spur.

Vier Geschwister ertrunken. Auf der Nogat kenterte ein Ruderboot, wobei der Infanterist Preuß und seine drei Schwestern ertranken.

Eingegangene Druckschriften.

Der Neue Merkur. Monatsschrift für geistiges Leben. Dezemberheft. 1,50 M. G. Müller, München.

Die Kriegslese. Nr. 72. Kriegsausgabe der Wochenschrift „Die Lese". Viertelj. 1,92 M. Verlag in Stuttgart, Schloßstr. 84.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Staatszwang oder Freiwilligkeit für den Fahnendienst.

Von Ed. Bernstein.

Das Verhängnis geht seinen Weg. Schrittweise gibt die Gesetzgebung Englands das Prinzip der Freiwilligkeit des Fahnendienstes preis, das bis vor Beginn des jetzigen Krieges die rechtliche Grundlage des englischen Heerwesens bildete. Die Abstimmung vom 6. Januar im Hause der Gemeinen, bei der 403 Abgeordnete gegen 105 dem Gesetzentwurf des Kabinetts Asquith ihre grundsätzliche Zustimmung erteilten, bedeutet den Bruch mit der Fundamentalidee der bisherigen Heeresverfassung Englands, da dieser Entwurf für Unverheiratete und diesen gleichstehende Witwer in bestimmten Altersjahren den gesetzlichen Zwang zum Militärdienst verkündet.

Wie in anderen Fragen, so hat auch in dieser der Krieg sich als großer Umwälzer betätigt. Ob aber als Umwälzer im Sinne des Fortschritts oder der Reaktion, ist eine Frage, deren Beantwortung keineswegs so ohne weiteres gegeben ist. Es kommen da soziale Gesichtspunkte in Betracht, die genauer untersucht sein wollen, bevor ein abschließendes Urteil gefällt werden kann. In England findet die Opposition gegen den gesetzlichen Zwang zum Militärdienst ihre entschiedensten Verfechter in den Kreisen der sozialistischen Arbeiterschaft und der vorgeschrittenen bürgerlichen Demokratie, und ohne für demokratische Parteien Unfehlbarkeit zu beanspruchen, wird man doch in dieser Tatsache allein einen triftigen Anlaß sehen, sich mit den Gründen dieser schroffen Gegnerschaft näher zu befassen, die nur bei der kleinen Minderheit der Opponenten in grundsätzlicher Verwerfung dieses oder überhaupt jedes Krieges ihre Wurzel hat.

Zunächst muß man sich von der in Deutschland selbst bei Sozialisten zu findenden Vorstellung frei machen, daß die allgemeine Verpflichtung zum Militärdienst schon deshalb etwas Demokratisches sei, weil sie alle Diensttauglichen ohne Unterschied treffe. Gleichheit ist niemals schlechthin schon Demokratie. Zur Gleichheit der Verpflichtung müssen noch viele andere Einrichtungen und Rechte hinzukommen, bevor sie begründetermaßen als demokratisch wird bezeichnet werden können. Sonst würde, dies kann nicht oft und scharf genug betont werden, sogar das russische Heerwesen den Anspruch darauf haben, demokratisch genannt zu werden, wo es doch faktisch nur eine zäsaristische Einrichtung ist. Solange die Verfügung über das Heer in den Händen von Klassen oder sonst bevorrechteten Elementen ist, deren Interessen und Ideologien sich von denen der breiten Volksmasse mehr oder weniger unterscheiden, ist schon dadurch der Allgemeinheit der Dienstpflicht der demokratische Charakter entzogen.

Ganze Menschenalter währende Gewöhnung an die allgemeine Dienstpflicht mag Angehörigen der Festlandsstaaten das Gefühl dafür genommen oder bis zur Indifferenz abgeschwächt haben; es wird aber dort um so stärker sein, wo ein Volk mit regem politischen Empfinden, das auf seine Freiheit Wert zu legen gewohnt war, die Einrichtung erst bekommen soll. Die Demokratie eines solchen Volkes wird sich durch die schimmernde juristische Form der Sache nicht darüber täuschen lassen, daß sie eines Tages Erziehungsmittel und Waffe für eine schlechthin antidemokratische Politik werden kann. Insoweit ist es durchaus begreiflich und gerechtfertigt, daß die Sozialisten und Gewerkschaftler Englands die allgemeine Dienstpflicht als staatliches Zwangsgesetz mit dem größten Mißtrauen betrachten.

Freilich sind weder die herkömmliche noch die derzeitige Verfassung des englischen Heerwesens von großen Mängeln teils technischer und teils politischer Natur frei.

Seiner herkömmlichen Verfassung nach ist das englische Heer aus Soldaten zusammengesetzt, die sich teils aus freiem Entschluß zum Heerdienst anmelden, teils durch Werber für diesen gewonnen werden, wobei die Zusage an den Werber ebenfalls auf freiem Willensakt beruhen muß. Der reguläre englische Soldat ist somit Berufssoldat, aber er ist darum noch kein Söldner im bisherigen Sinne dieses Wortes, denn den Söldner kennzeichnet, daß er seine Dienste jedem beliebigen Lande und für alle möglichen Zwecke verkauft. Der englische Soldat ist aber Landesangehöriger, und die Zwecke, für die er eingestellt wird, sind vom Gesetz genau umschrieben. Selbstverständlich ist ein solches Berufsheer in einem Klassenstaat weit davon entfernt, eine demokratische Einrichtung zu sein. Aber die Beschränkung des Heeres auf freiwillig ihm Beitretende ist darum noch nicht weniger demokratisch als der von Staats wegen verfügte Dienstzwang. Es ist nicht abzusehen, warum ein Land, das im Verhältnis zu seiner Bevölkerung nur eine mäßige Zahl von Soldaten braucht, für deren Rekrutierung in ähnlicher Weise die Freiwilligkeit soll maßgebend sein lassen, wie dies in großen und mittleren Städten bei der Rekrutierung der Feuerwehr der Fall ist.

Indes fuit Troja. Der Weltkrieg macht für England ein Heer notwendig, das viel zu groß ist, um auf Soldaten von Beruf im vorher geschilderten Sinne beschränkt werden zu können. Es braucht neben den paar hunderttausend Soldaten von Beruf Millionen von Soldaten aus staatsbürgerlicher Pflicht.

Solange es ging, hat man gesucht, auch bei dieser Rekrutierung an dem Grundgesetz der Freiwilligkeit festzuhalten. Nominell, oder um einen oben gebrauchten Ausdruck festzuhalten, juristisch genommen, ist auch das gegenwärtige Millionenheer Englands ein Heer von Freiwilligen. Tatsächlich jedoch ist die Freiwilligkeit bei einem erheblichen Teil der Eingestellten nur Schein. Ein in den verschiedensten Formen und mit oft sehr unschönen Mitteln ausgeübter moralischer Druck trieb oder treibt sie ins Heer. Quälereien aller Art, Drohungen mit materieller Schädigung und Schlimmeres werden von Fanatikern des Patriotismus angewandt, den anscheinend Diensttauglichen so lange zuzusetzen, bis sie den Weg zum Gestellungsamt als das kleinere Uebel wählen. Es liegt auf der Hand, daß die formale Freiwilligkeit unter solchen Umständen der Deckmantel für Ungerechtigkeiten sein kann, die bei einem sinngetreu durchgeführten Gesetz, das alle Wehrfähigen zum Fahnendienst verpflichtet, vermieden werden würden. Nicht minder bedeutsam sind die technischen Nachteile, die mit dem Freiwilligkeitssystem verbunden sind, wie es zurzeit gehandhabt wird.

Der Krieg hat seine eigenen Gesetze, denen sich niemand entziehen kann, der überhaupt in ihn eintritt. Man kann auch da sagen:

Beim ersten sind wir frei,
Beim zweiten sind wir Knechte.

Es steht, von gewissen extremen Ausnahmefällen abgesehen, in jedes Landes (d. h. heute seiner Regierung) freier Wahl, ob es sich auf einen Krieg einlassen soll oder nicht. Hat es aber für den Krieg entschieden, so ist es, solange dieser dauert, nicht mehr freier Herr seiner Entschließungen. In bezug auf die Bewegung und Verteilung seiner Truppen und in bezug auf die Größe von ihrem Aufgebot wird es in zunehmendem Grade abhängig von Vorgängen im Lager des oder der Gegner. Der Leiter seiner Truppen ist in der Lage eines Menschen, der mit Elementarkräften zu kämpfen hat, er muß imstande sein, Massen, deren Größe ihm durch das Aufgebot des Gegners vorgeschrieben wird, jederzeit rasch nach bestimmten Punkten dirigieren zu können. Er wird also unter sonst gleichen Umständen um so Besseres leisten können, mit je größerer Sicherheit er sich sagen kann, welche Truppenzahl ihm zur Verfügung steht. Dem Freiwilligkeitssystem haftet aber der Fehler an, daß es mit allem Kräfteaufwand, den es erfordert, sehr langsam und unregelmäßig arbeitet, also zwei Grundforderungen an eine gute Heeresführung geradezu ins Gesicht schlägt. Es steht dem System der gesetzlichen Dienstpflicht gegebenenfalls ähnlich gegenüber wie die alte Empirie der systematisch arbeitenden wissenschaftlichen Methode der Gegenwart. Mit der Empirie mag dasselbe Resultat zu erzielen sein wie mit der modernen wissenschaftlichen Methode, aber um zu ihm zu gelangen, braucht es bei ihr jedenfalls mehr Zeit als bei letzterer. Im Krieg aber ist das Wann von nicht geringerer Bedeutung als das Wieviel. An Beispielen dafür hat es in den hinter uns liegenden anderthalb Jahren nicht gefehlt.

Diese technischen Gesichtspunkte sind es, die u. a. einen Lloyd George zum Anhänger der Zwangsaushebung gemacht haben, die bei seinen Walliser Wählern schwerlich populär ist. Rein fachmännisch betrachtet, hat er wohl auch die größere Logik auf seiner Seite. Jedenfalls ist sein Standpunkt ohne weiteres begreiflich. Schwer verständlich ist aber der Standpunkt derer, die den jetzigen Krieg für unbedingt notwendig erklären, in jeder Weise Stimmung für ihn machen und doch alle auf Staatszwang für den Kriegsdienst abzielenden Forderungen leidenschaftlich bekämpfen, wie das insbesondere die Mehrzahl der englischen Gewerkschaftler tut.

Und doch ist dieser Widerstand durchaus logisch und unter dem Gesichtspunkt demokratischer Entwicklung der Völker begrüßenswert. Ihn leitet der Gedanke: „Wehre den Anfängen!“ Seine Verfechter befürchten, daß, wenn das dünne Ende des Keils „Staatszwang zum Heeresdienst“ erst einmal eingetrieben ist, die Logik der Dinge es bis zum Eintreiben des dicken Endes weiterführen wird, und dem wollen sie vorbeugen. Soweit sie nicht auch Gegner des jetzigen Krieges sind, wie so viele unserer Freunde von der Independent Labour Party, wollen sie jedenfalls verhindern, daß dieser Krieg ein Anfang werde, England auf die Bahn der Militärstaaten zu drängen. Sie betrachten die Unzuträglichkeiten des heutigen Drucks zur „freiwilligen“ Einreihung für das kleinere Uebel, solange dem gegenwärtigen Zustand in jeder Hinsicht der Charakter eines Ausnahmezustandes gewahrt bleibt, und würden daher wahrscheinlich lieber diesen Druck noch erhöhen, ehe sie zugäben, daß für den Staatszwang zum Heeresdienst ein Präjudiz geschaffen wird.

Es ist das ein Gedankengang, der, wie eingangs bemerkt, den Angehörigen der Festlandsstaaten fremdartig berührt, und namentlich uns guten staatsfrommen Deutschen liegt er weltenfern. Aber das kann kein Grund sein, über ihn obenhin abzurteilen. Tieferes Eindringen in ihn wird vielmehr zeigen, daß ihm eine Auffassung vom Wesen und den Lebensbedingungen eines freien Volkes zugrunde liegt, für die uns der Sinn deshalb abhanden gekommen ist, weil wir uns daran gewöhnt haben, die Demokratie fast nur noch bureaukratisch zu begreifen, dem Staat aber eine fast mystische Erhabenheit über die Parteien beizulegen, welche ihn durch ihre soziale Macht in Händen haben und seiner Politik ihren Stempel aufdrücken.

Aus Groß-Berlin.

Herabsetzung der Brotration.

Gestern vormittag fand im Berliner Rathause eine Konferenz der an der Groß-Berliner Brotkartengemeinschaft angeschlossenen Gemeinden statt. Gegenstand der Besprechung war die Abänderung der Brotquote. Es wurde beschlossen, die Brotmenge in Groß-Berlin dahin zu verringern, daß in Zukunft anstatt wie bisher wöchentlich 1950 Gramm nur noch 1900 Gramm Brot verabfolgt werden sollen. Die Zusatzbrotkarten, die bisher auf 500 Gramm lauteten, werden auf 350 Gramm ermäßigt. Der Brotpreis wurde für ein Zweikilobrot auf 78 Pf. — bisher 80 Pf. — festgesetzt; der Preis für ein Kilobrot bleibt der gleiche: 40 Pf. Diese neuen Bestimmungen treten am 1. Februar d. J. in Kraft. Veranlassung zu dieser Maßnahme gab die Tatsache, daß wöchentlich ganz erhebliche Mengen unbenutzter Brotkarten an die Brotkommissionen zurückgegeben wurden, so daß mit Rücksicht auf ein sparsames Verteilen des Brotes die neue Maßnahme durchführbar erschien.

Die Zusatzbrotkarte.

Aus dem Rathause wird berichtet:

„Im Reichstage ist als auffällig bezeichnet worden, daß die Zahl der Zusatzbrotkarten in Berlin sich seit dem Herbst 1915 wesentlich gehoben habe. Es muß ausdrücklich festgestellt werden, daß die Ursache hiervon in keiner Weise bei der Groß-Berliner Brotkartengemeinschaft liegt. Diese ist an das ganze System der Zusatzbrotkarte zögernd herangetreten und hat sie zu Anbeginn peinlich und sorgfältig auf die schwer arbeitende Bevölkerung beschränkt. Das Direktorium der Reichsgetreidestelle war es jedoch selbst, das durch Rundverfügung vom 28. Juni 1915 diese Grenze fallen ließ. Es empfahl in dieser Verfügung, bei der regelmäßigen Brotkartenausgabe auf Antrag jedem über zwölf Jahre alten Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts mit einem eigenen Arbeitseinkommen bis zu 2500 M. oder bis zu 3000 M. — also landwirtschaftlichen und gewerblichen Arbeitern, Kleinlandwirten, Handwerkern, kleinen Beamten — eine Zusatzbrotkarte wöchentlich auf den Kopf zuzustellen. Mit solch weitumfassenden Definitionen ist natürlich auch einem gelegentlichen Mißbrauch die Tür geöffnet, ohne daß aber solche unberechtigten Inanspruchnahmen die Gesamtzahl irgendwie beeinflußen. Stellt man die

Im Ghetto.

Ende Dezember 1915.

„Brauchen Sie Pelz, Herr?“ — „Sehr guten Pelz!“ — „Bitte zu kommen sehen!“ — so redete sprudelnd ein langaufgeschossener Jüngling auf mich ein. Aus einem Torweg, der auf einen düsteren Hof führte, kam er herausgeschossen. Mir halb zur Seite, die lange Nase über meine linke Schulter vorschiebend, rannte der Anreißer 10 bis 15 Schritt hinter mir her. Auf dem mit Holz belegten Bürgersteige hatten zwei Menschen nebeneinander kaum Platz. Wie taub eile ich weiter. Kaum bin ich diesem Geschäftsmann entronnen, da stürzt schon ein anderer auf mich zu. Ein Kerlchen mit lustig blitzenden Augen. Der Kopf saß ihm wie auf den Rumpf gesetzt zwischen den breiten Schultern. „Suchen der Herr zu kaufen Stiefel? Kann empfehlen feine Ware. Billig . . .!“ — Ich antworte wie ein Fisch und haste weiter. Ein kleiner Knirps nimmt mich in Empfang. — „Hier, Herr, Restaurate, wenn Se wollen nehmen zu speisen . . .“ — Stumm, ohne mich umzuschauen, gehe ich weiter. Nur so oder durch unzweideutige Unfreundlichkeit kann ich mich dieser Anreißer erwehren. Wie Kletten hängen sie sich an den Vorübergehenden, oft zwei und drei zu gleicher Zeit.

Ich gehe durch die deutsche Straße in Wilna. Es ist eine der Hauptgeschäftsstraßen der Stadt. Ueber das Kopfsteinpflaster der kaum sechs Meter breiten Verkehrsader holpern die Wagen, in den Torbögen und an den Ladentüren stehen die Kundenfischer. In den meist kleinen schiefen Häusern — viele davon in Fachwerk erbaut — reiht sich Geschäft an Geschäft, Handwerkerstube an Handwerkerladen. Verkaufsräume im Erdgeschoß und in den Stockwerken bis hinauf unter das Dach. In die dunklen schmutzigen Höfe sind sie hineingekrochen. Die meisten Räume sind eng und düster. In enger Gemeinschaft findet man Luxus, Schmutz, Unordnung und durchaus wertlose Dinge. Feine Pelze und Schund, Antiquitäten, Wurst, Stiefel, Käse, Musikinstrumente, Sodawasser, Seife, Kuchen, Schuhfett, Heringe, Konfekt, Streichhölzer, Seidenbänder, Schnürsenkel usw. So sieht es in der Deutschen Straße aus; sie ist sozusagen der Hauptstrom, in den sich eine Reihe von unsauberen Nebenflüssen ergießt. Folgt man deren Lauf rechts und links vom Hauptstrombett der Deutschen Straße aus, kommt man in ein ganz altes Judenviertel hinein, das den Charakter des mittelalterlichen Ghetto gut erhalten hat. Die schmalen Gassen verlaufen in andere, wenn möglich noch schmalere, schmutzige und dunklere Gäßchen, aus denen man in die Säcke winkliger Höfe gerät. Für den Fremden ist es unmöglich, in diesem Gewirr von krummen, kreuz und quer durcheinanderlaufenden Gassen, Stiegen, Durchschlupfen und Höfen sich zurechtzufinden. In diesem, wie zum Verstecken eingerichteten Zusammenwürfeln von Unübersichtlichkeit, Dunkelheit, Schmutz, gähnenden Löchern, die irgendwohin in das Innere sogenannter Häuser führen, fühlt man sich in eine fremde Welt versetzt. Wenige Schritte davon entfernt pulsiert großstädtisches Leben. Es ist auch eine fremde Welt, die sich hier erhalten hat. Sie bildet ein besonderes Blatt in der Geschichte russischer Politik. Aus Kernrußland wurden die Juden fast restlos vertrieben, nach Polen, Litauen, Kurland und in die Ukraine hinein. Und hier wiederum durften sie nur in den Städten wohnen. Schon die früher in die genannten Gebiete eingewanderten Juden wurden von der übrigen Bevölkerung als lästige Konkurrenten empfunden. Als solche betrachtete man natürlich auch den neuen Zustrom. Gezwungen und freiwillig schlossen sich die Gehetzten, Verachteten, durch große Verbrechen und kleinliche Schikane Verfolgten in ihren Siedelungen zusammen. Ganz enge, als sollte so der eine des anderen Schutz und Stütze sein. Was die Not gebar, erhält die alte, von Generation zu Generation überkommene Gewohnheit. Ohne äußeren Zwang bleiben viele Juden in der Beschränktheit, Unhygiene, in dem Schmutz und dem Dunkel der elenden Judenviertel wohnen. Von Genossen, die in Wilna geboren und aufgewachsen, mit den Verhältnissen gut vertraut sind, hörte ich, daß in den elenden Hütten, in den erbärmlichsten Gäßchen, in dieser Zusammenhäufung von Unrat und Bedürfnislosigkeit Leute mit nicht geringem Vermögen und reichlichem Einkommen wohnen, Leute, die im besten Stadtteil ein eigenes Haus zu bewohnen in der Lage wären. Allerdings, die große Masse der Bewohner des Judenviertels gehört zu den Enterbten, den gänzlich Besitzlosen. Die Zahl der in den Städten zusammengepferchten Juden war zu groß, als daß auch nur der größere Teil von ihnen sich durch Geschick und regen Geist aus den Niederungen sozialen Elends hätte herausheben können. Die Mehrzahl von ihnen mußte als Handwerker und einfache Handarbeiter das tägliche Brot zu erwerben suchen. In der Lohnarbeit noch mehr als im Krämergewerbe schraubte die gegenseitige Konkurrenz das Einkommen bis zur untersten Grenze des Möglichen herab: der Handarbeiter sowohl als der Handwerker und Händler hungert von einem Tag zum anderen, er hungert sich durchs Leben. Kein Wunder, das die kulturellen Bedürfnisse dieser Menschen außerordentlich gering sind; dort, wo Ansprüche lebendig werden und Befriedigung heischen, stellen sich ihnen die schweren Hindernisse sozialer Ohnmacht und politischer Gebundenheit hindernd in den Weg. Die Quellen des Bewußtseins der Ursachen gesellschaftlichen Elends und des Willens, die Ursachen wegzuräumen, entspringen jedoch nicht dem jüdischen Kleinbürgertum, nicht dem Rassegefühl, sondern der Klassenerkenntnis der jüdischen Lohnarbeiterschaft.

Die Gassen und Gäßchen im Judenviertel sind so eng, daß in die unteren Räume der schiefen und erbärmlichen Häuser meistens kein Strahl von Tageslicht hineinfallen kann. Da sitzt ein Schuhmacher in seiner drei bis vier Quadratmeter großen Werkstatt. Das Handwerkszeug ist sehr dürftig; jedoch in einer Ecke steht eine Nähmaschine. Der Besitzer bezeichnet sich als einen Schnellschuhmacher. Gleich zum Mitnehmen — wie beim Kirmesphotographen. Nebenan hockt in seinem engen, dunklen Lädchen ein Eisenwarenhändler. Was er verkauft? Ketten, Schlösser, Haken, Nägel, Schlüssel, allerhand altes halbverrostetes Zeug. Kaum zu glauben, daß sich Liebhaber dafür finden. Aber sie kommen, wird mir versichert. Besonders an Sonn- und Feiertagen. Die vom Lande hereinkommenden Polen, Litauer, Weißrussen sind es, die solche Schätze erwerben. Wahrscheinlich in der Meinung, besonders billig zu kaufen. Solche Konsumentenschaft erklärt den Geschäftsbetrieb in diesem Viertel. Jetzt sehe ich nur Juden und jeder scheint ein Händler zu sein. Einer des anderen Kunde. Aber selbst bei der allergrößten Bescheidenheit kann keine Gesellschaft nur vom Handel leben, es muß doch auch Produzenten geben. Hier ist es das Landvolk, das mit den bescheidensten gewerblichen Erzeugnissen zufrieden ist.

Der Nachbar des Eisenwarenhändlers unterhält ein „Modewarengeschäft“. Blusen, Spitzen, Handschuhe, Bänder, Hüte kann man dort haben. Auch hier, wie in allen Stadtteilen, steht der männliche und weibliche Anreißer auf der Lauer. Ein Mädchen in Stöckelschuhen, in schmutzig zerrissenem Rock, stürzt aus einem Laden heraus: „Was wünschen ze kafen? Papiermesser, Zigarren?“ — Das muß man den Juden lassen, sie sind findig, und mit erstaunlicher Fixigkeit wissen sie sich jedem neuen Bedürfnis anzupassen. Kaum sind die Deutschen einige Tage lang in der Stadt, und schon verkauft der Jude Zigarren und andere Sachen nach dem Geschmack der Deutschen, die sonst hier nicht verkauft wurden. Aus der Tür eines Weißwarenladchens ruft mir ein junges Mädchen zu: „Taschentücher gefällig? Strümpfe?“ Ein Schneider hockt mit seiner Arbeit dicht am Fenster seiner Klause, um das gar spärlich eindringende Tageslicht auszunutzen. An der Ecke einer Gasse ist ein Laden von noch nicht zwei Quadratmetern Bodenfläche. Auf einem Stuhl in der Tür sitzt die Verkäuferin. Alte dreckige Handtaschen aus Stroh bietet sie an. Auf einem Brett im Laden stehen einige Dosen und Schachteln, deren Inhalt mir verborgen bleibt. — In einer anderen Gasse hat sich der Großhandel eingenistet. Graupen, Zwiebeln, Mehl und andere Konsumartikel werden gehandelt. In einem Hofe haben Fleischer ihre Verkaufsstände eingerichtet. Es wird flott gekauft. Den meisten Zuspruch hat ein Stand, an dem nur Knochen verkauft werden, das Pfund zu 4 bis 6 Kopeken. — Knochensuppen gehören für die meisten Arbeiter in Wilna schon zu selten erreichbaren Genüssen.

Düwell, Kriegsberichterstatter.

Zusatzbrotkarte auf den Begriff der Bedürftigkeit, so kann es auch nicht Wunder nehmen, wenn fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung sie beansprucht. In Berlin trat aber eine wesentliche Ausdehnung der Zusatzbrotkarten erst ein, als die Reichsgetreidestelle infolge des erhöhten Ausmaßes an Nahrungs- und Futtermitteln, das man von Reichs wegen auf Grund der erstmaligen Ernteschätzung feststellen zu müssen glaubte, sich zu einer Erhöhung der den ländlichen und städtischen Kreisen zugebilligten Mehlportion entschloß. Doch nahm hier die Ausgabe von Zusatzkarten niemals einen solchen Umfang an, daß man die von der zentralen Stelle zugebilligte Mehlportion auch nur erreicht hätte. Wenn jetzt besonders auf Drängen der Stadtverwaltungen die Mehlportion auf die Ziffern des vorigen Jahres eingeschränkt wird, so müssen selbstverständlich auch die Zusatzbrotkarten der Einschränkung mit unterliegen. Aber es ist überraschend, daß die Steigerung ihrer Zahl jetzt von derselben Seite bemängelt wird, welche allein ihre Ausdehnung veranlaßt hat."

Verkehr mit Kuhmilch und Sahne.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Mit Bezug auf § 18c der Polizeiverordnung vom 15. März 1902, betreffend den Verkehr mit Kuhmilch und Sahne im Landespolizeibezirk Berlin, bringt der Herr Oberpräsident das Verzeichnis derjenigen Futtermittel, die im Jahre 1916 an Kindermilchkühe verabfolgt werden dürfen, zur Kenntnis der beteiligten Kreise.

1. Wiesenheu; es muß gut gewonnen sein, frische Farbe und aromatischen Geruch besitzen, nicht mit giftigen Pflanzen und nicht in nennenswerter Menge mit wenig gedeihlichen Kräutern durchsetzt, nicht schimmelig, dumpfig, staubig und mit Befallungspilzen überzogen sein;
2. Stroh von Halmfrüchten; es darf nicht dumpfigen Geruch besitzen, nicht mit Befallungspilzen besetzt und nicht mit schädlichen Kräutern durchmengt sein;
3. gute, unverfälschte und nicht verdorbene Roggen- und Weizenkleie;
4. gutes, unverfälschtes und unverdorbenes Hafer- und Gerstenschrot;
5. Leinsamenmehl in vorzüglicher Qualität;
6. getrocknete Biertreber in vorzüglicher Qualität;
7. Steffens Originalzuckerschnitzel in vorzüglicher Qualität;
8. „Trockenkartoffeln." Zur Herstellung des Trockenpräparates dürfen faule oder durch pflanzliche oder tierische Parasiten verdorbene Kartoffeln nicht verwendet werden;
9. Trockenschnitzel.

Alle anderen Futtermittel sind verboten.

Roggenschrot darf mit Ausnahme der von den zuständigen Staatsstellen zur Verteilung überwiesenen gefärbten Mengen (Cosin-Roggenschrot) nach der Bekanntmachung des Bundesrats vom 28. Juni 1915 über das Verfüttern von Brotgetreide pp. (R.-G.-Bl. S. 381) als Futtermittel nicht verwendet werden.

Nächte, die so dunkel und schwer sind.

Der Schlaf ist ein Göttergeschenk. Der gesunde, tiefe, erquickende Schlaf. Der größte Dieb, sagt ein Sprichwort, er stiehlt uns einen erheblichen Teil des Lebens. Gut geschlafen, halb gegessen, heißt es nach einem andern. Jedenfalls kann ohne ausreichenden Schlummer kein Mensch auf die Dauer bestehen, soll er nicht an Gesundheit, Körpergewicht und Wohlbefinden erhebliche Einbuße erleiden. Die Götter schenkten in einer launigen Stunde den Schlaf, und die Menschen erfanden in einer glücklichen Stunde das Bett dazu, ohne welches der Schlummer an Köstlichkeit wesentlich verliert. Zu einem guten Schlaf gehört ein gutes Bett. Es ist die Vorbedingung dazu. Wer hat's erfunden, erdacht? Eine Schlemmernatur, gewiß. Aber niemand kennt ihn. Kein Lied, kein Heldenbuch nennt seinen Namen, untergegangen im Dunkel der Zeiten ist sein Andenken. Denkmäler, wohin du trittst auf der Erde, für alle möglichen Leute, alle erdenklichen Verdienste, dem Schöpfer des Bettes hat man keines gesetzt. Auch nicht nötig. Wie der Heineverehrer in dessen Werken das schönste und dauernste Denkmal erblickt, so der dankbare Schläfer, der sich des Abends mit einem wohligen Aufatmen ins Bett sinken läßt und gönnerhaft brummt: „So 'n Bett, das ist doch wirklich was Schönes, wer das erdacht hat . . ."

Zum Schlaf, zum köstlichen Schlaf, gehört aber nicht nur ein Bett, es gehört dazu ein von den gröbsten Lebenssorgen befreites Gemüt. Sonst kann das molligste Bett zur Qual werden. „Schlafe gut, träume süß!" Ein frommer, schöner Wunsch. Wo Schreckgespenste gaukeln, kann die arme, geplagte Seele keine Ruhe finden. Sorgen sind am Tage schon schlimm, in der Nacht können sie zur Tortur werden. Wer es früher nicht erfahren hat, konnte es in diesen Kriegszeiten erleben. Im Frieden gab es auch Sorgen, beruflicher, gesundheitlicher und sonstiger Art. Sie waren meist zu überwinden. Nun aber wachsen sie ins Gigantische und greifen brennend heiß ans Herz. Wenn die Nacht kommt und Millionen müder Menschen sich zur Ruhe begeben, dann kommen sie, die hohläugigen Gestalten und setzen sich auf die Bettkante und bleiben getreulich bis der Morgenstern erlischt. Fast ein jeder hat draußen im Felde einen Lieben, von dem er in jeglicher Stunde nicht wissen kann, wie es ihm geht. Da setzt dann das Grübeln ein, das Nagen und Bohren, die stumme, bange Frage: „Wo bist du und wie geht es dir?"

Da können die Nächte so lang werden, so lang und schwer. Da hört das Ohr jeden Glockenschlag, es hört des Nachbars Hund bellen und den Wasserhahn in der Küche tropfen. Und die Stunden rücken mit bleierner Müdigkeit vorwärts. Und immer denken: Da draußen ist Krieg, da geht es ums Ganze, und da knallen die Gewehre und donnern die Geschütze. Und so geht es die ganze Nacht, mit kurzen Unterbrechungen, und die Lippen werden trocken und die Augen schmerzen und das Herz klopft so seltsam rasch und hart.

Und wenn es draußen, am Himmel, dämmert, fallen die Lider schwer und trunken zu und die Seele schlummert noch einmal kurz ein, bis die Pflicht ruft, streng und gebieterisch. Ach, die Nacht war so lang und doch so kurz.

Die neuen Droschkenvorschriften und die Kraftwagenführer.

Mit den verschärften Droschkenvorschriften beschäftigte sich am Dienstag eine Sektionsversammlung der Kraftwagenführer des Deutschen Transportarbeiterverbandes. Wir haben Mitteilung gemacht von dem Inhalt einer Eingabe der Interessenten an das Polizeipräsidium.

Unter Zugrundelegung dieser Eingabe hat dann auch eine Besprechung mit dem Vertreter des Polizeipräsidenten stattgefunden, die aber sehr wenig eingehend war und, wie in der Sektionsversammlung der Kraftwagenführer am Dienstag ausgeführt wurde, im Ergebnis nicht befriedigend. Besonders stark sei betont worden, daß, wenn die Anzeigen wegen Fahrtverweigerung nicht aufhörten, für jeden Fall der entsprechenden Zuwiderhandlung die höchste Strafe einträte, und im Wiederholungsfalle mit Fahrscheinentziehung gerechnet werden müßte. Etwas anderes wäre es, so habe der Herr Regierungsrat erklärt, wenn die Fahrer nach der Droschkenordnung berechtigt wären, Fahrten abzulehnen. Anzeigen in solchen Fällen sollten nicht berücksichtigt werden. Ein solcher berechtigter Grund wäre nach § 85, wenn der Wagen nicht mehr betriebssicher sei.

Nach diesen Mitteilungen entspann sich eine lebhafte Diskussion, in der namentlich Beschwerde geführt wurde über unberechtigte Anzeigen, auch vieler aus dem Publikum.

Dazu wurde noch von den Vertretern der Organisation geäußert: Die Presse, namentlich die „B. Z." und das „Tageblatt", hätten erst das Publikum gegen die Droschkenführer in unberechtigter Weise eingenommen. Die Presse habe nicht die Umstände der jetzigen Zeit berücksichtigt, wie sie auch in der Eingabe an das Präsidium ihren Ausdruck fänden. Die Droschken seien an Zahl zusammengeschrumpft. Das Droschken suchende Publikum sei aber gleich zahlreich geblieben, denn was durch den Krieg abgegangen wäre, sei hier wieder ersetzt durch das Verbot der Privatkraftwagen. Das Publikum müßte auch das berücksichtigen. Dann müßten die angestrengten Fahrer auch essen und sich erholen können; sie seien auch Menschen. Die Verkehrspolizei berücksichtige die Umstände auch nicht. Nach den kritisierten Vorschriften könnte ein Fahrer, der nach zwölfstündiger Fahrt nachhause wolle, durch mehrmalige Aufforderungen aus dem Publikum unter Umständen noch stundenlang weiter auf der Straße festgehalten werden. Unerklärlich sei der Widerspruch, in welchem dieser Rechtszustand zu der Bestimmung des § 85 der Droschkenordnung stehe, wonach der Fahrer, der nach seinem Dienstantritt zwölf Stunden Fahrt hinter sich habe, keine Fahrt mehr annehmen solle. — Ein Redner glaubt, daß die neuen Vorschriften als rechtswidrig angefochten werden könnten. Das sei aber langwierig. Es müßten noch andere Schritte unternommen werden.

Die Versammlung nahm dann einstimmig folgende Resolution an:

„Betreffs der Aussprache mit dem Verkehrskommissariat erklärt die Versammlung das Entgegenkommen des Regierungsrats als ungenügend. Das Vorgehen der Polizei betreffs der Fahrtverweigerungen sei einseitig und berücksichtige nicht die geringe Anzahl der Droschken, die den Verkehr mit dem droschkenfähigen Publikum in den heutigen Zeiten nicht genügend bewältigen können. Weiter berücksichtigt die Polizei nicht die schlechte Beschaffenheit des Betriebsmaterials. Die Sektionsleitung wird beauftragt, mit den Droschkenbesitzern weiter in Verbindung zu treten, um die notwendigen Abwehrmaßnahmen zu beraten und weitere Schritte zu unternehmen."

Der Frauenmörder aus der Hussitenstraße verhaftet.

Der wegen Ermordung seiner Geliebten Elise Hinske gesuchte Arbeiter Paul Hagen ist in Eisleben verhaftet worden und hat die Tat eingestanden. Er wird von Beamten der Mordkommission nach Berlin transportiert, um hier eingehend vernommen zu werden.

Aus den inzwischen erfolgten Zeugenvernehmungen geht hervor, daß die Beziehungen zwischen Hagen und seiner Geliebten sich infolge des Scheidungsprozesses der Frau Hagen gegen ihren Mann sehr verschlechtert hatten. In diesem Prozeß soll die Hinske zugunsten Hagens einen Eid geleistet haben. Hagen scheint ihr nun damit gedroht zu haben, daß dieser Eid falsch sei und daß er sie anzeigen werde, wenn sie ihn verlasse. Das Mädchen hat sich durch diese Drohung wiederholt noch bewegen lassen, wieder bei ihm zu bleiben, dann aber erklärt, es wäre ihm auch das jetzt gleichgültig. Auch eine Drohung, daß sie bei einer Trennung so nicht davonkommen werde, erwiderte sie einmal: Wenn schon, dann ist es mir auch gleich.

Nach weiteren Ermittelungen ist die Tat am 5. Dezember spät abends verübt worden. Zwischen 7 und 8 Uhr gab es in der Wohnung den letzten „Krach". Mehrere Leute hörten das Mädchen schreien. Dann wurde es wieder ruhig. Kurz vor Mitternacht wiederholte sich das. Jetzt sah man plötzlich wieder Licht in der Hagenschen Wohnung. In der Stille der Nacht nahm man dann noch ein Geräusch wahr, als wenn jemand mühsam Atem holt. Ein Geräusch, das der Berliner etwa „japsen" nennt. Seitdem blieb es ganz ruhig. Die Frauen im Hause besprachen am anderen Tage die Auftritte und meinten, Hagen werde seine Geliebte schon wieder mißhandelt haben. Sie kümmerten sich aber nicht weiter darum, weil dagegen doch nichts zu machen sei. Hagen ging nach der Mordnacht erst zwischen 9 und 10 Uhr vormittags, nachdem alle anderen Männer das Haus schon verlassen hatten, ebenfalls weg. Als man durch den Verwesungsgeruch auf die Wohnung aufmerksam wurde, beschwichtigte Hagen die Leute durch die Zettel, die er anklebte. So kam es, daß das Verbrechen nicht schon früher entdeckt wurde.

Die Schwindlerin vor dem Butterladen.

Vor den Buttergeschäften treibt in Neukölln eine Schwindlerin, die es auf Kinder abgesehen hat, ihr Unwesen. Sie nimmt die Kleinen, die von den Müttern zum Butterkaufen ausgeschickt werden, beiseite, überredet sie, ihr lieber das Geld zu geben, damit sie nicht so lange herumzustehen brauchten, und verspricht ihnen, daß sie für sie einkaufen und die Butter ihrer Mutter nach Hause bringen werde. Weil sie sich Namen und Wohnung der Eltern genau aufschreibt, so vertrauen ihr die harmlosen Kinder und kommen um das Geld. Erst gestern erbeutete die Gaunerin wieder eine und zwei Mark. Die Eltern sollten die Kinder eindringlich vor ihr warnen. Es handelt sich um ein feingekleidetes junges Mädchen, das eine lange Pelzstola und Muff trägt.

Aus den Gemeinden.

Städtischer Eierverkauf in Pankow.

Die Gemeinde hat jetzt mit dem Verkauf von frischen, aus Oesterreich-Ungarn bezogenen Eiern begonnen. Mehr als 4 Stück dürfen mit einmal nicht abgegeben werden. Der Preis pro Stück beträgt 19 Pf.

Metallablieferung in Neukölln.

Bei der Metallsammelstelle im Rathause werden wiederholt Kupfer- und Messingkessel abgeliefert, die bei der Entfernung der Eisenringe und Oefen zusammengedrückt und teilweise zerstört sind. Solche formlosen Gegenstände können nach der Bekanntmachung des Oberkommandos nur als Altmaterial angenommen und mit 1,70 M. je Kilogramm bezahlt werden. Es liegt daher im Interesse des abliefernden Publikums, bei der Entfernung der Beschläge die ursprüngliche Form des abzuliefernden Gegenstandes möglichst bestehen zu lassen.

Kunstabend der Stadtgemeinde Neukölln.

Dienstag, den 18. Januar 1916, abends 8½ Uhr, veranstaltet die Stadtgemeinde Neukölln in der Aula der Realschule Boddinstraße 34—41 einen volkstümlichen Lieder- und Rezitationsabend unter Mitwirkung der Opern- und Konzertsängerin Fräulein Rosa Eberhardt und der Vortragskünstlerin Frau Elinor von Amelungen. Numerierte Platzkarten, die zugleich zur kostenfreien Abgabe der Garderobe berechtigen, sind zum Preise von 10 Pf. im Rathause, 2 Treppen, Zimmer 210, während der Dienststunden von 8—3 Uhr sowie an der Abendkasse erhältlich. Der Vortrag beginnt pünktlich zu der angegebenen Zeit, so daß verspätet kommende Besucher nicht zugelassen werden können.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Veränderlich. Vorwiegend trübe, mit wiederholten, vielfach starken Niederschlägen. Temperaturen durchschnittlich wenig verändert.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 428 der preußischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 1. Garde-Ref.-Reg.; Garde-Gren.-Regimenter Alexander, Franz, Elisabeth und Nr. 5. Gren.-, bezw. Inf.-, bezw. Füs.-Regimenter Nr. 1 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 237), 3, 4, 8, 11, 12, 31, 32, 34 bis einschl. 37, 64, 65, 67 bis einschl. 70, 72, 75 bis einschl. 80, 82, 84, 86, 87, 88, 90, 91, 94, 95, 98, 99, 110 bis einschl. 116, 118 (s. auch Füs.-Reg. Nr. 86), 128 bis einschl. 131, 137, 140, 142, 144, 146, 147, 149 bis einschl. 153, 158 bis einschl. 161, 164, 167, 168, 170, 171, 173 bis einschl. 176, 184, 186, 189, 336. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 2, 6, 7, 8, 11, 12, 32, 35, 36, 65 bis einschl. 69, 72, 74, 75, 77, 79, 81, 82, 83, 86, 87, 88, 90 bis einschl. 93, 118, 130, 202, 204, 205, 208, 214, 217, 219, 220, 223, 224, 234, 236, 237, 250 bis einschl. 259, 261 bis einschl. 267, 272. Ref.-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 2. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 4 bis einschl. 8, 12, 31, 32, 68, 77, 78, 83, 84, 85, 118. Jäger-Bataillone Nr. 1, 9, 14; Ref.-Bataillone Nr. 20, 21, 22. Radf.-Komp. Nr. 153; Festungs-Radf.-Komp. Neubreisach. 2. Ers.-Maschinengew.-Komp. des 10. Armeekorps; Feld-Maschinengew.-Zug Nr. 81 (s. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 83); Festungs-Maschinengew.-Abteilung Diedenhofen.

Kavallerie: 3. Garde-Ulanen. Kürassiere Nr. 4 und 7; Dragoner Nr. 13 und 16; Husaren Nr. 3; Ref.-Husaren Nr. 8; Ulanen Nr. 3 und 16; Ref.-Ulanen Nr. 5. 1. Landw.-Eskadron des 7. und 1. des 8. Armeekorps.

Pioniere: Regimenter Nr. 19, 20, 23, 24, 25, 29, 30, 31; Bataillone: I. Nr. 2, I. Nr. 4, I. und II. Nr. 6, II. Nr. 7, I. Nr. 9, II. Nr. 10, I. Nr. 11, I. und II. Nr. 14, I. und III. Nr. 16, I. Nr. 21, I. Nr. 26, I. und III. Nr. 28. Ers.-Bataillone der Pionier-Bataillone Nr. 17, 21 (s. 2. Landst.-Pionier-Komp. des 18. Armeekorps und Brückenschutz-Kommando Reinig a. d. Mosel) und Nr. 27. Pionier-Kompagnien Nr. 108, 233, 247, 249; Ref.-Kompagnien Nr. 55, 75, 90; 1. und 2. Landw.-Komp. des 4. Armeekorps (erstere siehe III. Pionier-Bat. Nr. 16); 1. und 2. Landst.-Komp. des 2. sowie 2. des 18. Armeekorps. Minenwerfer-Kompagnien Nr. 18, 50, 190, 209; Schwere Minenwerfer-Abt. Nr. 18.

Brückenschutz-Kommando Reinig a. d. Mosel.

Freiwillige Krankenpflege.

* * *

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 245 wird veröffentlicht, deren Inhalt wir bereits gestern mitteilten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten **Lindenstr. 3, IV. Hof** rechts, parterre, am Montag bis Freitag von **4 bis 7 Uhr**, am Sonnabend **von 5 bis 6 Uhr** statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

S. O. 73. Ohne Einsichtnahme in den Vertrag läßt sich bei Ihrer unzulänglichen Fragestellung keine zuverlässige Antwort geben. — **M. K. 89.** 1. In 3 Monaten. 2. Ja. 3. Die Schweißer kann die Beschäftigung ruhig annehmen. — **G. S. 11.** Ja. — **M. 100.** Nachmusterung kann erfolgen. — **B. 74.** 1. Sie können sofort den Antrag stellen. 2. An das Versicherungsamt, Klosterstr. 65—67. 3. Der Eintritt der Invalidität wird vor dem 24. September 1915 nicht datiert werden. 4. Ja. — **F. M. 3.** Ja. — **E. Z. 11.** 1. Geburtsurkunden sind noch erforderlich. 2. Nein. — **E. L. 17.** Die Wegnahme des Hundes durch den ehemaligen Besitzer ist unzulässig. Nach ergebnisloser Aufforderung auf Herausgabe des Hundes müßten Sie Klage einreichen. — **B. 1.** Ja. — **A. G. 6.** Es handelt sich doch wohl um Witwenrente für die Mutter, die sie auf Grund der geklebten Marken des Vaters erhält. Die Rente wird ihr auch dann gezahlt, wenn sie ihren Wohnsitz in Berlin nimmt. — **Pankow 100.** 1. Nein, denn über Ihr Militärverhältnis ist doch schon endgültig entschieden. 2. Wenden Sie sich an das Bezirkskommando mit dem Ersuchen um Umschreibung. — **R. W. 30.** Ja. — **G. P. 3.** 1. Ja. 2. Eine bestimmte Grenze des Einkommens gibt es dafür nicht. Wieweit Sie zum Unterhalt der Mutter herangezogen werden können, richtet sich außer nach Ihrem Verdienst auch nach Ihren Familienverhältnissen (Zahl der Kinder, event. Krankheit der Frau). Wir glauben aber, daß Sie bei Ihrem Einkommen zu 10—15 M. monatlich verpflichtet werden können. — **N. A. 22.** 1. Nein. 2. Die Frau könnte auf Scheidung klagen; ist die Verletzung jedoch nicht erheblich, so wird sie mit einer Klage keinen Erfolg haben. Sie müssen die Frau erst zur Herstellung der ehelichen Gemeinschaft und zur Rückkehr auffordern. Leistet sie der Aufforderung nicht Folge, so könnten Sie wegen böswilligen Verlassens auf Ehescheidung klagen. — **M. K. E. 3.** Von dem Mangel der Wohnung müssen Sie dem Wirt Kenntnis geben mit dem Ersuchen, sich zur Abstellung desselben zu verpflichten. Erfüllt er solche Verpflichtung nicht in Zeugengegenwart oder schriftlich, so könnten Sie nur, wenn Sie den Beweis für Ihre Behauptung erbringen können, auf Aufhebung des Vertrages klagen. — **A. M. 33.** 1. Die Unterstützung für Sie und Ihr Kind beträgt 43,50 M. monatlich. Im Dezember ist Ihnen der Betrag, der Ihnen im November zu wenig gezahlt wurde, nachgezahlt worden. 2. Ja. — **P.** Ja.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim.
Bezirk Lichtenberg.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Friseur
Wilhelm Meltendorf
(Lückstr. 47, Gruppe 67)
am 30. Dezember 1915 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
12/2 Die Bezirksleitung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.
V. a. G.
Lichtenberg II.
Am Mittwoch, den 12. Januar, verstarb nach langem Leiden unser Mitglied
Joh. Hänel
im 58. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhofe, Lückstraße, statt.
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß die Beerdigung unseres aus Galizien heimgeführten ältesten Sohnes
Cäsar Wiedemann
am Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 2 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof in Friedrichshagen stattfindet. 1196
Familie R. Wiedemann
Luise Neblick als Braut.

Stiefelsohlen
Paar 95 Pf.
zum Selbstaufmachen. Komplett aufgemacht mit Gummiabsätzen: **Herren 2.95, Damen 2.50. Alexanderstr. 8, Elisabethstr. 64** (Ecke Waßmannstr.), **Prinzenstr. 69, Kaiserstraße 2, Nonnendamm-Allee 5, Kantstr. 118, Pestalozzistraße 88** (Ebhg.), **Bankstr. 10, Grüner Weg 83** (am Andreasplatz); **Schöneberg, Akazienstr. 29; Steglitz, Albrechtstr. 110; Neukölln, Hermannstr. 17.** *

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 3.
Soeben erschien:
Kriegführung Heer • Flotte
Militärische Fachausdrücke
Gemeinverständlich erläutert
von
Ernst Däumig.
Preis 10 Pf.

Brennholz-Verkauf
täglich in kleinen und großen Posten.
Dolgner, Fandré & Co.,
Luxemburger Straße 32. *

Münzen kauft **Ball.** Münzenhandlung, Wilhelmstr. 46/47

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts